E&W

Erziehung & Wissenschaft 11/2019
Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW

Kulturelle Bildung

Foto: Tim Flavor

OLAF ZIMMERMANN

Die Künste ernst nehmen

Das Schattendasein der kulturellen Bildung hat bereits seit einigen Jahren glücklicherweise ein Ende gefunden. Im Gegenteil, kulturelle Bildung hat heute Hochkonjunktur.

Früher waren die künstlerischen Schulfächer – Kunst, Musik, Theater – randständig. Gut, wenn es sie gab, aber in der pädagogischen Hierarchie rangierten sie weit unten. Schön war es, wenn der Schulchor zum Willkommen oder zur Verabschiedung der Schülerinnen und Schüler sang. Gut anzusehen war es, wenn im Kunstunterricht gemalt und gebastelt und mit den Ergebnissen die Aula gestaltet wurde. Zum Glück sind diese Zeiten, in denen kulturelle Bildung nur schmückendes Beiwerk war, in den meisten Schulen längst vorbei.

Einen wichtigen Impuls für eine veränderte Wahrnehmung kultureller Bildung gab die Weiterentwicklung von Schulen zu Ganztagsschulen – ganz unabhängig davon, ob in offener oder geschlossener Form. Schulen mussten mehr sein als Orte für schulisches Lernen im Unterricht. Es galt, Formate zu entwickeln, die Schülerinnen und Schüler nicht nur kognitiv fordern, sondern die verschiedenen Sinne ansprechen. Kooperationen mit Musikschulen, Jugendkunstschulen und anderen Trägern wurden eingegangen, und mit Projekten wie „Kulturagenten für kreative Schulen“ oder „Kulturschule“ sollte und soll die kulturelle Schulentwicklung vorangetrieben werden. Angestrebt wird damit unter anderem eine Veränderung des Schulklimas – und damit mehr Freude am Lernen in allen Fächern.

Auch außerhalb der Schulen sollen Kinder und Jugendliche mit kultureller Bildung erreicht werden. Kaum ein Orchester, das nicht mit einem Education-Projekt aufwartet. Kaum ein Museum, das nicht kulturelle Bildung zu einem wichtigen Arbeitsbereich erklärt. Kaum ein Theater, das nicht auch für Kinder oder zumindest für Jugendliche Angebote unterbreitet. Kaum eine Bibliothek, die nicht betont, dass sie mehr ist als eine Ausleihstelle für Medien, sondern längst ein dritter Ort, an dem auch die Literaturpädagogik als relativ neuer Zweig der kulturellen Bildung Einzug gehalten hat.

Kulturelle Bildung heute soll vieles bewirken, sie soll Kinder und Jugendliche sprachfähig machen, sie soll Teilhabe ermöglichen, sie soll die Integration voranbringen, sie soll ein wichtiger Bestandteil der Inklusion sein, sie soll Kinder und Jugendliche einladen, sich zu beteiligen, sie soll das Aushalten von Differenz vermitteln, sie soll benachteiligten Schülerinnen und Schülern Selbstvertrauen geben, sie soll Extremismus bekämpfen, sie soll, sie soll, sie soll.

Es wirkt mitunter so, als könne kulturelle Bildung zur Lösung aller gesellschaftlichen Fragen beitragen. Kulturelle Bildung ist jedoch kein Allheilmittel. Kulturelle Bildung kann vielleicht einen Beitrag leisten, sie sollte jedoch nicht mit Erwartungen und Anforderungen überfrachtet werden. Und vor allem dürfen die Akteure der kulturellen Bildung ihren Gegenstand, die Künste, nicht aus dem Blick verlieren.

Kulturelle Bildung heißt Auseinandersetzung und Beschäftigung mit Kunst, heißt die Entwicklung und Schärfung des Sehens, des Sprechens und des Hörens, heißt sich mit der Widerständigkeit des künstlerischen Materials zu befassen.

Nur wenn die kulturelle Bildung ihren Gegenstand, die Künste, ernst nimmt und ihn in den Mittelpunkt des Geschehens rückt, kann sie auch jenseits der derzeit bestehenden Hochkonjunktur bestehen. Denn irgendwann werden zumindest in der kulturpolitischen Debatte andere Themen en vogue sein, und es ist dringend erforderlich, dass die kulturelle Bildung auch dann noch einen wichtigen Stellenwert sowohl in der schulischen als auch der außerschulischen Bildung hat. Denn die Künste bleiben immer relevant!

Olaf Zimmermann,
Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates

Inhalt

Gastkommentar
Die Künste ernst nehmen — Seite 2

Impressum — Seite 3

Auf einen Blick — Seite 4

Prämie des Monats — Seite 5

Schwerpunkt: Kulturelle Bildung
1. Berliner Schulen begeistern Kinder für Kunst: „Jedes Kind kann etwas“ — Seite 6
2. NRW-Programm „JeKits“: „Kraftfutter für Kinderhirne“ — Seite 10
3. Kultur für alle Kinder und Jugendlichen: „Wo findest du die schönen Worte?“ — Seite 12
4. Wie wird man Künstler? Qualifikation: Ex-Klassenkasper und In-Hefte-Kritzler — Seite 14
5 Lehrkräftemangel in der musischen Bildung: Hast du Töne? — Seite 16
6. Digitalisiertes Museum: Spielend die Welt erschließen — Seite 18

Tarif- und Beamtenpolitik
1. GEW-Arbeitszeitkonferenz in Eisenach: Acht Stunden sind kein Tag — Seite 20
2. EuGH-Urteil zur EU-Arbeitszeitrichtlinie: Kommt die Stechuhr für alle? — Seite 24

Schule
1. Ungelöstes Problem Lehrkräftemangel: Die Ruhe nach dem Sturm? — Seite 22
2. Learning Analytics im Unterricht: Beobachten, Bewerten, Überwachen — Seite 32
3. Kongress des Grundschulverbands: Nach vier Jahren darf nicht Schluss sein — Seite 34

Bildungspolitik
1. Bildungsanalyse 2019: OECD schweigt zur deutschen Bildungsmisere — Seite 26
2. GEW-Kommentar: Keine Zeit zum Ausruhen — Seite 28
3. Zeitgeschichte per App: „Wir haben auf den Tod gewartet“ — Seite 29

Jugendhilfe
Gewalt in der Kinder- und Jugendhilfe: Kratzen, Schlagen, Beleidigen — Seite 30

Hochschule
Aktivenkonferenz „Hochschule 2030“: Wir können auch anders! — Seite 36

Serie „30 Jahre Ost-West“
Zum Auftakt ein Interview mit Barbara Ludwig: Abstimmung mit den Füßen — Seite 38

Initiative „Bildung. Weiter denken!“
1. Blick in die Bundesländer zur Umsetzung von A13/E13: Das A13-Mikado — Seite 40
2. „GEW in Bildung unterwegs“ in Bayern: Viel Licht, viel Schatten — Seite 42

Medien
Interview mit Wolgast-Preisträger Wolfgang Korn: Und plötzlich macht es wumms — Seite 43

Leserforum — Seite 44

Diesmal — Seite 48

Titel: Werbeagentur Zimmermann

IMPRESSUM

Erziehung und Wissenschaft
Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung · 71. Jg.

Herausgeberin:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
im Deutschen Gewerkschaftsbund
Vorsitzende: Marlis Tepe
Redaktionsleiter: Ulf Rödde
Redaktion: Jürgen Amendt
Redaktionsassistentin: Katja Wenzel
Postanschrift der Redaktion:
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main
Telefon 069 78973-0
Fax 069 78973-202
katja.wenzel@gew.de
www.gew.de
facebook.com/GEW.DieBildungsgewerkschaft
twitter.com/gew_bund

Redaktionsschluss ist in der Regel
der 7. eines jeden Monats.
Erziehung und Wissenschaft erscheint elfmal jährlich.
Nachdruck, Aufnahme in Onlinedienste und Internet sowie Vervielfältigung auf Datenträger der „Erziehung und Wissenschaft“ auch auszugweise nur nach vorheriger schriftlicher Genehmigung der Redaktion.

Die E&W finden Sie als PDF auf der GEW-Website unter:
www.gew.de/eundw.
Hier wird die E&W auch archiviert.

Gestaltung:
Werbeagentur Zimmermann,
Heddernheimer Landstraße 144
60439 Frankfurt

Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich Euro 7,20 zuzüglich Euro 11,30 Zustellgebühr inkl. MwSt. Für die Mitglieder der Landesverbände Bayern, Berlin, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen werden die jeweiligen Landeszeitungen der E&W beigelegt. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder der Herausgeberin dar.

Verlag mit Anzeigenabteilung:
Stamm Verlag GmbH
Goldammerweg 16
45134 Essen
Verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller
Telefon 0201 84300-0
Fax 0201 472590
anzeigen@stamm.de
www.erziehungundwissenschaft.de
gültige Anzeigenpreisliste Nr. 41
vom 01.01.2019,
Anzeigenschluss
ca. am 5. des Vormonats

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Frankfurt am Main

ISSN 0342-0671

Die E&W wird auf 100 Prozent chlorfrei gebleichtem Recyclingpapier gedruckt.

Beschwerden gegen Streikverbot angenommen

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat die Beschwerden gegen das Streikverbot für Beamtinnen und Beamte in Deutschland zugelassen. Er stellte der Bundesrepublik die Beschwerden am 12. September zu. Die Bundesrepublik hat jetzt bis zum 11. März 2020 Zeit, Stellung zu nehmen.
Im Dezember 2018 hatten elf verbeamtete Lehrkräfte mit dem Rechtsschutz der GEW vor dem EGMR Beschwerde gegen die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 12. Juni 2018 eingelegt, das ein Streikverbot für Beamtinnen und Beamte bestätigt hatte. In den Beschwerden werden Verletzungen der Europäischen Menschenrechtscharta (EMRK) wie gegen das Recht auf Vereinigungsfreiheit, das Recht auf ein faires Verfahren sowie das Recht auf Wahrnehmung der Rechte nach der Konvention aus Artikel 14 EMRK gerügt.
Am 9. Oktober hat das Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz den DGB, die GEW, ver.di und den dbb Beamtenbund und Tarifunion darüber informiert, dass sie sich über die sogenannte Drittintervention zu den Klagen positionieren können. Das heißt: Der Präsident des Gerichtshofs kann jeder Person, die nicht Beschwerdeführerin ist, Gelegenheit geben, schriftlich Stellung zu nehmen oder an den mündlichen Verhandlungen teilzunehmen. Die Frist zu dieser Drittbeteiligung beträgt zwölf Wochen. Da der Bundesrepublik die Beschwerden am 12. September zugestellt sind, endet die Frist für eine Drittintervention am 5. Dezember. Die GEW hatte bereits im September entschieden, dass sie die elf Beschwerdeführerinnen und Beschwerdeführer in diesem Verfahren auch als Organisation unterstützen wird.
„Der Gerichtshof hat die Klagen angenommen. Wir sind wieder einen Schritt weitergekommen in Richtung Beamtenstreikrecht. Das bestehende Streikverbot passt nicht zu einem demokratisch verfassten Staat und verstößt gegen die Europäische Menschenrechtskonvention“, betonte Daniel Merbitz, Vorstandsmitglied für Tarif- und Beamtenpolitik bei der GEW (s. S. 20).

Pädagogik in der Migrationsgesellschaft

Wie muss Pädagogik in der Migrationsgesellschaft aussehen, und wie kann sie gelingen? Welche Wege, welche Schwierigkeiten gibt es für Lehrkräfte? Diese und viele weitere Fragen hat die Berliner Journalistin Jeannette Goddar den beiden Wissenschaftlern Yasemin Karakaşoğlu und Paul Mecheril gestellt. Im Fokus stand dabei vor allem die Auseinandersetzung damit, welche Rolle die Haltung von Pädagoginnen und Pädagogen in der Migrationsgesellschaft spielt. Das Gespräch lässt sich in dem jüngst im Beltz-Verlag erschienenen Buch „Pädagogik neu denken!“ nachlesen. Karakaşoğlu ist Professorin für Interkulturelle Bildung an der Universität Bremen, Mecheril Professor für Migration und Bildung am Institut für Pädagogik der Carl von Ossietzky Universität in Oldenburg.

Yasemin Karakaşoğlu/Paul Mecheril/ Jeannette Goddar: Pädagogik neu denken! Die Migrationsgesellschaft und ihre Lehrer_innen, Beltz-Verlag, 136 S., 24,95 Euro

70 Jahre DGB – die GEW gratuliert

40-Stunden-Woche, gesetzlicher Mindestlohn und Urlaubsanspruch – vieles, was heute selbstverständlich erscheint, haben DGB und Mitgliedsgewerkschaften mühsam erkämpft. Gegründet wurde der Deutsche Gewerkschaftsbund am 13. Oktober 1949, heute gehören ihm acht Einzelgewerkschaften mit rund sechs Millionen Mitgliedern an. „Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft gratuliert als Gründungsmitglied unserem DGB zum 70.“, erklärte GEW-Vorsitzende Marlis Tepe anlässlich des 70. Jahrestags der Gründung. „Wir waren von Anfang an dabei und schätzen unseren Dachverband sehr. DGB und Mitgliedsgewerkschaften haben 70 Jahre konsequent und erfolgreich die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vertreten. In der Solidarität der acht Mitgliedsgewerkschaften und dem gemeinsamen Engagement im DGB liegt unsere Kraft im Kampf für ein Leben und Arbeiten in Würde.“

Foto: Daniel Merbitz

Den 70. Jahrestag seiner Gründung feierte der DGB mit einem Festakt in Berlin.

Qualität der Lehrkräftefortbildung

Der Bedarf an Fortbildungsangeboten für Lehrkräfte steigt stetig. Der Fortbildungsbereich ist jedoch nach wie vor unterfinanziert, auch fehlt es an bedarfsgerechten Angeboten und qualifiziertem Personal. Das liegt unter anderem daran, dass sich die öffentliche Hand in den vergangenen Jahren immer stärker aus der beruflichen Fortbildung zurückgezogen hat. Zusammen mit dem Deutschen Verein zur Förderung der Lehrerinnen- und Lehrerfortbildung e. V. lädt die GEW für den 3. Dezember zu einer Fachkonferenz in Berlin, auf der über Lösungsstrategien diskutiert werden soll. Anmeldeschluss ist der 18. November. Alle Infos unter:
www.gew.de/konf-lehrerInnen-fortbildung

Podcast zur Schuldebatte

Lehrkräftemangel, marode Gebäude, Unterrichtsausfall, unzufriedene Eltern – es kriselt im deutschen Bildungssystem. „Schule kann mehr!“, meinen der Pädagoge Helmut Hochschild und der Journalist Leon Stebe. Gemeinsam haben sie eine gleichnamige Podcast-Reihe ins Leben gerufen. Alle zwei Wochen widmen sich Hochschild und Stebe Themen wie Schulnoten oder der Digitalisierung des Unterrichts. Die Folgen sind abrufbar auf den Podcast-Plattformen:
Apple (rebrand.ly/tky3mw), Spotify (rebrand.ly/1hcc86), Google (rebrand.ly/5nwq8j); Website: rebrand.ly/xhrail

Mitmachen lohnt sich ...

... für jedes neu geworbene GEW-Mitglied erwartet Sie ein Fitnesstracker.*

Prämie des Monats November:

Fitnesstracker

Wer der eigenen Fitness auf der Spur sein möchte, liegt mit diesem Tracker richtig.
Mit Pulsmesser, Pedometer und zwölf weiteren Funktionen. Für Android ab Version 5.1, iOs 8.0, mit Bluetooth 4.0 und höher.

Neues Mitglied werben und Prämie online anfordern
www.gew.de/praemienwerbung

*Dieses Angebot gilt nicht für Mitglieder des GEW-Landesverbandes Niedersachsen.

Keine Lust auf unser Online-Formular? Fordern Sie den Prämienkatalog an!
Per E-Mail: mitglied-werden@gew.de | Per Telefon: 0 69 / 7 89 73-211

oder per Coupon:

Bitte in Druckschrift ausfüllen.

Vorname/Name

GEW-Landesverband

Straße/Nr.

Telefon Fax

PLZ/Ort

E-Mail

Bitte den Coupon vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M., Fax: 0 69 / 7 89 73-102

E&W-Prämie des Monats November 2019/Fitnesstracker

„Jedes Kind kann etwas“

Foto: Rolf Schulten

Die Carl-Kraemer-Grundschule im Berliner Bezirk Wedding ist eine kunstbetonte Ganztagsschule. Der Personalschlüssel ist besser als in anderen Berliner Schulen, weil die Einrichtung am Bonusprogramm der Senatsschulverwaltung teilnimmt, mit dem Schulen in sozialen Brennpunkten gesondert gefördert werden.

// Wie man Kinder aus unterprivilegierten Familien für Kunst und Musik, Archäologie und Theater begeistern kann, zeigen zwei Berliner Schulen. //

Die Carl-Kraemer-Grundschule ist keine, deren Bedingungen man sich unbedingt wünschen würde. Und zwar nicht, weil sie so weit im Norden des Berliner Wedding liegt, dass die Gentrifizierung noch ein paar Kilometer weg und das Quartiersmanagement weiterhin gut beschäftigt ist. „Unsere Schülerinnen und Schüler sind super. Wir wollen keine anderen“, sagt Schulleiterin Kirsten Sümenicht. Sie klingt fast empört. Doch der Schule steht eine Grundsanierung bevor. Viele Räume sind gesperrt, die Leiterin selbst arbeitet mit fünf Kolleginnen und Kollegen in einem Übergangsbüro. Seit zwei Jahren ist hohes Improvisationstalent nötig. Aber „Hey“, sagt Sümenicht, „wir sind Queens and Kings of Reframing“, Königinnen und Könige der Umdeutung. Oder auch Meisterinnen und Meister der Überzeugung, dass jede Lage Potenzial hat, sie positiv zu nutzen. Und so haben wohl auch Sümenichts Vorgängerinnen gedacht, die vor bald 20 Jahren in einem nicht gerade privilegierten Kiez damit begannen, eine kunstbetonte Schule zu schaffen.

Not macht erfinderisch

Wer wissen will, was das ist, wird statt ins akademische Metagespräch in eine Runde von elf Acht- bis Zwölfjährigen gesetzt. Die wissen, inmitten all der mitgebrachten Bilder, Broschüren und Videos gar nicht, wo sie anfangen sollen. Über zwei Schulstunden sprudeln aus Nour und Lamis, Edgar und Adem, Victory, Zeynep und den anderen ihre Erlebnisse heraus. In frappierender Eloquenz erzählen sie von einer selbstgebastelten „Ich-Box“, mit der sie sich einander vorstellten; von aussterbenden Tieren, die die „Kunstexperten“ gemalt haben, während die „Philosophieexperten“ das Thema gedanklich bearbeiteten. Von Europakarten, die sie mit Kunst-Studierenden erstellten; von Rappern und Tänzern, mit denen sie Auftritte vorbereiten.

Allein von all den Orten, von denen die Schülerinnen und Schüler berichten, klingeln einem die Ohren: Sie waren im Morgenstern- und im Grips-Theater, im Bauhaus-Archiv und im Müllmuseum, am Alexanderplatz und am Kottbusser Tor. „Rausgehen, die Stadt erkunden“, sei ein zentraler Teil kultureller Bildung, erläutert Kunstlehrerin Svenja Kyncl, „viele Kinder verlassen den Kiez kaum. Schon wenige Kilometer entfernt staunen sie, wie groß Berlin ist – und was es zu bieten hat.“ Insgesamt erweiterten die kulturellen Aktivitäten das Spektrum der Kompetenzen, die Schülerinnen und Schüler entwickeln könnten, erheblich. „Jedes Kind kann etwas – es muss nur einen Weg finden, sich auszudrücken“, fügt Schulleiterin Sümenicht hinzu. Den Gedanken, eine kunstbetonte Ganztagsgrundschule – so der offizielle Titel – sei weniger leistungsorientiert, weist sie von sich: „Alles, was wir machen, ist, einem Begabungsbegriff zu folgen, der allen gerecht wird und sich nicht nur an den klassischen Fächern orientiert.“

In jüngerer Zeit nehmen vor allem die Kontakte in der näheren Umgebung zu; seit die Keramikwerkstatt der Schule wegen Baumängeln geschlossen ist, nutzen die Schülerinnen und Schüler zum Beispiel eine im Kiez. Außerdem wurden mit Hilfe von Künstlern und Firmen Sitzgelegenheiten in den Fluren und zusätzliche Hochebenen in den Räumen gestaltet. „Angesichts unseres Platzmangels müssen alle Räume für alle nutzbar sein“, erzählt Kyncl, „auch hier bemühen wir uns, aus der Not heraus Positives zu schaffen.“ Mehr Platz und neue Möglichkeiten eröffnen soll auch eine „Kiezkarre“, für die im Rahmen des Quartiersmanagements Gelder eingeworben wurden: In einer Art mobilem „Tiny House“, dessen erste Modelle sie bereits mitgebracht haben, wollen die Schülerinnen und Schüler Flohmärkte veranstalten, naturwissenschaftliche Experimente machen und ein Elterncafé anbieten. Damit dort etwas serviert werden kann, ist der Termin mit dem Kunstgewerbemuseum zwecks Porzellanherstellung bereits gemacht.

Logistisch ist nicht nur der Umgang mit der Raumnot eine Meisterleistung. Auch das Entwerfen eines Curriculums, das außer Mathe und Deutsch jahrgangsübergreifende „Expertenkurse“ und „Lernateliers“ bereithält, in denen >>>

Foto: Rolf Schulten

Svenja Kyncl (li.) unterrichtet an der Carl-Kraemer-Grundschule Kunst. „Rausgehen, die Stadt erkunden", sei ein zentraler Teil kultureller Bildung, sagt sie, denn viele Kinder würden kaum den Kiez verlassen. Und Schulleiterin Kirsten Sümenicht (re.) betont: „Alles, was wir machen, ist, einem Begabungsbegriff zu folgen, der allen gerecht wird und sich nicht nur an den klassischen Fächern orientiert."

>>> Kunst und Kultur gelebt werden, zeugt von Kreativität; ebenso die Organisation all der Arbeitsgemeinschaften außerhalb des Unterrichts. Auf der Positivseite kann die Schule verbuchen, dass eine gebundene Ganztagsschule Zeit und Personal bringt. Für Unterricht und unterrichtsergänzende Zeit zusammen kommen auf die 500 Schülerinnen und Schüler rund 100 – allerdings nicht alle Vollzeit arbeitende – Erwachsene: Lehrkräfte, Sozial- und Sonderpädagoginnen und -pädagogen, Erzieherinnen und Erzieher, Pädagoginnen und Pädagogen für den Integrationsbereich. Nicht mitgezählt sind dabei stundenweise anwesende Künstlerinnen und Künstler.

Leidenschaft und Disziplin

Leisten kann die Schule sich das vor allem, weil sie am Bonusprogramm der Berliner Bildungsverwaltung teilnimmt*. Dieses wurde 2014 ins Leben gerufen, um Schulen, deren Schülerinnen und Schüler mehrheitlich Sozialleistungen beziehen, einen gewissen Ausgleich zu verschaffen. Liegt der Anteil bei über 75 Prozent, kann die Schule bis zu 100.000 Euro im Jahr investieren – für Material oder Honorare zum Beispiel. „Ohne dieses zusätzliche Geld könnten wir uns sowie die Schülerinnen und Schüler nie so mit der Welt verknüpfen, wie wir es für richtig halten", sagt Sümenicht.

Sollte es noch eines Beweises dafür bedürfen, wie wichtig der Input von Menschen außerhalb der Schule ist, findet der sich ein paar Kilometer weiter östlich im Büro der Leiterin der Heinz-Brandt-Schule. Hier arbeitet Miriam Pech, zugleich stellvertretende Vorsitzende der Vereinigung Berliner SchulleiterInnen in der GEW. Fragt man sie, womit die kulturelle Bildung in der Schule begann, zeigt sie zu einem Plakat über ihrem Schreibtisch: „Rhythm is it", steht darauf und erinnert an das vielleicht öffentlichkeitswirksamste Dokument kultureller Bildung, das in Deutschland geschaffen wurde. Über Monate arbeiteten der Chef der Berliner Philharmoniker, Sir Simon Rattle, und Choreograph Royston Maldoon zu Beginn des Jahrtausends mit 250 Schülerinnen und Schülern daran, Strawinskys „Le Sacre du Printemps" aufzuführen – und legten bei pubertierenden Jugendlichen, die zuvor weder mit klassischer Musik noch mit Tanz etwas anfangen konnten, eine Leidenschaft und Disziplin frei, die nicht wenigen Zuschauern die Tränen in die Augen trieben.

Als Pech von dem Projekt erfuhr, war sie ganz neu als Musiklehrerin an der Schule. Sie meldete sich beim Team von Sir Simon Rattle und erklärte, zugespitzt formuliert: „Eine Hauptschule in der Ex-DDR – das ist genau, was sie brauchen"; so wurde die Heinz-Brandt- eine von drei beteiligten Schulen. 2009 übernahm Pech die Leitung der Schule, die 2011 mit dem Deutschen Schulpreis ausgezeichnet wurde. Die Begründung lobt die „optimistische Grundhaltung" und das „positive Klima" – und: „Kreativität spielt eine große Rolle, Musik, Theater und Tanz werden gepflegt." Das war wenige Jahre nachdem die Heinz-Brandt-Schule im Rahmen einer großen Berliner Schulreform den Schritt von der Haupt- zur Sekundarschule gemacht hatte. Im Rahmen dessen, erinnert sich Pech, „haben wir uns alle gemeinsam gefragt ‚Was für ein Ort wollen wir sein?'. Dabei haben wir festgestellt: ‚Wir wollen bestmögliche berufliche Orientierung bieten. Und wir wollen nicht, dass das alles ist.'" Also wurde im Wahlpflichtunterricht parallel zu einem „berufsorientierenden Band" ein „kulturell orientierendes Band" eingerichtet.

Und nun schlüpft die Schulleiterin an zwei Nachmittagen der Woche in die Rolle der Leiterin der AG Schulband. Sieht man davon ab, dass mit sieben Sängerinnen und Sängern eine gewisse Überzahl besteht, kommt die Band wie eine echte Rockband daher: Gitarre, Bass, Schlagzeug, Keyboard – alles, auch das klassisch, von Jungs gespielt. Wer sich 90 Minuten dazusetzt, stellt fest, wie mühsam, aber auch wie zufriedenstellend das gemeinsame Erleben ist – weg von der Phase, in der Pech sagt, sie höre „alle möglichen Töne – ein Cluster nennt man das" bis zu einer recht stimmigen Version des Imagine-Dragons-Songs „Radioactive".

Lernen, laut zu sprechen

Die Acht- und Neuntklässler selbst – die alle ebenso in der Pubertät sind wie die Rhythm-is-it-Kandidaten damals – brauchen ein bisschen, um zu erzählen, wie es ihnen damit geht. Doch schließlich, nachdem es anfangs hieß „Wir müssen kommen – Wahlpflicht!", werden die Jungs deutlicher: „Wenn am Ende etwas Gutes dabei herauskommt, ist das ein

geiles Gefühl.“ „Vor 700 Leuten und all den Eltern zeigen zu müssen, was man kann, und zusammenzuhalten, ist schon etwas ganz Besonderes.“ Einer gesteht freimütig, er mache in der Band-AG mit, um „ein bisschen selbstständiger“ zu werden, und „besser und ein bisschen lauter vor anderen sprechen zu können“. Damit trifft er einen zentralen Grund dafür, dass die Schule kulturelle Bildung so wichtig findet: sich präsentieren können, eigene Ausdrucksformen finden – und eine Art Lesekompetenz entwickeln in einer Welt, die stärker als je zuvor medial geprägt ist.

Auch die Heinz-Brandt-Schule unterhält eine ganze Reihe Kooperationen: mit der Jugendmusikschule Pankow und dem Deutschen Theater Berlin, dem Ausstellungsort KunstWerke und dem Jüdischen Friedhof Weißensee zum Beispiel. Eine ständige Begleiterin ist zudem eine Kulturagentin, die der Schule dank des 2011 von mehreren Stiftungen gestarteten Landesprogramms „Kulturagenten für kreative Schulen Berlin“** zur Seite steht. Anfangs, erinnert sich Pech leicht wehmütig, hätte es durch das Programm sogar finanzielle Unterstützung in fünfstelliger Höhe gegeben. Heute gibt es nur noch – aber immerhin – je eine Kulturagentin für drei Schulen, die für logistische Unterstützung und die Koordination mit den Externen zur Seite steht.

Dabei, sagt Kunstlehrerin Alexandra Kersten, sei wichtig, gut zu entscheiden, welche Kooperationen man eingeht: „Es muss inhaltlich zu den Schülerinnen und Schülern wie zu den Lehrkräften passen – und strukturell.“ Und damit zu einer Schule, die grob an die Zeiten von 8 bis 16 Uhr gebunden ist und jeden Austausch mit der Welt draußen auch organisatorisch leisten muss. Kersten: „Es gibt Programme, die können wir als kleine Schule vom Aufwand her nicht stemmen.“ Und das, obwohl sich die Heinz-Brandt-Schule eine gute Struktur hat einfallen lassen, um kulturelle Bildung zu verankern. Kersten ist als „Kulturbeauftragte“ erste Ansprechpartnerin; unterstützt vom „Culture Club“, einem achtköpfigen Team aus jenen Lehrkräften, die sich besonders für kulturelle Bildung interessieren. Konkret bedeutet das: Alle zwei Wochen setzt sie sich mit der Kulturagentin, dem Kopf des „Culture Club“ und der Schulleitung zusammen; etwa alle sechs Wochen mit dem gesamten Culture-Club-Team. Die zwei Ermäßigungsstunden, die sie bekommt, dürften damit erschöpft sein – die Arbeit ist es eher nicht. „Alle, die mithelfen, machen das zum Teil in ihrer Freizeit“, sagt sie. Pech erklärt: „Jeder, der sich engagiert, bekommt dafür Stunden – soweit das im Rahmen der ‚Zumessungsrichtlinien‘ eben möglich ist.“

Und so ist auch hier, mit viel Jonglage und hohem Einsatz, etwas ganz Besonderes entstanden. „Wir schaffen etwas, was wir für unerlässlich halten“, sagt Kersten, „im Grunde ist das Teil unseres Lohns.“ Pech ergänzt: „In den Köpfen der Kinder passiert etwas, das PISA nicht messen kann. Das umzusetzen, ist nicht immer leicht.“

Jeannette Goddar,
freie Journalistin

***bit.ly/berlin-bonus-programm**
****Von 2011 bis 2019 wurden durch das Programm „Kulturagenten für kreative Schulen“ rund 250 Schulen in fünf Bundesländern gefördert. Über 50 Kulturagentinnen und -agenten vernetzten in Baden-Württemberg, Berlin, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Thüringen Schulen mit Partnern aus Kunst und Kultur. Sie entwickelten künstlerische Angebote für über 100.000 Schülerinnen und Schüler: www.kulturagenten-programm.de**

Miriam Pech (Mitte) leitet die Heinz-Brandt-Schule in Berlin-Weißensee. Zweimal in der Woche schlüpft sie in die Rolle der Dirigentin der Schulband.

Foto: Kay Herschelmann

„Kraftfutter für Kinderhirne“

Unter den Schülerinnen und Schülern seien immer wieder „echte Supertalente“, sagt Dozent Georg Wissel von der Offenen Jazz Haus Schule in Köln. Ob die erkannte Begabung weiter gefördert werden kann, hänge allerdings von den Möglichkeiten und Angeboten der weiterführenden Schule ab.

Foto: Dirk Jeske

// Rund elf Millionen Euro lässt sich Nordrhein-Westfalen (NRW) das Programm „JeKits – Jedem Kind Instrumente, Tanzen, Singen“ jährlich kosten. Eine sinnvolle Investition? Oder profitieren am Ende doch nur Kinder aus bildungsbürgerlichen Familien? (Ein)Blick in den (Schul)Alltag. //

Mittwochmorgen in Köln-Mülheim. In der Katholischen Grundschule (KGS) Horststraße wird es lebendig. 25 Zweitklässlerinnen und -klässler stürmen in den Musikraum im Kellergeschoss. Gut gelaunt werden sie von Ralph Beerkircher erwartet. Gemeinsam mit Klassenlehrerin Janine Winne führt der Mitarbeiter der Offenen Jazz Haus Schule die Kinder 45 Minuten lang in die Welt der Noten und Instrumente, des Singens und Musizierens ein. Ein Schuljahr lang steht für sie jeden Mittwoch JeKits 1 auf dem Stundenplan.

Seit die Landesregierung das Programm 2015 startete, ist die Schule, die in einem Stadtteil liegt, der gerne als sozialer Brennpunkt bezeichnet wird, mit von der Partie. So wie inzwischen landesweit mehr als 1.000 Schulen. JeKits ist das größte Programm für kulturelle Bildung in NRW. Schulen, die sich bewerben wollen, suchen sich einen Partner aus der Musikszene. Der stellt – vorausgesetzt, die Schule erhält den Zuschlag – nicht nur das Fachpersonal, das wöchentlich in der Schule mit den Kindern singt, musiziert oder tanzt, sondern auch die Instrumente. Die dürfen die Grundschülerinnen und -schüler auch zu Hause nutzen.

Die Teilnahme an JeKits 1 ist an den ausgewählten Schulen für den Klassenverband verbindlich. Und kostenlos. Wer bei JeKits 2 ein Schuljahr später erneut dabei sein will, muss im Schwerpunkt Instrumente 23 Euro, im Schwerpunkt Tanzen 17 und im Schwerpunkt Singen zwölf Euro monatlich bezahlen. Es sei denn, soziale Gründe sprechen dagegen. Kinder, deren Eltern Sozialleistungen beziehen, sind kostenfrei dabei. Während JeKits 1 eine musikalische oder tänzerische Grundbildung bietet, dient das zweite Jahr der Vertiefung in den Schwerpunkten Instrumente („JeKits-Orchester“), Tanzen („JeKits-Tanzensemble“) oder Singen („JeKits-Chor“).

Kreativ ohne Notendruck

Frank Großmann koordiniert das Programm an der KGS Horststraße. Er ist überzeugt: „Viele Kinder kommen in Kontakt mit Musik, denen es sonst nie und in dieser intensiven Form möglich gewesen wäre. Sie können kreativ sein, andere Stärken zeigen und vor allem ohne Notendruck agieren.“ Beerkircher will es präzise wissen: „Wer von euch spielt zu Hause ein Instrument und bekommt Unterricht?“, fragt er die Zweitklässler an diesem Morgen. Das Ergebnis: Gerade einmal zwei Hände gehen in die Höhe.

Die enorme Bedeutung von Musik und Bewegung für die Entwicklung von Kindern ist wissenschaftlich erwiesen. „Kraftfutter für Kinderhirne“ nennt es der Neurobiologe Professor Gerald Hüther. Kinder, die regelmäßig singen, tun sich bei der Einschulung nachweislich leichter, zeigte eine Studie der Universität Bielefeld schon vor Jahren*.

Singen fördert den Spracherwerb und die Entwicklung des logisch-mathematischen Verständnisses, macht glücklich und hilft, Aggressionen abzubauen.
Die JeKits-Stunde von Beerkircher belegt die Thesen in der Praxis. Die Kinder sind begeistert. Sie hängen ihrem „Lehrer“ und ihrer Klassenlehrerin, die sich vorab über die Stunde verständigen, an den Lippen. Erstaunlich schnell entwickeln sie ein Gefühl für Rhythmus, hohe und tiefe Töne. Zuerst hören sie zu, dann entwickeln sie in Tandems gemeinsame Klatschrhythmen. Viel zu schnell sind die 45 Minuten verflogen. Die Frage, ob es ihnen gefallen habe, beantworten die Kinder im Chor: „Ja!“ Und warum? Der achtjährige Atilla bringt es auf den Punkt: „Weil es cool ist, ein eigenes Instrument und ein Hobby zu haben.“

Der soziale Aspekt greift

Die Vorfreude steht den Kindern ins Gesicht geschrieben. Denn der Traum, ein Instrument – wenn auch nur vorübergehend – geliehen zu bekommen, ist geradezu greifbar nahe. Nicht zeitlich, der „Grundkurs“ ist schließlich gerade ein paar Wochen alt, aber im ganz wörtlichen Sinn. Im Musikraum sind sie aufgereiht: die Gitarren, Saxophone und Posaunen. Rund zwei Drittel der Grundschülerinnen und -schüler und ihrer Eltern an dieser Schule entscheiden sich dafür, auch bei JeKits 2 dabei zu sein. Landesweit liegt die Quote bei etwa einem Drittel. Rund die Hälfte von ihnen kann dies tun, ohne einen Euro zu bezahlen. Der soziale Aspekt greift.
Er beschert einen wertvollen und gewollten Nebeneffekt. Manch ein Talent werde entdeckt, berichtet Georg Wissel. Er gehört ebenfalls der Offenen Jazz Haus Schule an. „Sowohl bei den Mädchen als auch den Jungen finden sich immer wieder echte Supertalente“, weiß Wissel aus Erfahrung und fügt hinzu: „Viele von ihnen wären ohne JeKits wahrscheinlich nie entdeckt worden.“ Im Gespräch mit den Eltern leisten er, seine Kolleginnen und Kollegen sowie die Lehrkräfte oft genug Überzeugungsarbeit, damit das Kind sein Potenzial auch nach Abschluss von JeKits entfalten kann. Wissel: „Nicht immer gelingt das, aber wir tun unser Bestes.“ Allerdings weiß er auch, dass es von den Möglichkeiten und Angeboten der weiterführenden Schule abhängt, ob die erkannte Begabung weiter gefördert werden kann.
In diesen Einrichtungen wird das Programm, das von der in Bochum ansässigen JeKits-Stiftung getragen wird, nicht angeboten. Es richtet sich ausschließlich an Grund- und Förderschulen. Erreicht werden rund zwei Drittel aller Grundschülerinnen und -schüler in 177 Kommunen des Landes. Auf das größte Interesse stößt der Schwerpunkt Instrumente, gefolgt von Singen und Tanzen. Tanja Senicer, Sprecherin der Stiftung, hebt einen weiteren wichtigen Aspekt von JeKits hervor: „Die Musikschulen und Tanzinstitutionen öffnen sich noch stärker nach außen und gehen in die Lern- und Lebenswelt der Kinder. Das gibt einen wichtigen Impuls für die kommunale Bildungslandschaft.“ Aktuell sind so 139 Musikschulen oder Tanzinstitutionen an über 1.000 beteiligten Schulen eingebunden. Tandem-Arbeit auf Augenhöhe wird erlebt und gelernt, Fortbildungen bereichern das Repertoire der Lehrkräfte, Arbeit mit größeren Gruppen jenes der externen „Lehrer“. Senicer: „Eine Win-Win-Situation für alle. Vor allem aber eben für die, um die es uns geht: die Kinder.“

Stephan Lüke,
freier Journalist

***Thomas Blank (Uni Bielefeld) und Karl Adamek (Uni Münster): „Singen in der Kindheit – Eine empirische Studie zur Gesundheit und Schulfähigkeit von Kindergartenkindern und das Canto elementar Konzept zum Praxistransfer“, 2010; bit.ly/singen-ist-kraftfutter**

„Wo findest du die schönen Worte?“

// Theater, Musik und Kunst können Kindern neue Welten öffnen. Aber es braucht besondere Ansätze, damit auch benachteiligte Kinder und Jugendliche von kultureller Bildung profitieren. //

Wenn Stefan Becker im Kasseler Stadtteil Bettenhausen unterwegs ist, kommt er nur langsam ans Ziel – zumindest, was den konkreten Ort betrifft. Der Theatermacher besucht heute die Kita Sonnenblume. Auf dem Weg dorthin liegt die Ganztagsgrundschule Am Lindenberg. Die Kinder erkennen ihn sofort und wollen wissen, wann er das nächste Mal zu ihnen kommt. Das dauert. Aber der Schauspieler hat es nicht eilig. Denn die Pausenhofgespräche zeigen ihm, dass er sein Ziel schon erreicht hat, nämlich Kindern eine Tür zu Kunst und Kultur aufzustoßen.

Empathie stärken

Becker und das Spielraum-Theater sind dort, wo viele Familien andere Sorgen haben als Karten für die nächste Opernpremiere zu bekommen oder Museumsbesuche zu organisieren. Die Documenta-Stadt Kassel hat erkannt, dass kulturelle Bildung zu den Menschen vor Ort kommen muss, nicht umgekehrt. Seit einem Jahr ist deshalb das Spielraum-Theater mit seinen Stücken an Ganztagsgrundschulen und seit elf Jahren in Kitas unterwegs, wobei der Fokus auf dem ländlichen Raum liegt. Es geht dabei nicht nur um Kulturvermittlung, sondern auch um Sprachförderung.

„Wir erzählen Geschichten. Das funktioniert wunderbar als gemeinsame Basis – egal ob ein Kind polnische Wurzeln hat, es vor kurzem aus Afghanistan gekommen ist oder Deutsch seine Muttersprache ist“, sagt Becker. Das Stück für die Kita Sonnenblume („Von Kisten und Kissen“), gespielt von Gisela Honens und Jutta Damaschke, kommt völlig ohne Sprache aus, trotzdem verstehen selbst die Kleinsten sofort, worum es geht: um Spiel und Freundschaft, aber auch um das tägliche Aushandeln von Regeln.

In den Grundschulen sind die Stücke entsprechend dem Alter der Kinder an-

Das Kasseler Spielraum-Theater gastiert mit seinen Stücken an Ganztagsgrundschulen und in Kitas. Es geht dabei nicht nur um Kulturvermittlung, sondern auch um Sprachförderung. Das aktuelle Stück ist ein clowneskes Vergnügen.

Foto: Mike Wilfling

spruchsvoller, aber immer mit demselben Fokus: Emotionen wecken, Empathie stärken und Sprachanlässe schaffen. Becker ist überzeugt, dass sein Konzept funktioniert, denn er beobachtet seit Jahren die Reaktionen der Kinder. Kürzlich hat ihn ein Zweitklässler aus Syrien gefragt: „Du hast immer so schöne Worte in deinem Theater. Wo findest du die bloß?“

Niemand kann seriös vorhersagen, ob dieser Grundschüler später zum regelmäßigen Theaterbesucher wird. Aber das ist auch nicht das primäre Ziel. Es gibt viele Indizien dafür, dass Theater Sprache und Ausdrucksfähigkeit fördert – so wie Tanz die Motorik und Raumerfahrung unterstützt. Wie genau kulturelle Bildung aber auf welche Zielgruppe wirkt, ist eine sehr viel komplexere Frage.

Herkunft entscheidend

„Wir können die Wirkung ja nicht im Labor beobachten“, sagt Vanessa Reinwand-Weiss von der Universität Hildesheim. Die Professorin für kulturelle Bildung spricht deshalb auch nicht von „messen“, wenn es um die Wirksamkeit kultureller Bildung geht. Was nicht heißt, dass es keine Effekte gibt: „Es gibt klare Hinweise, dass kulturelle Angebote die Bildungsaspiration, also das Streben von Kindern und Jugendlichen nach Bildung positiv beeinflussen.“

Allerdings profitieren Kinder und Jugendliche nicht in gleichem Maße von kultureller Bildung. Das zeigte unter anderem eine repräsentative, bundesweite Umfrage unter Schülerinnen und Schülern der 9. und 10. Klassen, die der Rat für Kulturelle Bildung vor vier Jahren in Auftrag gegeben hatte. Das ernüchternde Ergebnis: Jugendliche aus bildungsfernen Familien haben zum Ende der Schulzeit mit hoher Wahrscheinlichkeit sowohl weniger Kenntnisse als auch Interesse an Kunst und Kultur als Gleichaltrige aus Akademikerfamilien.

Verstärkt also kulturelle Bildung den sogenannten Matthäus-Effekt? Wer schon hat, dem wir noch mehr gegeben? Professor Eckart Liebau vom Rat für Kulturelle Bildung warnte nach der Vorstellung der Studie: „Wir haben es mit großen Unterschieden zwischen den Schulformen zu tun, mit kulturellen Bildungsverläufen, die kaum durchbrochen werden können. Dass Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Elternhäusern den künstlerischen Vorsprung ihrer Altersgenossen in der Schule aufholen könnten, lassen die Daten nicht erkennen.“

Reinwand-Weiss war als Expertin an der Studie beteiligt. Sie nennt die Befunde „charakteristisch für das deutsche Bildungssystem“, bei dem soziale Herkunft und Bildungserfolg eng gekoppelt sind. Auch ein Großteil der Kulturangebote in Deutschland konzentriert sich ihrer Ansicht nach auf die Zielgruppe der bildungsnahen Akademikerschicht. „Sie wenden sich an das Publikum, das von sich aus ins Museum, Konzert oder Theater kommt.“

Für andere Familien sind die Hürden hoch. Das schicke Theater in der Innenstadt bleibt ihnen so fern wie Kafkas Schloss dem Protagonisten K. Um diesen Mechanismus zu durchbrechen, hat unter anderem das Bundesbildungsministerium 2013 ein neues Programm aufgelegt. „Kultur macht stark“ unterstützt außerschulische Kooperationen, die ihre Zielgruppe genau im Blick haben. Das A und O dabei: Zugänge schaffen. „Es nützt nichts, einen Flyer auszulegen, es geht nur mit aufsuchender Kulturarbeit“, sagt Reinwand-Weiss: „Das heißt: Eltern einbinden und kulturelle Bildung eng an die Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen koppeln.“

Katja Irle,
freie Journalistin

Quellen/Literatur:
Rat für Kulturelle Bildung: Jugend/Kunst/Erfahrung, Horizont 2015
Vanessa Reinwand-Weiss: Wirkungsnachweise in der Kulturellen Bildung, 2015, bit.ly/wirkungsnachweise-kubi

VERSICHERUNGSSCHUTZ BIS 67 MÖGLICH!

Nutzen Sie unsere attraktiven Sonderkonditionen

Dienstunfähigkeitsversicherung
Berufsunfähigkeitsversicherung

Sicherheit für den Fall der Dienst- oder Berufsunfähigkeit ist wichtig! Denn dieses Risiko wird oft unterschätzt. Die HUK-COBURG bietet Ihnen Sonderkonditionen bei Neuabschluss einer Dienst- oder Berufsunfähigkeitsversicherung. Damit sparen Sie über die gesamte Laufzeit bares Geld!

Sprechen Sie mit uns. Wir beraten Sie gerne auch persönlich vor Ort: Die Adressen unserer Geschäftsstellen finden Sie in Ihrem örtlichen Telefonbuch unter „HUK-COBURG“ oder unter www.HUK.de/Ansprechpartner

GEW

HUK-COBURG
Aus Tradition günstig

Karikatur: Freimut Woessner

Qualifikation: Ex-Klassenkasper und In-Hefte-Kritzler

// Wie und warum wird man Künstler? Kann man Künstler in der Schule lernen? Fragen an den Karikaturisten Freimut Woessner. //

E&W: Sie haben zunächst Psychologie studiert, dann aber einen Zeichenkurs an der Volkshochschulschule in Berlin-Schöneberg besucht. Warum sind Sie anschließend Karikaturist geworden?

Freimut Woessner: Ich war auf der Suche nach dem Sinn unseres rätselhaften Daseins. Ergebnis nach acht Semestern und einem Vordiplom: minus Nullkommanull. Dann kam eine Zeit des Rumprobierens, Umherziehens und Sich-Durchschlagens – schließlich dann als Taxifahrer in Berlin. Und so ganz allmählich entwickelte sich der Traum, mit Bleistift, Papier, Radierer, Feder und Tusche und einem Aquarellkasten meine eigenen Welten zu erschaffen – sinnvolle und unsinnvolle – und womöglich davon leben zu können. Qualifikation: Ex-Klassenkasper und In-Hefte-Kritzler.

E&W: Welche Rolle hat der Kunstunterricht in der Schule für Ihre Entscheidung gespielt, eine künstlerische Laufbahn einzuschlagen?

Woessner: Eine positive – durch Abwesenheit von Wissensvollstopfung. Das war noch die selige Zeit, als man im Kunstunterricht tatsächlich frei und ohne großen Notendruck zeichnen und malen konnte! Mit Spaß, mit Freude! Und das an einer staatlichen Schule! Bis zum Abi gab es keinen einzigen Test! Eher gaben die anderen Fächer und deren Vermittler Anlass zu zeichnerischer Fort-Bildung – nämlich fort vom Fach und rein in die Traumwelt. Meine tiefe Überzeugung: Bei den musischen Fächern sollte nur die Mitarbeit benotet werden, ansonsten sollte man zeichnen, malen, singen oder sonstwie Töne erzeugen zur reinen Freude am Dasein – der wichtigste Lerninhalt überhaupt.

E&W: Welches Kunstwerk, welches Theaterstück, welche Oper, welchen Kinofilm oder welches Buch haben Sie nie verstanden?

Woessner: Als Kind habe ich nie etwas verstanden, ich war immer nur schwer beeindruckt von allem – mit runtergeklapptem Unterkiefer und großen Augen. Viel später bei den Büchern waren es die Bibel, der Koran und das Kapital – einfach schon deshalb, weil ich sie bis heute noch nie ganz gelesen habe, vor allem letzteres.

E&W: Multitalente wie Peter Ustinov, der Schauspieler und Synchronsprecher, Regisseur, Bühnenbildner, Karikaturist sowie Oboe- und Flötenspieler (auch ohne Oboe und Flöte!) war, findet man in der Kulturwelt selten. Welche Kunst, die Sie nicht beherrschen, möchten Sie unbedingt noch erlernen?

Woessner: Dichten mit Reim und Versmaß, aber das kann man nicht lernen, das muss man bei der Geburt schon mitgebracht haben. Aber dann: Orgelspielen, auch mit den Beinen, dann könnte ich endlich meinen Bach schön langsam spielen und er würde nicht so artistisch runtergerattert, wie heutzutage üblich.

Selbstporträt: Freimut Woessner

Freimut Woessner

Interview: Jürgen Amendt,
Redakteur der „Erziehung und Wissenschaft“

Sie geben alles. Wir geben alles für Sie: mit der DBV Kranken-versicherung.

Spezialist für den Öffentlichen Dienst. DBV

Besonders als **Lehramts-anwärter/-in** leisten Sie täglich viel im stressigen Schulalltag. Wir sichern Sie dabei von Anfang an ab mit den erst-klassigen Leistungen der privaten **DBV Krankenversicherung** zur Beihilfe. Und das zu besonders günstigen Ausbildungskonditionen.

Lassen Sie sich von Ihrem persönlichen Betreuer in Ihrer Nähe beraten oder informieren Sie sich unter **www.DBV.de**.

Sonderkonditionen in der Krankenversicherung für Mitglieder der

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft GEW

Eine Marke der AXA Gruppe AXA

Allein an den Oberschulen in Sachsen werden jedes Jahr etwa 30 bis 40 neue Musiklehrerinnen und -lehrer benötigt; an den Gymnasien sind es mindestens noch einmal so viel. Doch gerade einmal 52 fertig ausgebildete Musiklehrkräfte verließen 2018 die beiden Unis für Musik in Dresden und Leipzig.

Foto: mauritius images/pa/Frank May

Hast du Töne?

// Allerorten in Deutschland fehlt es an Lehrerinnen und Lehrern für die Fächer Musik und Kunst. Das Beispiel Sachsen zeigt: Viele Probleme sind nicht neu – und oft sind sie hausgemacht. //

Die schiefen Töne sind überall aus der Republik zu hören: Musikunterricht in der Krise! Stirbt der Musikunterricht aus? Kunst und Musik fallen einfach aus! So titeln Regionalzeitungen allerorten, egal ob in Bayern, Niedersachsen oder Brandenburg. In Sachsen, das seit ein paar Jahren mit grassierendem Lehrkräftemangel zu kämpfen hat, kennt man das Problem zur Genüge. „Die Personaldecke ist einfach zu dünn“, sagt die GEW-Landesvorsitzende Uschi Kruse. Die Folge: Entweder die Stunden fallen gleich ganz aus – spätestens wenn die einzige Lehrkraft des Faches an der Schule krank wird. Oder es wird versucht, die Versorgung des Unterrichts mit Seiteneinsteigern abzudecken. Mal gibt eine Opernsängerin an einer Oberschule die dringend benötigten Musikstunden, mal ein Kirchenkantor an einem Gymnasium. „Ohne den einzelnen Kollegen ihr Engagement abzusprechen, stellt sich bei den Seiteneinsteigern doch die Frage der pädagogischen Qualifikation und Kompetenz“, sagt Kruse. „Viele unterschätzen den Knochenjob und sind schnell überfordert.“

Ganz neu ist der Befund nicht. „Ich kenne keine Zeit, in der Lehrkräfte für Musik und Kunst nicht gefehlt hätten, sogar in der DDR“, sagt Kruse, die in den 1980er-Jahren Lehrerin war. „Musik und Kunst sind Fächer, die in der bildungspolitischen Diskussion in Sachsen deutlich unterbewertet sind“, beklagt die Landesvorsitzende. Seit den 1990er-Jahren sei die Bildungspolitik des Freistaates stark auf Mathematik und Naturwissenschaften fokussiert. „Sachsen setzt gute Schulleistungen mit guten Ergebnissen in den MINT-Fächern gleich“, sagt Kruse. „Aber zur Bildung gehören auch soziale und künstlerische Fertigkeiten.“ Für Kinder aus bildungsfernen Familien sei die Schule sogar oft der einzige Ort, an dem sie einen Zugang zu Musik und Kunst bekommen. Und nicht selten entdeckten Schülerinnen und Schüler gerade in diesen Bereichen ihre Talente, mit denen sie schwächere Fächer kompensieren können.

Hohe Zugangshürden

Aktuell arbeiten an Sachsens 1.154 öffentlichen Grund- und Oberschulen sowie Gymnasien rund 2.260 Lehrkräfte als Kunstlehrer sowie 2.200 Lehrkräfte als Musiklehrer. Doch ein Verhallen der Missklänge ist kaum zu erwarten: Angesichts der hohen Zahl der Lehrkräfte, die jedes Jahr in Rente gehen, wird der Personalbedarf für die kulturelle Bildung auch in Zukunft nicht zu decken sein. Nach Daten des Kultusministeriums werden allein an den Oberschulen jedes Jahr etwa 30 bis 40 neue Lehrerinnen und Lehrer für Kunst und ebenso viele für Musik benötigt. An den Gymnasien sind es in beiden Fächern mindestens noch einmal so viel. Eine Lücke, die von den Hochschulen des Landes kaum zu schließen ist.

Gerade einmal 52 fertig ausgebildete Musiklehrkräfte verließen 2018 laut Wissenschaftsministerium die beiden Unis für Musik in Dresden und Leipzig. In den Jahren zuvor waren es meist sogar nur 20 bis 30 Absolventinnen und Absolventen. Hinzu kommen zwar die Grundschullehrkräfte mit dem Wahlfach Musik, doch das Defizit ist offensichtlich. In Kunst sieht es kaum besser aus: Das Statistische Landesamt zählte voriges Jahr 547 Studierende mit einem künstlerischen Abschluss – die aber in vielen Kunst-Bereichen eine Heimat suchen.

Der Mangel an Nachwuchs für die Lehrerzimmer ist dabei – nicht nur aus Sicht der GEW – oft hausgemacht: durch zu hohe Zugangshürden an den

Kunsthochschulen. Schon 2012 monierte die Kultusministerkonferenz (KMK) „dringenden Handlungsbedarf“: Das Fach Musik, so die KMK, gehöre zu den „besonderen Bedarfsfächern“ in allen Schulzweigen und werde oft fachfremd unterrichtet. In einem dringenden Appell riefen die Kultusminister die Kunst- und Musikhochschulen auf, bei der Zulassungspraxis „stärker zwischen künstlerisch und pädagogisch orientierten Bewerberinnen und Bewerbern zu unterscheiden“. Denn für die pädagogisch interessierten Bewerber gelten in der Regel die gleichen, hohen Anforderungen wie für angehende Spitzenmusiker an großen Opernhäusern und in Orchestern.

Die Aufnahmeprüfungen für lehramtsbezogene Studienplätze, so die KMK, sollten daher stärker an die Anforderungen des Lehrerberufs angepasst werden. Die pädagogischen Fähigkeiten und Potenziale sollten neben den musikalisch-künstlerischen Talenten ausdrücklich berücksichtigt werden. „Dies entspricht auch dem ureigenen Interesse der Kunst- und Musikhochschulen an der Heranbildung geeigneten künstlerischen Nachwuchses“, hieß es 2012. Passiert ist bisher wenig. Kruse jedenfalls kann sich zwar gut an den Aufruf der KMK erinnern – nicht aber an einen hörbaren Widerhall: „Ich wüsste nicht, dass der Appell an den Hochschulen in Sachsen gefruchtet hätte.“

Kürzung der Stunden

Der Freistaat verfolgt indessen eine andere Strategie. So wird seit diesem Schuljahr in Klasse 3 eine Unterrichtsstunde weniger Musik erteilt, am Gymnasium wurde Musik in Klasse 8 von zwei auf eine Stunde gekürzt. Gleichzeitig mit den überarbeiteten Stundentafeln sollen die Schulen mehr Geld für Ganztagsangebote bekommen. Um die Lebenskompetenz der Schülerinnen und Schüler vor allem in Sport, Musik und Kunst zu fördern, so Kultusminister Christian Piwarz (CDU), würden die Ausgaben für Ganztagsangebote deutlich erhöht. Parallel schloss das Ministerium eine Rahmenvereinbarung mit dem Sächsischen Musikrat. Deren Ziel: Ganztagsangebote für Musik sollen durch Kooperationsprojekte mit Musikpädagogen und Künstlern auch ohne Lehramtsabschluss ausgebaut werden. Für Kruse ist diese politische Komposition aber nur ein schwacher Trost: Viele Kinder erreiche man trotzdem nicht, da Ganztagsangebote freiwillig seien.

Wie wichtig die Fächer Musik und Kunst tatsächlich sind, hatten dabei auch die Kultusminister 2012 deutlich gemacht. In ihrem Beschluss betonten sie, dass musische Bildung eine wichtige Voraussetzung zur Teilnahme am kulturellen Leben und für das Zusammenleben in unserer Gesellschaft sei.

Sven Heitkamp,
freier Journalist

EUROPA ENDLICH VERSTÄNDLICH - IN 30 MINUTEN

Erlebnis Europa
Europa Experience

Die Ausstellung im Europäischen Haus Berlin
The exhibition in the European House Berlin

Rollenspiele für Schulklassen
Kostenlose Lehrmaterialien

Multimedia-Ausstellung über die EU
360° - Kino
Eintritt frei

www.erlebnis-europa.eu

Spielend die Welt erschließen

// Außerschulische Bildung gewinnt im Zeichen von lebenslangem Lernen zunehmend an Bedeutung. Wie das mit Hilfe digitaler Konzepte in Museen umgesetzt werden kann, zeigt das Verbundprojekt museum4punkt0*. //

In unserem Kulturkreis stellen Museen seit ihrer Etablierung im 19. Jahrhundert einen der populärsten Orte für die Aneignung von Wissen jenseits schulischer Kontexte dar. Während sie sich mit ihren Ausstellungen schon immer an breite Bevölkerungsschichten richteten, dienten die Sammlungen bisher überwiegend wissenschaftlichen Zwecken. Digitale Technologien bieten jedoch neue Möglichkeiten der Vermittlung und Teilhabe.

Diese werden exemplarisch in dem Verbundprojekt museum4punkt0 erprobt. Gefördert durch die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien mit insgesamt 15 Millionen Euro loten sieben Kulturinstitutionen aus Deutschland verschiedene Formate der digitalen Vermittlung aus. „Digitale Technologien erweitern das Vokabular, mit dem Museen ihre Ausstellungen, Sammlungen und Forschung kommunizieren und vermitteln können“, erklärt Katrin Glinka, wissenschaftliche Leiterin von museum4punkt0.

Ein Beispiel für die kreative digitale Aufbereitung historischer Sammlungen ist ein Onlinespiel, das derzeit im Berliner Projektbüro von museum4punkt0 entsteht. Im Fokus: die weltweit einmalige Sammlung von Spielbilder- und Bewegungsbüchern der Berliner Staatsbibliothek. Bei diesem vor allem in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts weit verbreiteten Genre offenbaren die Bücher ihren Inhalt dem Leser erst durch Interaktion mittels verschiedenster Mechaniken. Aus heutiger Sicht ähneln die Leserinnen und Leser eher Computerspielern, was gute Möglichkeiten bietet, ein jüngeres Publikum für historische Buchkultur zu interessieren. Zur spielerischen Herangehensweise erläutert Glinka: „Ergänzend zu der klassischen Inszenierung von Ausstellungen im Raum und der textlichen Vermittlung erproben wir auch spielerische Formate, wir ermöglichen das virtuelle Eintauchen in eine nicht zugängliche oder längst vergangene Lebenswelt oder versetzen Ausstellungsobjekte digital in ihren ursprünglichen Funktionskontext. Dadurch, dass hierbei gleichzeitig partizipative Ansätze zum Tragen kommen können, schaffen wir dialogischere Lernsituationen.“

Virtuelle Schiffsreisen

Doch nicht nur klassische Bildschirmspiele werden im Rahmen von museum4punkt0 auf ihre Eignung und Möglichkeiten als museales Vermittlungsmedium untersucht. Im Teilprojekt „Visitor Journeys neu gedacht – digitale Erweiterung des Museumsbesuchs“ der Staatlichen Museen zu Berlin wird einer der Prototypen gemeinsam mit der Firma Ijsfontein Interactive Media als Virtual Reality Installation konzipiert. In dem als Ergänzung der zukünftigen Dauerausstellung des Ethnologischen Museums im Humboldt Forum entwickelten virtuellen Schiffsreise sollen vor allem Acht- bis 14-Jährige mittels

Wie digitale Technologien helfen, die traditionelle Trennung zwischen Sammlungsstück und Ausstellungsraum aufzuheben, zeigt ein Augmented-Reality-Prototyp in der Gemäldegalerie Berlin. Mit dessen Hilfe ist es möglich, kunsthistorische Inhalte oder auch verborgene Malschichten spielerisch kennenzulernen.

Foto: Staatliche Museen zu Berlin/Ceren Topcu (CC BY 4.0)

Virtual-Reality-Brille in die Welt Ozeaniens eintauchen. Sie finden sich auf einem traditionellen Segelboot wieder, das im Original in der Ausstellung direkt daneben zu sehen sein wird. Das Spielziel besteht darin, traditionelle Navigationstechniken der Südsee zu erlernen und ein Gefühl für die Weite des pazifischen Raumes zu vermitteln.
Bei Ijsfontein ist der Medienwissenschaftler Martin Thiele-Schwez für die virtuelle Seereise verantwortlich. „Entscheidend für den Lernerfolg ist die spielerische Qualität einer Anwendung“, erklärt er. „Besonders junge Menschen wachsen heute selbstverständlich mit Computerspielen auf. Wenn unsere Anwendungen diesen spielerischen Standards nicht genügen, werden sie schnell als langweilig abgelegt.“

Lernen en passant

Dass Spiele aber auch enormes Lernpotenzial bieten, ist keine Erkenntnis des digitalen Zeitalters. „Schon immer haben sich Heranwachsende – aber auch Erwachsene – die Welt und das menschliche Miteinander spielend erschlossen“, erläutert Thiele-Schwez. „Unsere Aufgabe besteht im Kern darin, die beabsichtigten Lerninhalte und -erfahrungen zielgruppengerecht umzusetzen, wobei wir immer auch den jeweiligen Kontext im Kopf haben müssen. So sollte ein Museumsspiel nicht lange dauern und keine Frustmomente beinhalten.“ Nur so sei gewährleistet, dass die Besucher eine zusätzliche Erfahrung aus dem Museum mitnehmen, die ihnen im Gedächtnis bleibt. Denn der Grundsatz aller spielerischen Lernangebote ist, dass das Lernen nicht als solches empfunden wird, sondern quasi en passant passiert.
Beide Beispiele zeigen, wie digitale Technologien sowohl helfen, Ausstellungsstücke in größere Zusammenhänge einzubetten als auch die traditionelle Trennung zwischen Sammlungsstück und Ausstellungsraum aufzuheben. Jenseits von Ausstellungskontexten sorgt die Digitalisierung darüber hinaus für eine bemerkenswerte Vergrößerung der Reichweite von Sammlungen und der mit ihnen verbundenen Bildungsziele. Im Zentrum steht dabei die Möglichkeit, digitale Kopien der analogen Sammlungsstücke anzufertigen und samt ihren Beschreibungsdaten über das Internet für alle Menschen auffindbar zu machen.
Einer der Vorreiter dieser „Open Access“ genannten Bewegung ist Europeana**, das zentrale Portal der Europäischen Union zu den Kulturgütern, die in Europas Archiven, Bibliotheken und Museen gesammelt worden sind. Seit dem Start 2007 wurden bis heute digitale Kopien und Beschreibungen von über 50 Millionen Kunstwerken, Artefakten, Büchern, Videos und Tonwerken für alle frei zugänglich gemacht. Diese beeindruckende Fülle und Vielfalt bietet etwa in Kombination mit Künstlicher Intelligenz Wissenschaftlern nie gekannte Möglichkeiten, auf einer optimal großen Datenbasis Muster zu erkennen, die bislang durch die Konzentration auf spezifische Themenstellungen verborgen geblieben sind.
Die praktische Anwendung ist jedoch noch Zukunftsmusik, unter anderem weil noch verschiedene urheberrechtliche Fragestellungen zu klären sind, die eine freie Weiterleitung und -verarbeitung der Daten und Inhalte betreffen. Das Spielfeld ist jedoch eröffnet. Es wird auch zukünftig spannend sein zu beobachten, wie sich Museen im Kontext des digitalen Wandels neu erfinden.

Andreas Lange,
Gründungsdirektor und Kurator des Computerspielemuseums in Berlin (bis 2018), Mitglied des Fachausschusses Kulturerbe des deutschen Kulturrates sowie Sprecher des Europäischen Verbandes der Computerspielarchive, -museen und Bewahrungsprojekte (EFGAMP)

*www.museum4punkt0.de
**www.europeana.eu

Jetzt anmelden: Buch-Gutschein-Aktion zum Welttag des Buches für 4. und 5. Klassen

Am 23. April ist Welttag des Buches. Auch 2020 findet die bundesweite Schulaktion „Ich schenk dir eine Geschichte“ für 4. und 5. Klassen statt. Gegen Vorlage eines Gutscheins erhält jedes Kind im Buchhandel ein Exemplar des neuen Welttagsbuchs „Abenteuer in der Megaworld“ von Kinderbuchautor Sven Gerhardt, ergänzt durch einen Comic von Timo Grubing. Alle Lehrkräfte erhalten außerdem begleitendes Unterrichtsmaterial.

Bestellen Sie die Buch-Gutscheine für Ihre Klassen bis 31. Januar 2020 unter www.welttag-des-buches.de.

Stiftung Lesen · Börsenverein des Deutschen Buchhandels · cbj · Deutsche Post · ZDF
und die Kultusministerien aller Länder

Die Flexibilisierung der Arbeitszeit hat in den vergangenen drei Jahrzehnten unter neoliberalem Vorzeichen teilweise zur massiven räumlichen und zeitlichen Entgrenzung der Arbeit geführt. Davon betroffen sind auch pädagogische und sozialpädagogische Berufe sowie die Lehrenden an Hochschulen.

Foto: mauritius images/STOCK4B-RF

Acht Stunden sind kein Tag

// **Bei der GEW-Arbeitszeitkonferenz in Eisenach forderten rund 100 Aktive der Bildungsgewerkschaft niedrigere Arbeitszeiten und mehr Zeitsouveränität.** //

„Acht Stunden sind kein Tag“ – so lautete 1972 eine vom WDR produzierte und von Rainer Werner Fassbinder gedrehte fünfteilige Serie über den Arbeitsalltag von Arbeitern und Angestellten. Der Filmtitel drückte aus, dass das Leben nicht nur aus Arbeit bestehen sollte. Der Achtstundentag ist eine der ältesten Forderungen der Arbeiterbewegung; erst 1919 wurde er in Deutschland gesetzlich vorgeschrieben. Vorreiter für eine niedrigere Wochenarbeitszeit war der Industriesektor. So erkämpfte die IG Metall vor 35 Jahren in der westdeutschen Metallindustrie den Einstieg in die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.

Freiwillige Selbstausbeutung

In anderen Branchen liegt die wöchentliche Arbeitszeit nach wie vor eher etwas über 40 Stunden. Dies machte Steffen Lehndorff vom Institut Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen in seinem Vortrag auf der Arbeitszeitkonferenz der GEW Mitte September deutlich. Durch mehr Teilzeitbeschäftigungen und eine gesunkene Tarifbindungsquote sei es zudem zu einem „Flickenteppich“ bei den Arbeitszeitmodellen gekommen, so der Wissenschaftler. Der Tarifexperte der GEW, Daniel Merbitz, kritisierte, dass diese Flexibilisierung der Arbeitszeit in den vergangenen drei Jahrzehnten unter neoliberalem Vorzeichen „faktisch mit einer Ausweitung der Arbeitszeiten verbunden“ gewesen sei. So habe die Kündigung des Arbeitszeit-Tarifvertrages West im öffentlichen Dienst der Länder 2003 zu einer Verlängerung der Wochenarbeitszeit geführt. Im Osten der Republik, so Merbitz, „tönten damals manche Länderchefs, die Arbeitszeiten auf 42 Wochenstunden verlängern zu wollen“. Das Ziel der GEW sei weiterhin, die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich zu reduzieren.

Durch die zunehmende Entgrenzung der Arbeit steige das Risiko freiwilliger Selbstausbeutung, betonte Gesa Bruno-Latocha, Referentin für Tarif- und Beamtenpolitik beim GEW-Hauptvorstand. Erzwungene Teilzeit-Arbeitsverträge – beispielsweise an Hochschulen und in der Wissenschaft oder für sozialpädagogische Fachkräfte – müssten in existenzsichernde Vollzeit-Arbeitsplätze umgewandelt werden, forderte Bruno-Latocha.

Wie sehr diese Probleme den Beschäftigten unter den Nägeln brennen, machten die Diskussionen in den Arbeitsgruppen deutlich. Für Lehrkräfte wurde eine klare Arbeitsplatzbeschreibung gefordert, in der das Verhältnis zwischen Unterrichtsverpflichtung und der weiteren Arbeitszeit geregelt sei. Hintergrund ist die sogenannte ungebundene, d. h. unterrichtsfreie Arbeitszeit, die der Dienstherr für verbeamtete Lehrkräfte ausdehnen kann und die nicht klar definiert ist. Gefordert wurde, die Unterrichtsverpflichtung abzusenken. Für andere Berufe stehen mehr Urlaubstage sowie flexible Arbeitszeitregelungen auf der Wunschliste, um z. B. mehr Zeit für die Pflege von Angehörigen oder Kindererziehung zu haben.

Die Debatte zeigte, dass Beschäftigte über ihre Arbeitszeit und deren Gestaltung möglichst frei verfügen wollen. Neben der allgemeinen Senkung der Arbeitszeit müsse bei künftigen Diskussionen ein besonderer Fokus auf dem Schlagwort „Zeitsouveränität“ liegen. Es müsse Schluss sein mit informell geführten Arbeitszeitkonten, „Springstunden“, ungeregelten Bereitschaftszeiten und unbezahlter Mehrarbeit (s. S. 24 f.). „Die GEW tritt für geregelte freiwillige Arbeitszeitkonten ein, die den Beschäftigten Entscheidungsfreiheit geben – beim Umfang der Mehrarbeit ebenso wie bei der Verwendung der angesparten Zeitguthaben“, stellte Merbitz klar. „Wir werden die Arbeitszeitfragen verstärkt zum Thema unserer tarif- und beamtenpolitischen Aktivitäten machen.“ Solange in Deutschland allerdings das Streikverbot für Beamtinnen und Beamte gelte, könnten diese nicht mit den Tarifbeschäftigten gemeinsam für eine Veränderung ihrer Arbeitszeit streiken. „Daher brauchen wir das Beamtenstreikrecht (s. S. 4), um gemeinsam und mit geballter Kraft in die Auseinandersetzungen der Zukunft zu ziehen. Konfliktfrei wird es nicht gehen“, so Merbitz.

Jürgen Amendt,
Redakteur der „Erziehung und Wissenschaft“

BSW-Bezügekonto der Commerzbank

Das kostenfreie Konto, das Geld hinzuverdient!*

Einmalige Vorteile für den Öffentlichen Dienst!

- + **100 EUR Startguthaben***
- + **Mindestgeldeingang lediglich 1 Cent***
- + **Gebührenfreie Kontoführung***
- + **Beitragsfreie BSW-Nutzung***
  Mit BSW bekommen Sie bei Ihren Einkäufen Geld zurück auf Ihr BSW-Bezügekonto.
- + **B-Tarif für die ganze Familie:**
  Auch Ihre Kinder und Lebenspartner können das Konto eröffnen.

Jetzt Konto eröffnen!

bsw-bezuegekonto.de
Oder bei einer von rund 1000 Filialen der Commerzbank

COMMERZBANK
BSW. Bezügekonto
für den Öffentlichen Dienst

* **Kostenlos** nur bei privater Nutzung, ab 0,01 Euro mtl. Mindestgeldeingang, sonst 9,90 Euro je Monat, belegloser Kontoführung und Nutzung von Commerzbank-/Cash Group-Geldautomaten. Zusätzlich fallen 1,50 Euro je Vorgang/Scheck für beleghafte Inlands-/SEPA-Überweisungen, Einzug von auf Euro ausgestellten Inlandsschecks sowie je Bargeldaus- und Bargeldeinzahlung am Schalter der Commerzbank an. Diese und alle weiteren Bedingungen und Informationen finden Sie unter www.bsw-bezuegekonto.de.

Info unter:
Telefon: 0800 444 00 14
(gebührenfrei; Mo - Fr: 8:00-19:00 Uhr)

BEAMTENSELBSTHILFEWERK gegr. 1960

bsw-bezuegekonto.de

BSW.
Der Vorteil
für den Öffentlichen Dienst

Die Ruhe nach dem Sturm?

// In der öffentlichen Diskussion ist es wieder ruhiger geworden um den Lehrkräftemangel. An vielen Schulen hat man sich irgendwie arrangiert. Doch das Problem ist überhaupt nicht gelöst – im Gegenteil. //

Für eine verlässliche Aussage über die bundesweiten Lehrkräfteeinstellungen zum laufenden Schuljahr ist es noch zu früh. Zusammenfassende Statistiken werden erst in einigen Monaten vorliegen. Es ist aber schon abzusehen, dass die Einstellungen deutlich hinter dem zurückbleiben, was geplant war – und erst recht hinter dem, was wünschenswert und notwendig ist.

Dazu muss man wissen, dass in der Statistik Tausende Kolleginnen und Kollegen mitgezählt werden, die als Vertretungslehrkräfte ohne Ausbildung befristet vor die Klassen gestellt werden. Nicht überall liegen dazu valide Zahlen vor. Die GEW Hessen hatte zum Stichtag 1. Januar 2019 exakt 5.761 solcher Fristverträge ermittelt. Bezogen auf Vollzeitstellen entsprach dies einer Befristungsquote von 6,6 Prozent.

Hohe Abbruchquoten

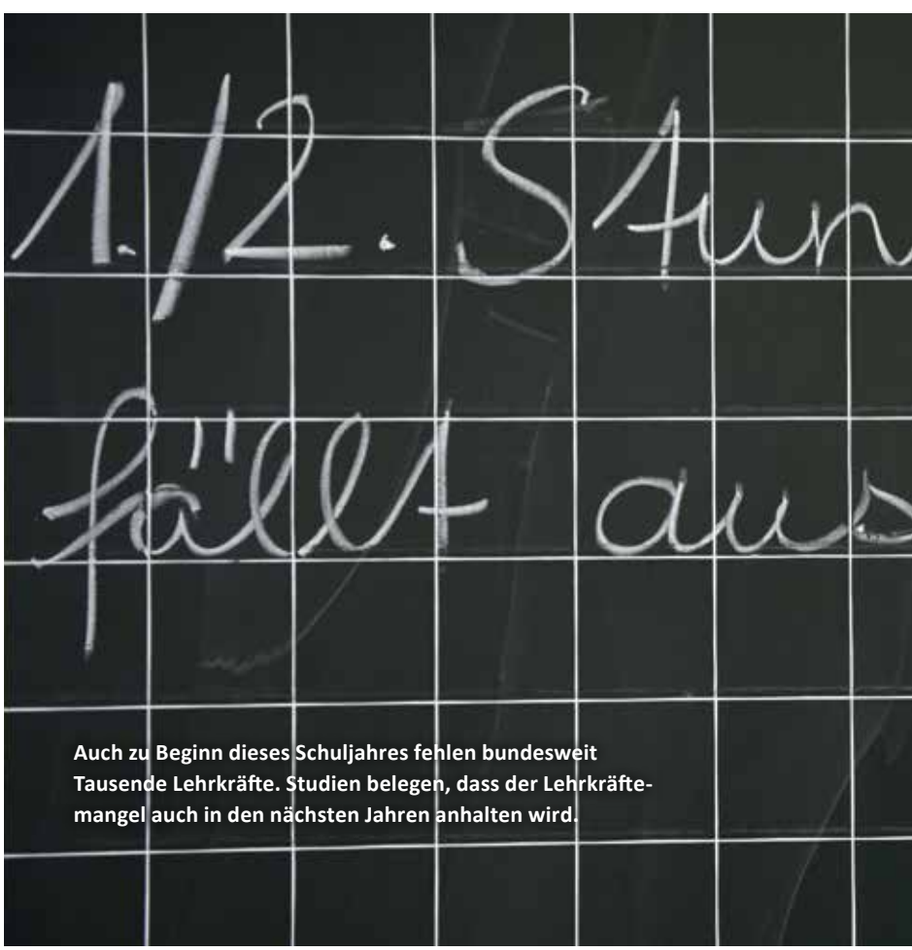
Das Phänomen, dass mit befristet Beschäftigten der Lehrkräftebedarf zumindest statistisch gedeckt wird, ist nicht neu. So gab es 2018 zwar Neueinstellungen in Rekordhöhe: 36.000 Lehrkräfte wurden insgesamt eingestellt, es gab aber bundesweit nur 28.000 Absolventinnen und Absolventen des Zweiten Staatsexamens. In der Lehrerbedarfsprognose der Kultusministerkonferenz (KMK), die im Oktober 2018 veröffentlicht wurde, steht für 2018 jedoch ein Einstellungsbedarf von 41.750 Lehrerinnen und Lehrern. Das sind die Werte, die die Länder im Laufe des Jahres an die KMK gemeldet hatten.

Inzwischen haben viele Bundesländer mit einer Ausweitung der Studienkapazitäten auf den strukturellen Mangel reagiert: Berlin verdoppelt seine Lehramtsstudienplätze bis 2022 auf 2.000, Bayern schafft zeitlich befristet 700 zusätzliche Studienplätze für Grundschullehrkräfte, Nordrhein-Westfalen (NRW) vermeldet 339 und Hessen 315 neue Plätze für Grundschullehrerinnen und -lehrer. Selbst das kleine Bremen erhöht die Studienkapazitäten um ein Drittel auf 600 (alle Lehrämter). Doch wer heute ein Lehramtsstudium aufnimmt, kommt im günstigsten Fall 2025 fertig ausgebildet in einer Schule an.

Etwas schneller würden Maßnahmen wirken, die auf eine Verringerung der hohen Abbruchquoten zielen. Zu diesen hat das Kultusministerium Mecklenburg-Vorpommern kürzlich eine Studie vorgelegt*. Demnach spielen Gründe, die in der inhaltlichen und organisatorischen Struktur des Studiums liegen, die größte Rolle, wenn junge Menschen ihr Studium abbrechen. Die Studie empfiehlt daher unter anderem eine bessere Verzahnung von Praxis und Studium und plädiert für einen stärkeren Berufsfeldbezug in der Ausbildung.

Eine deutliche Reduzierung der Abbruchquoten ist jedoch kurzfristig nicht zu erwarten. Deshalb werden in allen Bundesländern derzeit Pensionäre mit attraktiven Konditionen zurück an die Schulen gelockt und rentennahe Jahrgänge zum Bleiben überredet. Nicht besonders erfolgreich sind diverse Versuche, unversorgte Absolventen eines gymnasialen Staatsexamens für den Dienst an anderen Schulformen „umzuschulen“. Schon besser läuft das Angebot in NRW, ohne „Umschulung“ für zwei Jahre an einer Grundschule zu unterrichten, um anschließend an ein Gymnasium zu wechseln. Laut Kultusministerium haben 345 Lehrkräfte der Sekundarstufe II das Angebot angenommen.

Die derzeit wichtigsten Maßnahmen sind die Programme zur berufsbegleitenden



Auch zu Beginn dieses Schuljahres fehlen bundesweit Tausende Lehrkräfte. Studien belegen, dass der Lehrkräftemangel auch in den nächsten Jahren anhalten wird.

Nachqualifizierung von Menschen mit Hochschulstudium, aber ohne Lehramtsabschluss. 2018 erreichte deren Zahl mit 4.786 ein Allzeithoch – davon fast die Hälfte in Sachsen und Berlin. In der Hauptstadt waren zu Beginn des laufenden Schuljahres fast zwei Drittel (1.649) der neu eingestellten Lehrkräfte Seiten- oder Quereinsteiger. Der Einstieg in den Schuldienst läuft selten reibungslos, er ist für Kollegien und Betroffene mit vielen Problemen verbunden. In der Berliner GEW gibt es deshalb eine „AG Quereinstieg“, auch die GEW Sachsen engagiert sich für und mit Seiteneinsteigern. In der GEW Mecklenburg-Vorpommern hat sich Anfang September sogar eine „Fachgruppe „Seiteneinsteiger*innen“ gegründet**.

Veraltete KMK-Prognosen

Auch die Entscheidung von Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern und zuletzt Sachsen, Lehrkräfte künftig erstmals (im Fall von Thüringen: wieder) zu verbeamten, begründeten die Länder mit der Personalnot in den Schulen. Bundesweit gesehen ist das eher ein Ausdruck der Hilflosigkeit, weil es dadurch nicht eine einzige Lehrkraft zusätzlich gibt. Aber im Wettbewerb um die Absolventinnen und Absolventen erhoffen sich diese Ost-Länder dadurch einen Vorteil, zumal neben dem Westen auch Sachsen-Anhalt und Brandenburg verbeamten.

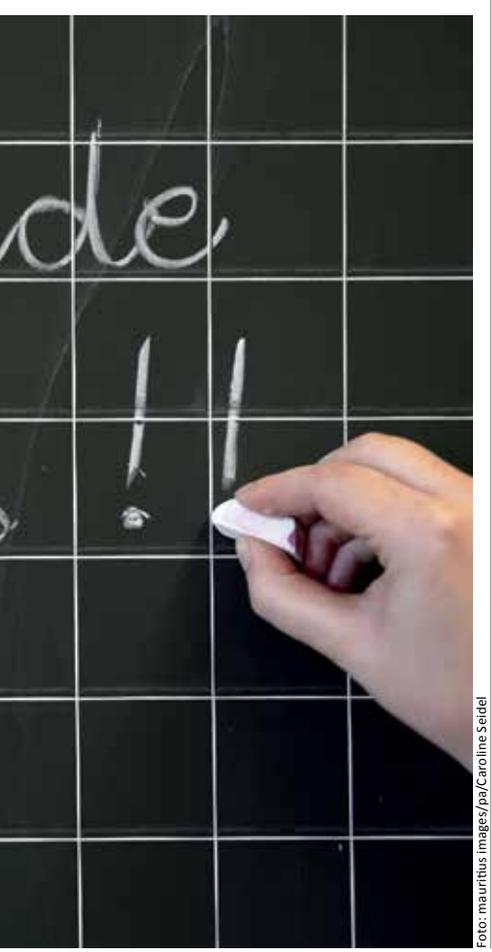


Foto: mauritius images/pa/Caroline Seidel

Schon heute sind die vor einem Jahr vorgelegten Prognosen der KMK überholt, weil sie mit veralteten Schülerzahlen arbeiten. Die Studien sind vor allem politisch aufschlussreich, weil sich in ihnen letztlich die Einstellungsplanungen der Bundesländer niederschlagen. Die Aktualisierung der bundesweiten KMK-Prognosen ist ein schwerfälliges, bürokratisches Unterfangen. Nur wenige Bundesländer legen jährlich eigene Lehrerberechnungen vor.

Die KMK ermittelte im Oktober 2018 für den Primarbereich von 2018 bis 2025 einen Einstellungsbedarf inklusive Ersatzeinstellungen von rund 80.000 Lehrkräften.*** Die Bertelsmann Stiftung, die für die Grundschulen bereits im Januar 2018 eine umfassende Studie vorgelegt hatte****, sieht das anders: Von den bis einschließlich 2025 benötigten 105.000 Grundschullehrkräften entfielen etwa 60.000 auf den Ersatz. 26.000 weitere Lehrkräfte müssten wegen der steigenden Schülerzahlen eingestellt werden, außerdem 19.000 Lehrkräfte für den Ausbau von Ganztagsschulen. Dem stünden im gleichen Zeitraum maximal 70.000 regulär ausgebildete Absolventen gegenüber.

Im September 2019 hat sich die Bertelsmann Stiftung vor dem Hintergrund der im Juni 2019 aktualisierten Bevölkerungsvorausschätzung des Statistischen Bundesamtes die Grundschul-Prognose der KMK erneut vorgenommen*****. Allein durch die gestiegene Zahl der Grundschulkinder werde sich der Bedarf an den Grundschulen um knapp 11.000 Menschen (gut 10.000 Stellen) erhöhen, prognostizieren die Autoren Klaus Klemm und Dirk Zorn. Grob gerechnet ist der Einstellungsbedarf also allein wegen der größeren Schülerzahl rund ein Siebtel höher als von der KMK erwartet.

Für die weiterführenden Schulen liegen keine vergleichbaren Zahlen vor; die KMK unterscheidet bei ihren Prognosen nicht zwischen Ersatz- und zusätzlichem Bedarf. Im Oktober 2018 ging die KMK für die allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufe I und II von einem Einstellungsbedarf von insgesamt 157.000 Lehrkräften für 2018 bis 2025 aus. Unterstellt man, dass die höheren Schülerzahlen auch hier zu einem Mehrbedarf von etwa einem Siebtel führen, ergibt allein das rund 22.500 zusätzlich benötigte Lehrkräfte – auch hier gilt, dass die dringend notwendigen qualitativen Verbesserungen noch nicht mit eingerechnet worden sind.

Höhere Schülerzahlen

Laut KMK fehlen bis 2025 für die Sek-I-Lehrämter 19.000 und bei den sonderpädagogischen Schulen 6.500 Lehrkräfte. Dem stehe, so das Argument der KMK, ein Überschuss von fast 34.000 Absolventinnen und Absolventen des gymnasialen Lehramts gegenüber. Schon rein rechnerisch würden die von der KMK prognostizierten „überzähligen“ Gymnasiallehrerinnen und -lehrer jedoch nicht ausreichen, um die Personallücken an den anderen Schulformen zu schließen, denn der Bedarf an Lehrkräften muss entsprechend der höheren Schülerzahlen nach oben angepasst werden. Die KMK-Rechnung setzt zudem voraus, dass sich die Gymnasiallehrkräfte für den Einsatz an anderen Schulformen gewinnen lassen und entsprechende Weiterbildungsangebote erhalten. Solange aber immer noch nicht alle Bundesländer bereit sind, an allen Schulformen gleichermaßen A13/E13 zu zahlen, dürfte das schwierig werden (s. S. 40 f.).

Gesa Bruno-Latocha,
Referentin im Arbeitsbereich Tarif- und Beamtenpolitik beim GEW-Hauptvorstand

***bit.ly/mv-bericht-lehramtsstudium**
****www.gew.de/mv-seiteneinstieg-resolution**
*****bit.ly/kmk-lehrereinstellung**
******bit.ly/bertels-lehrermangel-grundschule**
*******bit.ly/bertelstudie-grundschullehrermangel**

Kommt die Stechuhr für alle?

// Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat in seinem viel beachteten Urteil vom 14. Mai 2019 klargestellt, dass für die Einhaltung der Arbeitszeitrichtlinie* der Europäischen Union (EU) die Arbeitszeit aller Beschäftigten vollständig erfasst werden muss. Nun sind die Mitgliedsstaaten gefordert, dies in nationales Recht umzusetzen. //

Die GEW begrüßt, dass nach dem Urteil unbezahlte Mehrarbeit endlich wirksam bekämpft werden muss. Sie mahnt zugleich an, dass bei der Umsetzung die Besonderheiten der Tätigkeiten in allen Bildungsbereichen beachtet und die Souveränität der Beschäftigten bei der Gestaltung ihrer Arbeitszeit gewahrt werden soll.

Anlässlich der Klage einer spanischen Gewerkschaft gegen einen Ableger der Deutschen Bank stellte der EuGH fest, dass die Mitgliedsstaaten Betriebe verpflichten müssen, ein System zur Arbeitszeiterfassung einzurichten (Az.: C-55/18). Der Gerichtshof leitet diese Verpflichtung aus der EU-Arbeitszeitrichtlinie und der Europäischen Grundrechtecharta ab.

Die Schutzvorschriften der EU-Arbeitszeitrichtlinie umfassen die Begrenzung der wöchentlichen Arbeitszeit einschließlich Überstunden sowie zwingende Ruhezeiten und -pausen. Diese Vorschriften sind in Deutschland durch das Arbeitszeitgesetz zwar formal umgesetzt, doch das reicht dem EuGH nicht aus. Er qualifiziert die Schutzvorschriften als europäische Grundrechte, die nicht nur auf dem Papier stehen dürfen, sondern auch praktisch zu verwirklichen sind: „Um die praktische Wirksamkeit der von der Arbeitszeitrichtlinie und der Charta verliehenen Rechte zu gewährleisten, müssen die Mitgliedsstaaten die Arbeitgeber daher verpflichten, ein objektives, verlässliches und zugängliches System einzurichten, mit dem die von einem jeden Arbeitnehmer geleistete tägliche Arbeitszeit gemessen werden kann.“

Foto: imago images/Frank Sorge

Das Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) hat viele Beschäftigte verunsichert. Eine Arbeitszeiterfassung, wie die Richter sie fordern, schreibt aber keinesfalls eine Präsenzpflicht der Beschäftigten am betrieblichen Arbeitsplatz vor.

Wie das spanische Recht, auf das sich das Urteil bezieht, verpflichtet auch das deutsche Arbeitszeitgesetz (ArbZG) die Betriebe lediglich, „die über die werktägliche Arbeitszeit (...) hinausgehende Arbeitszeit der Arbeitnehmer“ (Überstunden, Mehrarbeit, Sonn- und Feiertagsarbeit) zu erfassen.** Der EuGH moniert, dass somit wesentliche Teile der Arbeitszeit überhaupt nicht dokumentiert werden. Ob die Schutzvorschriften der Arbeitszeitrichtlinie eingehalten werden, sei für Beschäftigte, Unternehmen und Gerichte nicht zu überprüfen. Die Beschäftigten könnten ihre Rechte nur durchsetzen, wenn die täglich geleistete Arbeitszeit objektiv und verlässlich gemessen werde. Dazu wäre eine Anpassung des ArbZG nötig. Das hat auch Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) unmittelbar nach dem Urteil angekündigt. Bislang liegt jedoch kein konkreter Gesetzentwurf vor, und es ist nicht bekannt, wie die Bundesregierung die Arbeitszeiterfassung regeln will.

Das Urteil gilt uneingeschränkt auch für Beamtinnen und Beamte, denn der EuGH unterscheidet in seiner Rechtsprechung nicht zwischen dieser Gruppe und anderen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Da das deutsche ArbZG jedoch nicht für Beamtinnen und Beamte gilt, sind entsprechende Anpassungen im Beamtenrecht des Bundes und der Länder notwendig.

Schutz der Beschäftigten

Das Urteil des EuGH ist aus Sicht der Beschäftigten grundsätzlich zu begrüßen, weil damit unbezahlter und nicht erfasster Mehrarbeit ein Riegel vorgeschoben wird. Unbezahlte Mehrarbeit ist im Bildungsbereich weit verbreitet. Mehrere GEW-Studien haben jüngst deutlich gemacht, dass Lehrkräfte im Durchschnitt weit über die festgelegte wöchentliche Arbeitszeit hinaus arbeiten.*** Pädagogische Fachkräfte in Kitas erledigen Arbeitsaufgaben wie den Einkauf von Bastelmaterial in ihrer Freizeit, weil ih-

Fortsetzung auf Seite 25 >>>

>>> Fortsetzung von Seite 24

nen viel zu wenig Zeit für die Vor- und Nachbereitung zur Verfügung steht. Auch in der Weiterbildung reicht allein die Unterrichtsverpflichtung mitunter schon an die wöchentliche Arbeitszeit heran. Vor- und Nachbereitung sind dann zwingend unbezahlte Mehrarbeit. Von (jungen) Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern wird nicht selten erwartet, dass sie auf einer halben Stelle Vollzeit arbeiten. Mit all dem muss nach dem Urteil des EuGH jetzt Schluss sein.

Gleichwohl hat das Urteil bei den Beschäftigten viel Verunsicherung ausgelöst. Der öffentliche Diskurs von der „Wiederkehr der Stechuhr“ dreht den Tenor des Urteils geradezu um und dient dazu, den Wunsch der Beschäftigten nach einer selbstbestimmten Gestaltung ihrer Arbeitszeit gegen die Schutzvorschriften der Arbeitszeitrichtlinie auszuspielen. Eine Arbeitszeiterfassung, wie sie der EuGH fordert, besagt aber weder, dass die Arbeit dafür zwingend an einem bestimmten Ort zu leisten ist („Präsenzpflicht“), noch, dass die Freiheit der Beschäftigten mit Blick auf die Arbeitszeitgestaltung eingeschränkt werden soll. Es geht dem EuGH vielmehr darum, dass die Schutzvorschriften der EU-Arbeitszeitrichtlinie wirksam werden. Explizit fordert er „einen besseren Schutz der Sicherheit und der Gesundheit der Arbeitnehmer“.

Der EuGH lässt bewusst offen, wie die Arbeitszeit erfasst werden soll, solange die benannten Kriterien (objektiv, verlässlich und zugänglich) erfüllt sind. Laut Urteil obliegen die „konkreten Modalitäten zur Umsetzung eines solchen Systems (der Arbeitszeiterfassung), insbesondere der von ihm anzunehmenden Form“ den Mitgliedsstaaten. Es gilt also, den Gesetzgebungsprozess in Deutschland konstruktiv und kritisch zu begleiten.

Besonderheiten berücksichtigen

Der EuGH stellt es den Mitgliedsstaaten ferner frei, bei der Ausgestaltung der Arbeitszeiterfassung „gegebenenfalls den Besonderheiten des jeweiligen Tätigkeitsbereichs oder Eigenheiten, sogar der Größe, bestimmter Unternehmen Rechnung zu tragen“. Es geht also keinesfalls darum, dass Besonderheiten wie mobiles Arbeiten nicht mehr möglich sein sollen, sondern darum, adäquate Methoden der Arbeitszeiterfassung zu finden.

Bei der GEW-Arbeitszeitkonferenz im September (s. S. 20) ist über die Arbeitszeiterfassung intensiv diskutiert worden. Den Teilnehmerinnen und Teilnehmern war besonders wichtig, dass bei der Umsetzung des Urteils die Besonderheiten ihrer Professionen berücksichtigt werden. Die Wissenschaftsfreiheit bzw. die pädagogische Freiheit sind die Basis des professionellen Selbstverständnisses der Beschäftigten in Erziehung, Wissenschaft und Schule. Dies ist in die für viele Bildungsberufe typischen Arbeitszeitregelungen eingegangen. In einem gewissen Umfang können die Beschäftigten selbst bestimmen, wann und wo sie arbeiten. Diese Freiheiten sollen bewahrt werden. GEW-Tarifexperte Daniel Merbitz betonte, dass es bei der Zeiterfassung nicht um mehr Kontrolle und Überwachung der Beschäftigten gehen dürfe: „Stechuhr in der Schule ist die falsche Debatte. Aber der Gesetzgeber muss die Beschäftigten wirksam vor unbezahlter Mehrarbeit schützen.“

Gesa Bruno-Latocha und Oliver Brüchert, Referentin und Referent im Arbeitsbereich Tarif- und Beamtenpolitik beim Hauptvorstand der GEW

***Richtlinie 2003/88/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. November 2003 über bestimmte Aspekte der Arbeitszeitgestaltung**
****Paragraf 16 Abs. 2, S. 1 Arbeitszeitgesetz**
*****Die Studienergebnisse und viele weitere Informationen finden sich auf der Internetseite der GEW Niedersachsen: www.gew.de/nds-arbeitszeit**

Foto: mauritius images/Westend61/Uwe Umstätter

Der EuGH betont, dass der Schutz der Beschäftigten vor unbezahlter Mehrarbeit nur gewährleistet ist, wenn die täglich geleistete Arbeitszeit objektiv und verlässlich gemessen wird. Das gilt auch für mobiles Arbeiten.

OECD schweigt zur deutschen

// Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat im September ihre jährliche Analyse „Bildung auf einen Blick 2019“ vorgelegt. Und wie in jedem Jahr folgte einen Tag später der Bericht des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden über die Bildungsentwicklung in den 16 deutschen Bundesländern. Beide Studien malen das bundesdeutsche Bildungssystem mit vielen Zahlen in allerschönsten Farben. Doch Statistiken allein spiegeln die Realität nicht ausreichend wider. //

Mit Statistiken und Zahlen, das wissen nicht nur Mathematiker, kann man in der Politik vieles bewirken. Dabei geht es um mehr als nur um die klassische Frage, ob ein Wasserglas halb voll ist oder halb leer. Kritische Daten über gesellschaftliche Entwicklungen kann man beispielsweise medial spektakulär ins öffentliche Rampenlicht rücken – oder sie quasi ganz hinten im Tabellenteil einer umfangreichen Studie verstecken. Man kann solche Daten ignorieren – oder Zeitreihen so ändern, das neue Ergebnisse mit früheren Untersuchungen nicht mehr vergleichbar sind. Mit Statistik ist vieles möglich.

Mehr Studienberechtigte

Das zeigen der aktuelle OECD-Bericht „Bildung auf einen Blick“ über die Entwicklung der verschiedenen Bildungssysteme in den 36 wichtigsten Industrienationen der Welt sowie einiger Partnerländer und die Veröffentlichung des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden über die Bildungsentwicklung in den 16 deutschen Bundesländern – heruntergebrochen auf die von den OECD-Statistikern vorgegebenen Auswahlkriterien. Übereinstimmendes Fazit beider Berichte: Es geht aufwärts mit der deutschen Bildung. Noch nie gab es so viele Studierende wie heute, entschieden sich so viele junge Menschen bei der Studienfachwahl für die sogenannten MINT-Fächer – Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik. Auch junge Frauen verlieren langsam ihre bisherige Distanz zu diesen Fächern. Beim MINT-Masterstudium ist inzwischen jeder zweite Neueintritt weiblich. Und: Die Arbeitsmarktchancen von Akademikerinnen und Akademikern wie auch der Absolventen einer betrieblichen Lehre seien weiterhin bestens. Bildung sei der beste Schutz gegen Arbeitslosigkeit – und je höher der Bildungsabschluss, desto größer der spätere Verdienst. 87 Prozent der Älteren zwischen 55 und 64 Jahren in Deutschland sowie unter den Jüngeren zwischen 25 und 34 Jahren haben heute mindestens einen Abschluss im Sekundarbereich II, das heißt Abitur, Fachhochschulreife oder eine erfolgreich abgeschlossene Berufsausbildung. Damit ist inzwischen wieder jene Delle im Bildungsniveau der Bevölkerung ausgeglichen, die in Westdeutschland durch das abrupte Abbremsen der Bildungsexpansion der 1970er-Jahre nach Regierungsantritt von Kanzler Helmut Kohl (CDU) entstanden war. Mehrere unionsgeführte Bundesländer, allen voran Hessen, Baden-Württemberg und Bayern, hatten in den 1980er-Jahren, zum Teil auch noch in den 1990er-Jahren, den Zustrom zum Gymnasium massiv gedrosselt, den Elternwillen beim Übertritt von der Grundschule auf eine weiterführende Schule eingeschränkt und die Hauptschule wieder zur seligmachenden Schulform für den Großteil der Kinder erklärt. Die Bundesregierung strich 1983 das Schüler-BAföG ab Klasse 11 an den allgemeinbildenden Schulen, und für Studierende gab es zwischen 1983 und 1991 BAföG nur noch als Volldarlehen. Mit der Schreckensvision eines „taxifahrenden Dr. Arbeitslos“ sollten zudem junge Menschen vom Studium abgehalten werden. Noch vor einigen Jahren hatten OECD-Wirtschafts- und Sozialforscher Alarm geschlagen, weil in Deutschland jeder vierte 25- bis 34-Jährige hinter den Bildungsabschluss seiner Eltern zurückfiel. „Bildungsmobilität nach unten“ kritisierten die Forscher damals.

Einen Sekundar-II-Abschluss sehen die OECD-Experten heute als Mindestvoraussetzung an, um auf dem künftigen Arbeitsmarkt überhaupt bestehen zu

Bildungsmisere

Cartoon: Thomas Plaßmann

können. Durch weitere Automatisierung und Digitalisierung würden in den entwickelten Industrienationen viele Jobs wegfallen, fast ausschließlich Tätigkeiten mit geringem Qualifikationsprofil, prognostiziert die OECD. Was aber wird aus den vielen ungelernten jungen Menschen, die nicht über einen Sekundar-II-Abschluss verfügen? Die Zahl der Jugendlichen, die ihre Schule ohne Hauptschulabschluss verlassen, steigt wieder leicht an. Laut Statistischem Bundesamt ist jeder zweite 18- bis 24-Jährige, der weder seine Schulbildung fortsetzt noch eine Ausbildung macht, erwerbslos. Der Bildungsforscher Klaus Klemm hat ausgerechnet, dass von den 20- bis 30-Jährigen in Deutschland 15 Prozent über keinen Berufsabschluss verfügen und auch nicht mehr in Bildungsmaßnahmen sind. Das sind 1,45 Millionen junge Menschen.

Während die OECD bei früheren Präsentationen ihres Bildungsberichtes gern den Finger in deutsche Wunden legte und die hierzulande besonders ausgeprägte Abhängigkeit von Bildungserfolg und sozialer Herkunft anprangerte, war diesmal Stillschweigen angesagt. In dem 570 Seiten starken Bildungsbericht findet sich zwar die generelle Aussage, dass junge Menschen aus Akademikerfamilien schneller einen Bachelorabschluss erreichen als Kinder aus bildungsfernem Milieu. Belegt wird das anhand von Daten aus einigen Industrienationen, die zum Teil aus dem jüngsten Eurostudent-Report stammen. Für Deutschland werden dazu allerdings keine Zahlen genannt.

Die Anzahl der jungen Erwachsenen im Alter zwischen 25 und 34, die in Deutschland einen tertiären Bildungsabschluss erworben haben, ist weiter angestiegen – und zwar in den vergangenen zehn Jahren von 24 auf 32 Prozent. Im Schnitt der OECD-Industrienationen stieg diese Quote allerdings von 35 (2008) auf 44 Prozent (2018). Wichtig ist zu wissen, dass hier nicht nur allein Hochschulabschlüsse erfasst werden. Zum Tertiärbereich zählt die OECD seit Jahren auch die Meister- und Technikerausbildung, Abschlüsse an Fachschulen, Berufsakademien, Verwaltungshochschulen sowie auch zwei- oder dreijährige Programme an Berufsfachschulen, etwa für Gesundheits- oder Erzieherberufe.

Die staatlichen Ausgaben für die Hochschulen haben allerdings mit dem gewaltigen Zuwachs an Studierenden nicht Schritt gehalten. Während sich zwischen 2005 und 2010 zunächst Verbesserungen abzeichneten, sind die Pro-Kopf-Ausgaben für Studierende inzwischen wieder auf den Stand von 2005 gesunken. Der GEW-Hochschulexperte Andreas Keller sagt dazu: „So erfreulich, wie das anhaltende Interesse junger Menschen an einem Studium und der langsame Anschluss Deutschlands an die internationale Hochschul- und Studienentwicklung ist, umso ärgerlicher ist die fehlende Finanzausstattung.“ Die Betreuungsrelation zwischen Studierenden und Dozenten habe sich weiter verschlechtert. Mit Lehraufträgen und befristeten Verträgen sei das Problem nicht zu lösen. Keller: „Wir brauchen an den Hochschulen mehr Dauerstellen.“ (s. S. 36 f.)

Deutschland fällt zurück

Auch bei den Bildungsausgaben insgesamt hinkt Deutschland der Entwicklung in anderen Industrienationen weiterhin gewaltig hinterher. Während die OECD-Mitgliedsstaaten im Schnitt 5 Prozent ihres Bruttoinlandsproduktes (BIP) für Bildung ausgeben, sind dies in der Bundesrepublik nur 4,2 Prozent. Damit ist der deutsche BIP-Anteil sogar wieder gesunken. Er lag Anfang dieses Jahrzehnts schon einmal bei 4,4 Prozent. „Der wirtschaftliche Aufschwung der vergangenen Jahre hat sich nicht in höheren Bildungsinvestitionen niedergeschlagen“, kritisiert die GEW-Vorsitzende Marlis Tepe. „Kinder, Personal und Eltern baden das Versäumnis täglich aus.“ In den Kitas, Schulen und an Hochschulen fehle es an Personal und guter Ausstattung.

Tepe erinnerte an das Versprechen von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) sowie allen 16 Ministerpräsidentinnen und -präsidenten auf dem Dresdner Bildungsgipfel, ab 2015 10 Prozent des BIP für Bildung und Forschung zu investieren, und zwar 7 Prozent für Bildung und 3 Prozent für Forschung. Hätte Deutschland wie etwa Norwegen 6,5 Prozent seines BIP für Bildung investiert, so stünden jetzt für Kitas, Schulen, Hochschulen und Weiterbildung 72 Milliarden Euro mehr zur Verfügung.

Karl-Heinz Reith,
freier Journalist

Foto: Kay Herschelmann

MARLIS TEPE

Keine Zeit zum Ausruhen

„Das deutsche Bildungssystem kann sich sehen lassen“, sagte Bundesbildungsministerin Anja Karliczek (CDU) bei der Vorstellung der neuen Studie „Bildung auf einen Blick“ der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Deutschland sei international führend in MINT (Mathe, Informatik, Naturwissenschaften, Technik). In keinem anderen OECD-Land entschieden sich mehr Studienanfängerinnen und -anfänger für ein MINT-Fach als in Deutschland.

Ja, stimmt, aus der 578-seitigen OECD-Studie kann das herausgelesen werden. Die OECD stellt Deutschlands Bildungslandschaft dieses Jahr ein recht ordentliches Zeugnis aus. So betont sie den vergleichsweise hohen Ausgabenanteil für die frühkindliche Bildung. Doch Statistiken alleine bilden die Realität nicht ausreichend ab. In den Kitas, Schulen und an Universitäten fehlt es an Personal und guter Ausstattung, das erleben wir tagtäglich.

Wer junge Eltern fragt, stellt fest, dass sie große Schwierigkeiten haben, Plätze in der Krippe oder in Kindertageseinrichtungen zu finden. Kommunen und freie Träger suchen händeringend Fachkräfte für ihre Kindertageseinrichtungen. Erzieher*innen müssen immer noch Geld für ihre Ausbildung mitbringen. Sie verdienen in der nächsten Tarifrunde eine Aufwertung. Dafür muss mehr Geld bei Bund, Ländern und Kommunen bereitgestellt werden.

Deutschland hätte deutlich mehr investieren können und müssen. Der wirtschaftliche Aufschwung der vergangenen Jahre hat sich nicht ausreichend in höheren Bildungsinvestitionen niedergeschlagen. Kinder, Beschäftigte und Eltern baden das Versäumnis nun aus. Trotz absoluter Ausgabensteigerung sind die relativen Aufwendungen Deutschlands für Bildung gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Vergleich zur ersten Hälfte der 2010er-Jahre gesunken. Im internationalen Bildungsvergleich erfolgreiche Länder sind in der Vergangenheit einen anderen Weg gegangen. Sie haben ihre Bildungsausgaben absolut und relativ zu ihrer Wirtschaftskraft deutlich gesteigert, wie die OECD-Studie Jahr für Jahr belegt. Auf dem Dresdner „Bildungsgipfel“ hatten Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und die Ministerpräsidenten der Länder 2008 vereinbart, ab 2015 10 Prozent des BIP in Bildung und Forschung zu investieren; 7 Prozent in Bildung und 3 in Forschung. Von diesem Ziel sind wir immer noch meilenweit entfernt. Hätte Deutschland 2016 von den Grund- bis zu den Hochschulen nicht 4,2 Prozent, sondern wie Norwegen 6,5 Prozent des BIP ausgegeben, stünden alleine diesen Bildungseinrichtungen jährlich 72 Milliarden Euro mehr zur Verfügung, um ihre gesellschaftlich wichtigen Aufgaben zu lösen. In diesen Wochen wird der Bundeshaushalt beraten. Ein Finanzschub in Richtung Bildung ist nicht zu erkennen. Hier muss nachgelegt werden.

Bildung erhält nicht die notwendige Wertschätzung. Das steht den Wahlprogrammen und Sonntagsreden der Politik entgegen, in denen der hohe Stellenwert der Bildung für die Gesellschaft unterstrichen wird. Die Rolle des Berufsbildungssystems wird international immer wieder gelobt. Darauf können wir stolz sein, aber auch hier muss die Schlagzahl erhöht werden. Diesen Schulen fehlt Geld, um mit der digitalen Entwicklung in den Berufen mitzuhalten. Das Geld aus dem Digitalpakt reicht dafür nicht. Das hat die GEW in einer Studie belegt.

Mit der Umsteuerung durch Digitalisierung und in der Energiepolitik werden viele Arbeitsplätze verloren gehen, andere kommen hinzu. Dieser Umbruch 4.0 ist eine riesige Herausforderung für die Weiterbildung und das lebenslange Lernen. Die Nationale Weiterbildungsstrategie ist ein Anfang. Sie muss materiell gut hinterlegt sein und zudem auch kulturelle sowie politische Bildung umfassen.

Die OECD kritisiert zudem, dass in Deutschland Frauen – auch wenn sie Vollzeit arbeiten – weniger verdienen als Männer. Deshalb: Keine Zeit zum Ausruhen, Frau Ministerin.

Marlis Tepe,
GEW-Vorsitzende

„Wir haben auf den Tod gewartet“

// Zeitgeschichte per App: Weil immer mehr Zeitzeugen der NS-Zeit sterben, schickt der WDR ihre Hologramme in die Schulen. //

Pokémon Go kannte Samira Sayaz natürlich: das Spiel, bei dem fiktive Figuren mit Hilfe der Handykamera überall in die reale Umgebung der Spielerinnen und Spieler eingeblendet werden. Aber dass einem so auch Zeitzeugen der NS-Zeit ganz nah kommen können, das war für die 19-jährige Kölner Abiturientin eine neue Erfahrung. „Es ist nicht so, als würde man einfach ein normales Video schauen oder einen Text lesen – es werden einfach viel mehr Emotionen rübergebracht“, sagt Sayaz nach ihrer virtuellen Begegnung mit der 89-jährigen Anne Priller-Rauschenberg.

Möglich gemacht hat das eine App, die der WDR Anfang 2019 veröffentlichte. Sie ermöglicht, dass Schülerinnen und Schüler sich Zeitzeugen als Hologramme ins Klassenzimmer holen. Die Kamera eines Handys oder Smartphones wird auf einen freien Platz gerichtet – und dort erscheinen Interviews mit Menschen wie Priller-Rauschenberg. „Dieser Staub, der dann aufwirbelte, das war die Hölle auf Erden – ein Inferno“, erzählt sie von ihrer Kindheit in Köln, die durch die Luftangriffe während des Zweiten Weltkriegs geprägt war – und vor allem durch die Angst im Bunker: „Wir haben auf den Tod gewartet.“ Dazu passend ist mal das Dröhnen der Flugzeuge, mal das Prasseln und der Funkenflug nach den Einschlägen der Bomben zu hören. „Viel emotionaler und besser nachzuvollziehen“ seien die Berichte, sagt Sayaz.

„Augmented Reality“ (AR) heißt diese Form der Vermischung virtueller Inhalte – in diesem Fall die Zeitzeugen-Interviews – mit dem von der Handykamera aufgenommenen Bild der realen Umgebung. Neben Priller-Rauschenberg aus Köln erzählen auch Vera aus London und Emma aus Leningrad eindringlich von ihren Ängsten, von Brandbomben und Beschuss, der Belagerung und dem Hunger.

Emotionale Überforderung?

Für den WDR war die Entwicklung der App zunächst ein Testlauf – der mittlerweile ausgeweitet wurde. Seit Juni gibt es neben den drei Erinnerungen der Kriegskinder weitere Zeitzeuginnen: Jacqueline van Maarsen und Hannah Goslar waren enge Freundinnen von Anne Frank, die aus Amsterdam deportiert und im KZ Bergen-Belsen ermordet wurde. Ihre Freundinnen berichten in der App jetzt von ihrer Zeit mit Anne Frank und eigener Verfolgung. „Franks beste Freundinnen sprechen heute für die, die es nicht mehr können – um zu erinnern und wachzurütteln“, heißt es beim WDR. 80 Jahre nach Kriegsbeginn und 81 Jahre nach der Reichspogromnacht vom 9. November 1938 gebe es immer weniger Überlebende, die aus eigener Erfahrung die Zeit vor 1945 schildern können. Der WDR wolle mit der App „Geschichte für nachfolgende Generationen bewahren“, erklärt Intendant Tom Buhrow.

„Solche Angebote haben sicher ein großes Potenzial, aber sie bergen auch Herausforderungen“, sagt Christian Bunnenberg. Damit meint der Geschichtsdidaktiker an der Ruhr-Universität Bochum beispielsweise, dass Nutzerinnen und Nutzer vom Eintauchen in die virtuelle Welt emotional überfordert sein könnten. So gebe es durchaus die Gefahr, dass die seriöse Geschichtsvermittlung bei manchen Angeboten eher eine Nebenrolle spiele, so Bunnenberg: „Man setzt auf ästhetisch-emotionale Überwältigung und löst diese auch nicht auf.“

Bei der WDR-App ist das nicht so: Hier sorgen Verfremdungen wie eingespielte Geräusche oder virtuelle Effekte wie durchbrausende Flugzeuge dafür, dass der Inszenierungscharakter deutlich wird. Und wenn Emma von der eisigen Kälte in Leningrad erzählt, rieseln die Schneeflocken. Für Historiker mag das Kitsch sein – Sayaz und die anderen Schüler des Genoveva-Gymnasiums fanden es „gut gemacht“. Hier müsse, sagt Bunnenberg, guter Fachunterricht ansetzen und zeigen, dass jede Darstellung der Geschichte – also auch AR- und Virtual-Reality-Angebote – eben keine Abbildung des Vergangenen ist: „Geschichtsunterricht muss den Konstruktionscharakter von Geschichte offenlegen.“

Armin Himmelrath,
freier Journalist

Die App „WDR AR 1933 - 1945“ kann kostenlos bei iTunes (für iPhone) und im Playstore (für Android) heruntergeladen werden.

Foto: imago images/Klaus W. Schmidt

Mit der Zeitzeugen-App des WDR lässt sich Geschichte auf eine neue Art vermitteln. Dafür wurden Berichte von Kriegsüberlebenden aufgezeichnet. Schülerinnen und Schüler können sich die Zeitzeugen virtuell als Hologramm ins Klassenzimmer holen.

Foto: imago images/photothek

Gewalt gegen Beschäftigte in der stationären Kinder- und Jugendhilfe ist ein Tabuthema. Betroffene berichten nur selten über Erfahrungen mit psychischer und physischer Aggression, der sie ausgesetzt sind.

Kratzen, Schlagen, Beleidigen

// Gewalt gehört für viele Beschäftigte der stationären Kinder- und Jugendhilfe zum Berufsalltag. Präventionsmaßnahmen sollen sie vor Übergriffen schützen. //

Ein Zwölfjähriger hielt Heilerziehungspfleger Stefan Kruse* sein brennendes Feuerzeug vors Gesicht und drohte, ihn „abzufackeln“. Seit Stunden versuchten er und ein zweiter Junge, Betreuer und Bewohner der Wohngruppe unter Druck zu setzen. Kruse stieg auf die Provokation nicht ein, versuchte weiter zu deeskalieren. Ohne Erfolg: Im weiteren Konfliktverlauf warf ihm der andere Junge einen Apfel an den Kopf. Seit über drei Jahren arbeitet der Mittzwanziger in der stationären Kinder- und Jugendhilfe. Doch einen derart gezielten körperlichen Angriff erlebte er zum ersten Mal. Er sei „geschockt und fassungslos gewesen“, so der Pädagoge.

Kruse hatte Glück: Weil noch ein Kollege anwesend war, konnte er den Raum kurz verlassen. Als der Konflikt weiter andauerte, alarmierten sie schließlich die Rufbereitschaft und brachten einen der Jungen über Nacht in einer anderen Wohngruppe unter. In Team und Supervision hat Kruse den Konflikt anschließend besprochen und reflektiert. Er versteht heute, dass die Heranwachsenden eine körperliche Reaktion provozieren wollten, und hat das Erlebte für sich verarbeitet. „Die Kinder sind ja nicht ohne Grund, meist gegen ihren Willen, bei uns untergebracht“, so der Heilerziehungspfleger. Psychische Gewalt wie „Beschimpfungen und ärgste Beleidigungen“, gehörten in der Wohngruppe „zur Tagesordnung“. Wenn die Konflikte eskalierten, könne es zu körperlicher Gewalt gegen die Betreuer kommen.

Mit dieser Erfahrung ist Kruse kein Einzelfall, bestätigt Sozialpädagogin Michaela Lammers. Im Rahmen ihrer Forschungsarbeit „Gewalt als Berufsrisiko in der Kinder- und Jugendhilfe?!“ hat sie durch Interviews mit Fachkräften aus dem Berufsfeld festgestellt, dass die Erfahrung psychischer Gewalt „in vielen Fällen ein fester Bestandteil der Arbeit mit den Klientinnen und Klienten“ ist. Auch physische Gewalt wie Kratzen oder Schlagen sowie die Gewalt an Gegenständen „scheint keine Seltenheit zu sein“. Einige Interviewpartner berichteten von Vorfällen im Wochentakt. Belastbare Zahlen gibt es in Deutschland nicht, denn noch immer ist Gewalt gegen Fachkräfte ein „Tabuthema“, so Lammers. „Kommt es zu Übergriffen, werden diese nur intern im Team und in der Supervision thematisiert und bearbeitet.“ In England hingegen, wo seit Jahren zu der Problematik geforscht wird, haben „bis zu 92 Prozent der Fachkräfte der sozialen Arbeit psychische und jede dritte Fachkraft mindestens einmal physische Gewalt erfahren“, so die Sozialpädagogin.

Gefühl der Überforderung

Die Folgen sind gravierend: Werden diese Erfahrungen nicht angemessen bearbeitet, hinterlassen sie bei den Betroffenen Gefühle von Überforderung, Angst und Unsicherheit. Sie führen nicht selten zu Burnout und Kündigung. „Wichtig ist, dass die Fachkraft ihre Selbstsicherheit zurückgewinnt“, sagt Lammers. Ob das gelingt, hänge von der Persönlichkeit ab, aber gleichermaßen von Hilfe und Unterstützung durch Kollegen und Institution. Denn für die Expertin steht fest: Tritt die pädagogische

Fachkraft selbstsicher und professionell auf, sinkt das Gewaltrisiko.
Insbesondere Berufsanfänger stoßen in der stationären Kinder- und Jugendhilfe „schnell an ihre Grenzen“, erzählt Yvonne Krieger, Geschäftsführerin der Backhaus Kinder- und Jugendhilfe (BKJH). Der private Träger unterhält 25 stationäre Wohngruppen in verschiedenen Bundesländern. „In den Schulen werden die Fachkräfte nicht auf die Realität vorbereitet“, so die Sozialpädagogin. Deshalb durchlaufen sie in der BKJH eine verlängerte Einarbeitungszeit von mindestens zwei Wochen. Danach steht ein Bereichsleiter als Ansprechpartner vor Ort jederzeit zur Verfügung. Darüber hinaus bietet der Träger eine Vielzahl von Präventionsmaßnahmen an.

Problem Personalmangel

Dass sich die Arbeits- oder Rahmenbedingungen des Trägers direkt auf die Sicherheit des Personals auswirken, berichtet Sozialpädagoge Andreas Feldmann. Als die Zahl der Kinder in der von ihm betreuten Wohngruppe von sechs auf zwölf verdoppelt wurde, ohne den Personalschlüssel zu erhöhen, nahmen Aggressionen und körperliche Übergriffe massiv zu. Spätestens nach der Kündigung einer von Gewalt betroffenen Kollegin wurde für das Team die fehlende Sicherheit offensichtlich, und „der Arbeitgeber musste handeln“. In der Folge wurden Personal aufgestockt und die Dienste zeitweise mit bis zu vier Fachkräften besetzt. Rufbereitschaften wurden eingerichtet – und in Anspruch genommen. Zudem gab es für betroffene Kollegen Fortbildungsangebote für Deeskalationsmethoden und Selbstverteidigung. „Nach diesen Qualifizierungen wirkten wir strukturierter und organisierter, als Einzelperson, aber auch als Team“, berichtet Feldmann. „Die Jugendlichen merkten, dass wir nicht mehr so leicht angreifbar sind.“ Die Übergriffe wurden seltener.
Lammers stellte in ihrer Forschungsarbeit fest, dass die Präventionsmaßnahmen in vielen Einrichtungen häufig nicht ausreichend sind. Die Sozialpädagogin fordert „individuelle Präventionskonzepte, die regelmäßig überarbeitet und an die Gruppen angepasst“ werden. Diese sollten alle Maßnahmen zusammenfassen, um „sowohl die Prävention wie auch das professionelle Verhalten vor, während und nach einer gewalttätigen Situation gewährleisten zu können sowie Hilfe- und Unterstützungsmöglichkeiten für die Fachkräfte vorzuhalten“. Denn umfassende Konzepte würden pädagogischen Fachkräften das Gefühl der Sicherheit vermitteln und ihr Auftreten stärken. Dadurch verringere sich das Risiko, Gewalt zu erfahren.

Michaela Ludwig,
freie Journalistin

***Namen der pädagogischen Fachkräfte von der Redaktion geändert**

Habichtswald Privat-Klinik
Krankenhaus für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie

Wigandstraße 1 · 34131 Kassel-Bad Wilhelmshöhe
www.habichtswaldklinik.de/privat

Beobachten, Bewerten, Überwachen

// Learning Analytics, das Sammeln und Analysieren von großen Datenmengen der Lernenden, soll Lernprozesse unterstützen und den Lernerfolg verbessern. Das jedenfalls versprechen die Produzenten solcher Systeme. In einem Expertengespräch des GEW-Hauptvorstandes warnte die Erziehungswissenschaftlerin Sigrid Hartong dagegen vor einer „neuen Selektivität“ und mehr „Ungleichheit“. //

Digitale Medien können den schulischen Unterricht bereichern. Doch der Einsatz einer Software, die persönliche Daten sammelt und auswertet, kann soziale Ungleichheit verstärken.

Foto: ClassDojo

Die Lehrerin installiert eine App auf ihrem Smartphone. „Damit kann sie das Verhalten ihrer Schüler mit Punkten bewerten, in Echtzeit“, erläutert Hartong. „Die vergebenen Punkte werden in der App mit den Eltern geteilt.“ Mütter und Väter könnten also beobachten, wie sich ihr Kind im Unterricht verhält. „Was heißt das, wenn ich dieses Tool zwischen die Kommunikation mit den Schülern schiebe, zwischen Eltern und Kinder?“ Verbessere sich das Klassenklima, die Disziplin? Besagte App, sie heißt ClassDojo*, werde in den USA bereits an 95 Prozent der Schulen eingesetzt. Das erklärt Erziehungswissenschaftlerin Hartong, die an der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr in Hamburg forscht. Die Privatdozentin referiert auf Einladung des GEW-Hauptvorstandes in Fulda über „Learning Analytics. Künstliche Intelligenz und Big Data in der Bildung“.

Ziel von Learning Analytics sei, das Lernen und die Lernumgebung zu optimieren, erläutert Hartong. Dazu nutze Learning Analytics Algorithmen, also Computerprogramme. Vertreten werde die Idee, digitale Technologie nehme Arbeit ab, spare Zeit und ermögliche, „Lernmaterialien individueller zu verteilen“. Zudem gelte sie als „neutral“ – was bei Hartong auf Widerspruch stößt: „In jedem digitalen Lerntool, in jeder App, in jeder Schulverwaltungssoftware steckt eine bestimmte Modellierung der Realität.“ Das heißt: Wer programmiert, legt eine Menge Dinge fest. Beispiele laut Hartong: „Wann wird eine Aufgabe als schwierig oder leicht eingestuft?“ Oder: „Sorge ich dafür, dass ein Lernprogramm einem Mädchen etwas anderes zeigt als einem Jungen?“ Oder: „Gewichte ich etwas mit dem Faktor 2 oder mit dem Faktor 5?“ Die Hamburger Wissenschaftlerin betont: „Politische Einflüsse, Einflüsse von Kultur, von Sprache, welche Werte man wichtig findet – all das fließt mit ein.“ Dateninfrastrukturen seien „hochkomplexe, wertebehaftete Apparate“.

Festgelegt sei zudem, wie Learning Analytics die analysierten Daten auf dem Bildschirm darstelle. Eine „eindeutige Story“ werde präsentiert, verbunden mit „Handlungsaufforderungen“, der sich Nutzerinnen und Nutzer kaum entziehen könnten. „Würden Sie als Lehrkraft, die vielleicht noch unter Beobachtung der Schulleitung steht, einen roten Balken oder ein blinkendes rotes Ampellicht ignorieren?“, fragt die Erziehungswissenschaftlerin. „Ich glaube nicht.“ Das Programm habe die „mühselige Interpretation der Daten für Sie schon erledigt“. Wo bleibe „das emanzipatorische Element, von dem überall geredet wird?“.

24-Stunden-Überwachung

Hartong warnt: Learning Analytics sorge für „neue Selektivität“ und betone „Ungleichheit“. Digitale Tools legten mitunter fest: „Welche Kinder, welche Lehrer, welche Schulen tragen ein besonderes Risiko?“ Und: „Tun sie das, werden sie einer noch intensiveren Beobachtung unterzogen.“ Die Entwickler seien bestrebt, „immer mehr Bereiche“ zu erfassen, auch das Sozialverhalten oder den emotional-körperlichen Bereich von Lernenden. „Beinahe alles wird debattiert: das Auslesen von Gesichtsausdrücken,

die Emotion in der Stimme, Körperhaltung, die Art und Weise, wie sie schreiben – bis hin zum Auslesen der DNA.“ Und: Die Ausbreitung von Learning Analytics erfolge weltweit „in unglaublichem Tempo“. Diese Entwicklung stößt laut Hartong allerdings auf Argwohn, gerade bei High-Tech-Fachleuten. Sie berichtet, „dass Elterngruppen aus dem Silicon Valley, die Betreiber der großen Digitalfirmen, ihre Kinder eher nicht in solche Schule schicken“. Sondern in Privatschulen, „damit sie noch von Lehrern mit Gesicht beschult werden“.

Die Wissenschaftlerin erklärt, dass hierzulande auch Stiftungen und Verbände den Einsatz digitaler Tools propagierten. Etwa der gemeinnützige Verein Bündnis für Bildung e. V.** Diese Akteure behaupteten, sie seien „neutral“. Richtig sei jedoch: Sie empfehlen zwar nicht einzelne Produkte. „Aber sie sagen, nimm ein Produkt.“

Weiterer Punkt: Behörden beginnen, Bildungsdaten mit Informationen aus anderen Quellen zu verbinden. In Deutschland sei es gang und gäbe, das Meldewesen „mit Schulverwaltungssystemen zusammenführen“. Auch Gesundheitsdaten, Daten aus der Justiz oder der Sozialarbeit könnten in Zukunft miteinfließen. Die Hochschullehrerin nennt ein Beispiel aus England. Betroffen seien „Kinder, bei denen ein erhöhtes Risiko einer kriminellen Gang-Mitgliedschaft behauptet wird“. Ihnen werde eine Software auf PC und Handy aufgespielt. Eine Software, „die 24 Stunden am Tag, sieben Tage die Woche schaut, wohin sind sie unterwegs, mit wem treffen sie sich und so weiter“. Hartong sieht eine Ausweitung der Datenerhebungen „in Richtung frühkindlicher Bereich“ – mit dem Ziel, „früh präventiv eingreifen zu können“.

Ilka Hoffmann, GEW-Vorstandsmitglied Schule, verweist auf möglichen „Missbrauch der Daten“. Aus pädagogischer Sicht bestehe die Gefahr, dass man „in ein ‚Richtig-Falsch-Schema‘ zurückfällt“ – anstatt zu fragen, wie kommen Kinder zu ihren Lösungen. Ansgar Klinger, GEW-Vorstandsmitglied Berufliche Bildung und Weiterbildung, fordert: „Vor der Einführung digitaler Technik brauchen wir pädagogische Konzepte.“ Nötig sei eine „politische Technikfolgenabschätzung“. Und: „Wir brauchen Räume, in denen ein unbeobachtetes Lernen und Arbeiten möglich ist.“

Matthias Holland-Letz,
freier Journalist

GEW-Bundesforum „Bildung in der digitalen Welt“: www.gew.de/bildung-digital/bundesforum
***Homepage ClassDojo: bit.ly/classdojo-infos**
****Bündnis für Bildung e. V.: www.bfb.org**
Video der Firma BrainCo (misst Hirnströme von Schülerinnen und Schülern im Unterricht): bit.ly/youtube-video-brainco

STAMM Verlag E&W Verlagsreisen

Weihnachtsreise nach Masuren und Danzig

Mit der MS CLASSIC LADY unterwegs

7-tägige Schiffsreise vom 22.12.-28.12.2019

ab € 950,-
p. P. im DZ
EZ-Zuschlag ab € 90,- p. P.

Den Auftakt Ihrer Reise bildet die polnische Hauptstadt. Danach erwartet Sie in Masuren die Besatzung der MS CLASSIC LADY zu einem stimmungsvollen Weihnachtsfest in der winterlichen Seenlandschaft. An Bord erleben Sie den Heiligen Abend und lernen dabei alte polnische Weihnachtsbräuche kennen. Tauchen Sie ein in das außergewöhnliche Naturerlebnis, das Masuren im Winter bietet, und genießen Sie die Ruhe und Beschaulichkeit im Land der tausend Seen.

Das beinhaltet unsere Reise
- 1 x Übernachtung in Warschau im zentralen 4-Sterne Hotel
- 3 x Übernachtung auf dem Schiff
- 2 x Übernachtung in Danzig im zentralen 4-Sterne Hotel
- 6 x Halbpension (Frühstück und Abendessen)
- 2 x Mittagessen in Masuren (davon 1 x aus dem Biwak-Topf)
- Transfers und Ausflüge mit örtlichem Reisebus ab Warschau bis Danzig
- örtliche Reiseleitung ab Warschau bis Danzig
- Eintritte und Besichtigungen laut Programm

Wunschleistungen

Ausflug (nur vor Reiseantritt buchbar)
- Oliva und Zoppot 28,- € p. P.

An- und Abreise
- Fluganreise mit LOT oder LH von Düsseldorf, Frankfurt/Main oder München nach Warschau und zurück ab Danzig (inkl. bekannter Steuern, Gebühren und Kerosinzuschlag, Stand 08/19) 340,- € p. P.
- Bahnanreise von Berlin nach Warschau und zurück ab Danzig (2. Klasse) 150,- € p. P.

Reiseverlauf, Buchungsformular und Reisebedingungen unter www.gew.de/verlagsreisen
Informationen und Buchung ☎ 0521 / 96768-0
Veranstalter: ts|medialog GmbH, Detmolder Str. 78, 33604 Bielefeld

Nach vier Jahren darf nicht

// Mit einem Kongress in Frankfurt am Main feierte der Grundschulverband (GSV) im September 100 Jahre Grundschule. Im Mittelpunkt stand die Forderung nach längerem gemeinsamen Lernen – in einer inklusiven Schule für alle Kinder. //

Kinder sangen im Kanon, Blumen schmückten die Bühne: Der Gründung der ersten Grundschulen in Deutschland vor 100 Jahren wurde festlich gedacht. Viele Reden erinnerten an das Versprechen der Weimarer Republik von 1919: Erstmals sollten alle Kinder gemeinsam in eine Schule gehen, unabhängig von Status oder Religion ihrer Eltern. Zumindest vier Jahre lang. Während des Kongresses des GSV mit knapp 900 Teilnehmerinnen und Teilnehmern wurde immer wieder die Forderung nach längerem gemeinsamen Lernen laut – und zwar wirklich für alle Schülerinnen und Schüler. In ihrer Festrede kritisierte GSV-Vorsitzende Maresi Lassek, dass die Kinder beim Übergang in die Sekundarstufe nach wie vor in nicht gleichwertige Bildungsgänge aufgeteilt würden. Dabei wirkten die Mechanismen sozialer Benachteiligung auch nach 100 Jahren noch.

Während des Festaktes in der Frankfurter Paulskirche würdigte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier die Grundschule als zentral für den Zusammenhalt der Gesellschaft: „Hier werden die Weichen gestellt für die Zukunft unserer Demokratie.“ Das Staatsoberhaupt bekundete seinen „Riesenrespekt“ vor der Arbeit der Lehrkräfte. Steinmeier verwies auf die wachsende soziale Trennung in vielen Großstädten, die sich in den Grundschulen widerspiegele. Er kritisierte, dass der Bildungserfolg in Deutschland stark von der sozialen Herkunft abhänge, mehr als in vielen anderen industrialisierten Staaten.

Vor Diskriminierung schützen

Wie mehr Chancengleichheit erreicht werden kann, war ein zentrales Thema der anschließenden Tagung an der Frankfurter Goethe-Universität. Ein Zukunftsforum diskutierte zum Beispiel die Frage: „Noch 100 Jahre nur 1 bis 4? Wie inklusive Schule Wirklichkeit werden kann.“ Ein Bündnis aus verschiedenen Verbänden und Vereinen – darunter die GEW – macht sich stark für längeres gemeinsames Lernen in einer Schule für alle. „Was immer wieder vergessen wird: Eine Schule für alle gab es nie“, sagte Kerstin Merz-Atalik, Professorin für Pädagogik bei Behinderung und Benachteiligung sowie Inklusion an der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg. Schon immer seien Kinder in Sonderschulen geschickt worden. Und nur in zwei Bundesländern – Berlin und Brandenburg – gebe es eine sechsjährige Grundschulzeit. Ulla Widmer-Rockstroh vom Grundschulverband verwies auf die UN-Kinderrechtskonvention, derzufolge die Schule für das Wohl jedes Kindes verantwortlich sei – und fragte, ob es wirklich den Kindern diene, zu Schulversagern erklärt, als behindert etikettiert oder getrennt von anderen in Sonderschulen beziehungsweise separaten Oberschulen unterrichtet zu werden.

GEW-Vorstandsmitglied Ilka Hoffmann betonte: „Grundschule ist Vielfalt.“ Insofern sei Inklusion nichts Neues, sondern biete lediglich die Chance, besser und professioneller mit Vielfalt umzugehen. Dabei stelle sich die Frage, so die Gewerkschafterin, ob es tatsächlich getrennte Studiengänge für das Lehramt an Haupt- und Real- sowie Förderschule brauche. „Ist das wirklich zuträglich? Oder schafft es eine Schere im Kopf?“ Um sich bei der Vielfalt der Anforderungen behaupten zu können, brauchten Lehrkräfte einen Kompass, fügte die Gewerkschafterin hinzu. Dabei zähle nur eins: „Das Kind als Individuum mit dem, was es mitbringt.“ Alle anderen Aufgaben seien dagegen zweitrangig. Dafür brauche es ein gewisses Maß an „professionellem Ungehorsam“, so Hoffmann.

Mit Blick auf die Trennung der Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe sprach Brigitte Schumann vom nordrhein-westfälischen Bündnis „Eine Schule für alle“ von einem „Apartheidssystem“ – und warnte vor den Folgen. Sie verwies darauf, dass dem Datenreport 2018 zufolge 64,2 Prozent der Schülerinnen und Schüler der Gymna-

Schluss sein

sien aus Akademikerfamilien kamen, lediglich 1,6 Prozent hatten Eltern ohne Schulabschluss und 7,1 Prozent solche mit Hauptschulabschluss.

Während des Kongresses, mit dem der GSV zugleich sein 50-jähriges Bestehen feierte, spielten auch Themen wie Lehrkräftemangel und Arbeitsbelastung eine große Rolle, ebenso die Kritik an Noten. Auf dem Programm standen 25 Vorträge und über 50 Arbeitsgruppen. Mehrere Redebeiträge verwiesen auf eine Studie der Bertelsmann Stiftung, derzufolge der Personalmangel an Grundschulen noch dramatischer ausfallen werde als erwartet. Der Prognose nach könnten dort 2025 mehr als 26.000 Lehrkräfte fehlen. Eine Frage auf dem Kongress lautete, wie mit Quereinsteigern umgegangen werden solle. „Sie können für Schulen bereichernd sein“, sagte Lassek. Allerdings könne der Seiteneinstieg nur gelingen, wenn die neuen Kolleginnen und Kollegen ausreichend unterstützt würden.

Steigende Arbeitsbelastung

In ihrem Vortrag wies die Pädagogikprofessorin Susanne Miller von der Uni Bielefeld daraufhin hin, dass einer aktuellen Untersuchung der Friedrich-Ebert-Stiftung zufolge im Schuljahr 2017/18 der Anteil von Seitensteigern bei den Neueinstellungen in Sachsen 46,6 Prozent betrug, in Berlin lag die Quote der Quereinsteiger bei 41,5 Prozent. Hinzu komme ein weiteres Problem: Gut ausgebildete Lehrkräfte mieden Schulen in sozialen Brennpunkten. In Berlin zum Beispiel sei der Anteil an Quersteigern an diesen Schulen doppelt so hoch. Welche Folgen eine mangelnde pädagogische Ausbildung haben kann, machte eine Journalistin aus dem Publikum deutlich, die für eine Dokumentation zwölf Wochen als Vertretungslehrerin an einer sogenannten Brennpunktschule unterrichtet hat. „Ich bin vom Zehnmeterbrett in einen kalten Pool gesprungen.“ Sie sei fast ausschließlich damit beschäftigt gewesen, dass ihr die Kinder überhaupt zuhörten. Dabei sei die Gefahr groß, dass Kinder mit besonderem Förderbedarf verlorengingen, warnte sie. Schlimm sei auch die Erkenntnis, dass sie nicht mal Anspruch auf Qualifizierung gehabt habe. Ihr Fazit: „Ich bin gescheitert.“

Auch die steigende Arbeitsbelastung der Lehrkräfte sorgte für Debatten. Der Pädagoge Helmut Zachau vom Institut für interdisziplinäre Schulforschung in Bremen betonte in seinem Vortrag, dass vor allem Noten für Stress an Grundschulen sorgten. In einem Fragebogen nannten Lehrkräfte Benotung und Zeugnisse als Hauptursache sowohl für zeitliche als auch psychische Belastung. „In der Notengebung in Grundschulen steckt ein tiefer Konflikt“, sagte der Wissenschaftler. Ganz unterschiedliche Schülerinnen und Schüler kämen in die Schule. Die Lehrkräfte arbeiteten mit ihnen, freuten sich über Lernfortschritte. Doch beurteilen müssten sie die Kinder nach standardisierten Prozessen, die nicht deren Entwicklung wiedergäben. „Daran verzweifeln Grundschullehrkräfte“, so Zachau. Hinzu kämen immer mehr Aufgaben. Lehrkräfte klagten, dass vor allem Beurteilungen und Diagnostiken zu viel Zeit kosteten. „Die strukturelle Überforderung hat Konsequenzen.“ Jede fünfte Lehrkraft sei in fachärztlicher Behandlung, jede dritte von Burnout bedroht. In Niedersachsen erreichten weniger als 20 Prozent das gesetzliche Pensions- bzw. Rentenalter.

GEW-Vorstandsmitglied Hoffmann machte vor allem die hohe Unterrichtsverpflichtung für die Belastung verantwortlich: „28 Stunden in Grundschulen, das geht nicht mehr.“ International liege der Schnitt bei 20 Stunden. „Inklusion ist nicht verhandelbar“, betonte Hoffmann. „Die Frage der Zeit schon.“ Das sei auch wichtig mit Blick auf den Lehrkräftemangel. „Damit die Lehrkräfte, die da sind, nicht verschleißen. Sonst wird die Lücke noch größer.“

Kathrin Hedtke,
freie Journalistin

Während des Festaktes in der Frankfurter Paulskirche würdigte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier die Grundschule als zentral für den Zusammenhalt der Gesellschaft: „Hier werden die Weichen gestellt für die Zukunft unserer Demokratie.“

Foto: Bert Butzke

Wir können auch anders!

// Während der Aktivenkonferenz „Hochschule 2030“ im brandenburgischen Erkner Mitte September hat die GEW eine Halbzeitbilanz der Wissenschaftspolitik der Großen Koalition gezogen und Ideen für eine andere Hochschulpolitik entwickelt. //

In Zukunftswerkstätten haben die Tagungsteilnehmerinnen und -teilnehmer diskutiert, wie die Hochschulen in zehn Jahren aussehen sollten. Anlass dafür war der zehnte Jahrestag der Verabschiedung des wissenschaftspolitischen Programms der Bildungsgewerkschaft durch den Gewerkschaftstag der GEW 2009 in Nürnberg. Im kommenden Jahr gilt es außerdem, zehn Jahre „Templiner Manifest“ zu feiern, mit dem die GEW 2010 ihre Kampagne für den „Traumjob Wissenschaft“ gestartet hat.

Direkt aus der Haushaltsdebatte im Bundestag in Berlin waren vier Bundestagsabgeordnete ins benachbarte Erkner geeilt: Wiebke Esdar (SPD), Martin Neumann (FDP), Petra Sitte (Die Linke) und Kai Gehring (Bündnis 90/Die Grünen). Die von der Großen Koalition vorgesehene Kürzung des Etats für Bildung und Forschung im Bundeshaushalt 2020 war dann auch eines der am hitzigsten diskutierten Themen der Podiumsdiskussion zur Halbzeitbilanz der Wissenschaftspolitik von Bundestag und Bundesregierung.

Wäre nicht mehr für die BAföG-Reform oder die Hochschulpakt-Nachfolge drin gewesen?

Halbherzige BAföG-Reform

Das bejahten unisono Sitte und Gehring. Linke wie Grüne haben die Idee einer Strukturreform der Ausbildungsförderung nicht aufgegeben – mit einer starken elternunabhängigen Komponente und einer insgesamt bedarfsdeckenden Förderung. Darüber hinaus macht sich Gehring für einen Hochschulsozialpakt stark, der auch einen Ausbau der sozialen Infrastruktur der Hochschulen von Wohnheimen bis Mensen sicherstellt, während Sitte einen Hochschuldigitalpakt nach dem Vorbild des Pakts für die Schulen fordert. Heftigen Gegenwind erhielt Neumann wegen des neuen „Baukastenmodells“ der FDP für eine BAföG-Reform. Dieses sieht zwar ebenfalls einen elternunabhängigen Sockel vor, fußt aber daneben auf verzinslichen Krediten. „Die meisten der Studierenden hätten am Ende weniger BAföG in der Tasche als heute, wenn es nach den Liberalen ginge“, kritisierte Gehring. Esdar verteidigte den Haushaltsentwurf der Großen Koalition indes damit, dass viele BAföG-Berechtigte keinen Antrag stellten – die Mittel würden schlicht nicht abgerufen. Der Bund unterstütze daher eine BAföG-Werbekampagne des Deutschen Studentenwerks.

Bei der Debatte um die im Juni von den Regierungschefinnen und -chefs unterzeichneten Wissenschaftspakten kann sich niemand aus der Verantwortung stehlen. Zukunftsvertrag Studium und Lehre, Programm Innovative Hochschule und Pakt für Forschung und Innovation sind gemeinsame Pakte von Bund und Ländern – und sowohl SPD als auch Grüne, Linke und FDP regieren in Bund und Ländern mit.

Esdar für die Große Koalition und die Vertreterinnen und Vertreter der Opposition räumten unisono ein, dass Studium und Lehre eine bessere Finanzierung verdient hätten. „Unverständlich, dass viele Projekte zur Verbesserung der Qualität der Lehre jetzt abgewickelt werden müssen“, kritisierte Gehring. „Wir brauchen eine bessere Grundfinanzierung der Hochschulen“, forderte Sitte. Neumann prangerte die stiefmütterliche Behandlung der Fachhochschulen in den Bund-Länder-Programmen an. Esdar mahnte, dass nun die Länder bei der Umsetzung der Pakte für mehr Dauerstellen sorgen müssten.

Sitte und Gehring teilten die Enttäuschung der GEW über den Zeitplan für die geplante Evaluation des vor drei Jahren novellierten Wissenschaftszeitvertragsgesetzes. Das Gesetz selbst sieht eine Evaluation im Jahr 2020 vor. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat den Paragrafen nun so ausgelegt, dass die Evaluation 2020 starten soll, die Ergebnisse aber erst 2022 vorgelegt werden. Damit soll offenbar eine kritische Debatte über Zeit-

Die Bundestagsabgeordneten Martin Neumann (FDP), Petra Sitte (Die Linke), Wiebke Esdar (SPD) und Kai Gehring (Bündnis 90/Die Grünen) (v. li. n. re.) waren der Einladung der GEW zur Konferenz gefolgt – rechts GEW-Vorstandsmitglied Andreas Keller. Kontrovers wurde über die von der Großen Koalition vorgesehene Kürzung des Etats für Bildung und Forschung im Bundeshaushalt 2020 diskutiert.

verträge in der Wissenschaft auf die Zeit nach der nächsten Bundestagswahl verschoben werden. Einzig Esdar gab zu bedenken, dass ihr eine fundierte und aussagekräftige Evaluation lieber sei als ein Schnellschuss.

„Wir können auch anders“: Berichte von Arbeitskämpfen und Aktionen an Hochschulen im In- und Ausland ermutigten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz, sich weiter in und mit der GEW für faire Beschäftigungsbedingungen in der Wissenschaft einzusetzen. Aus London angereist war Rob Copeland als Vertreter der britischen Hochschulgewerkschaft UCU (University and College Union), mit der die GEW eng zusammenarbeitet. Copeland berichtete vom 14-tägigen Streik, mit dem die britischen Hochschulbeschäftigten 2018 gegen geplante Rentenkürzungen protestiert hatten. Am Ende gaben sich die Arbeitgeber geschlagen und nahmen ihre Kürzungspläne vom Tisch.

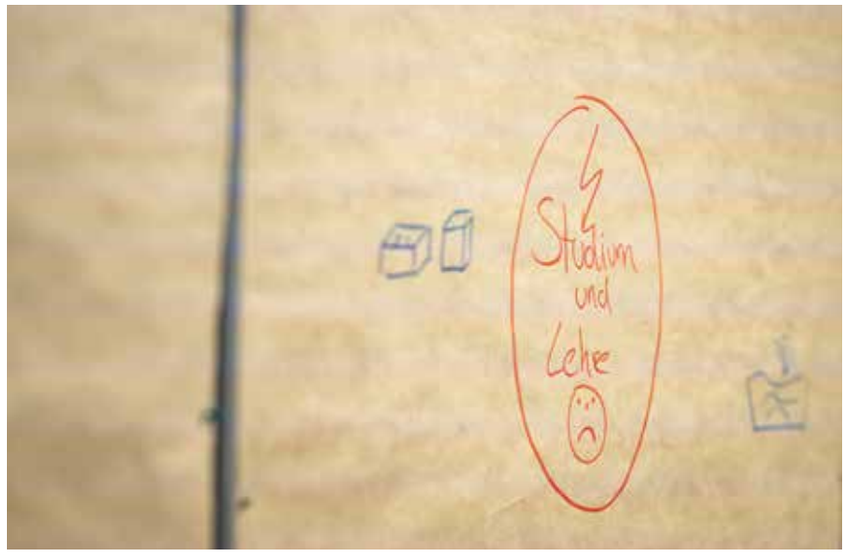
Ergänzt wurde das britische Best-Practice-Example durch Beispiele aus Deutschland. Anne Hüls vom Landesstudierendenausschuss der GEW Berlin stellte den erfolgreichen Arbeitskampf der studentischen Beschäftigten an den Hochschulen für eine Verbesserung ihres Tarifvertrages vor. Berlin ist nach wie vor das einzige Bundesland, in dem auch studentische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tariflichen Schutz genießen. Anil Shah von der Universität Kassel zeigte auf, wie es GEW und ver.di mit der Initiative „Uni Kassel unbefristet!“ gelungen ist, die Hochschulleitung unter Druck zu setzen, per Dienstvereinbarung mit dem Personalrat das Befristungsunwesen einzudämmen.

Öffnung der Hochschulen

Gemeinsam mit befreundeten Organisationen – von der Schwestergewerkschaft ver.di über den Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi), die Bundeskonferenz der Frauen und Gleichstellungsbeauftragten an Hochschulen (BuKoF), das Netzwerk für Gute Arbeit in der Wissenschaft (NGAWiss) bis hin zum freien zusammenschluss von student*innenschaften (fzs) – stellten die GEW-Aktiven in einem Panel das Wissenschaftspolitische Programm auf den Prüfstand. Sind die GEW-Positionen auf der Höhe der Zeit? Wo müssen sie nachjustiert und weiterentwickelt werden, um auch im nächsten Jahrzehnt schlagkräftig zu sein? Überraschend groß war am Ende die Übereinstimmung, dass die GEW-Papiere auch nach zehn Jahren nicht nur die richtigen Fragen stellten, sondern auch die richtigen Antworten gäben. Neue Aspekte der Hochschulentwicklung, deren Bedeutung 2009/10 so noch nicht zu erkennen waren, gelte es aber einzuarbeiten. „Anders als 2009 geht es nicht mehr darum, allgemeine Studiengebühren abzuschaffen, sondern die erkämpfte Gebührenfreiheit zu verteidigen – auch gegen die Salamitaktik mancher Politiker, das Bezahlstudium über Gebühren für Nicht-EU-Ausländer hoffähig zu machen“, sagte Torsten Bultmann vom BdWi.

In zahlreichen Qualifizierungs- und Kreativ-Workshops machten sich die über 90 Aktiven aus Hochschulgruppen und Landesverbänden, Selbstverwaltungsgremien und Personalräten nicht nur für tagespolitische Herausforderungen vor Ort fit, sondern diskutierten auch Eckpunkte eines GEW-Reformmodells „Hochschule 2030“. Öffnung der Hochschulen, egalitäre Personalstruktur – die Vorschläge waren zum Teil sehr weitreichend. Auf der anderen Seite wurden auch viele Themen identifiziert, an denen die GEW mit ihren Forderungen präziser werden muss: Was genau ist eine Dauerstelle, was eigentlich Grundlagenforschung?

Andreas Keller,
stellvertretender GEW-Vorsitzender und Vorstandsmitglied für Hochschule und Forschung



Fotos: Kay Herschelmann

Bund und Länder müssen sich fragen lassen, warum die Hochschulen seit Jahrzehnten unterfinanziert sind, und wie es zu der Schieflage zu Lasten der Lehre kommen konnte.

Beamtendarlehen 10.000 € -120.000 €
Vorteilszins für den öffent. Dienst
Umschuldung: Raten bis 50% senken
Baufinanzierungen echt günstig
0800 - 1000 500 Free Call
Wer vergleicht, kommt zu uns,
Seit über 40 Jahren.
NEUER exklusiver Beamtenkredit - Unser bester Zins aller Zeiten - Sensationell günstig
2,50% echter Vorteilszins effektiver Jahreszins
Repr. Beispiel gemäß §6a PAngV (2/3 erhalten): 50.000 €, Lfz. 120 Monate, 2,50% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,47% p.a., mtl. Rate 470,70 €, Gesamtbetrag 56.484.- €
Vorteil: Kleinzins, kleine Rate. Annahme: gute Bonität.
SUPERCHANCE um teurere Kredite, Beamtendarlehen/Versicherungsdarlehen & Girokredite sofort entspannt umschulden. Reichsparen mit unserem neuen Exklusivzins, warum mehr zahlen.
Unser neuer und bester Zins aller Zeiten, noch nie waren die Zinskosten so gering!
Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen
Exklusivzins sehr gut
AK FINANZ
Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Tel: (0621) 178180-0
info@ak-finanz.de
www.AK-Finanz.de

Am 9. Oktober 1989 gingen nach dem Montagsgebet in der Nikolaikirche rund 70.000 Menschen in Leipzig auf die Straße, um für Veränderungen in der DDR zu demonstrieren. Die Staatsmacht griff nicht ein – entgegen vorheriger Drohungen und anders als noch zwei Tage zuvor in Berlin, als bei Protesten am Rande der Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der Gründung der DDR Demonstranten niedergeknüppelt wurden. Die Demo in Leipzig war das Fanal für das Ende der SED-Herrschaft.

Foto: dpa-Bildarchiv/Lehtikuva Oy

Abstimmung mit den Füßen

// Dieser Tage jährt sich der Mauerfall vor 30 Jahren. Einige wichtige Daten sind in der Erinnerungskultur unterrepräsentiert; zum Beispiel der 9. Oktober 1989, als sich in Leipzig rund 70.000 Demonstranten den bewaffneten Organen mit dem Ruf „Wir sind das Volk“ entgegenstellten, oder der 4. November 1989, an dem auf dem Berliner Alexanderplatz mehr als eine halbe Million DDR-Bürgerinnen und -Bürger für eine demokratische DDR demonstrierten. Ein Interview mit der Chemnitzer Oberbürgermeisterin Barbara Ludwig, mit dem E&W eine Serie zur Entwicklung der Ereignisse bis zum 3. Oktober 1990 startet. //

E&W: Der Schriftsteller Stefan Heym sagte am 4. November auf dem Berliner Alexanderplatz: „Wir haben in diesen letzten Wochen unsere Sprachlosigkeit überwunden und sind jetzt dabei, den aufrechten Gang zu erlernen.“ Sie waren 1989 Lehrerin in Karl-Marx-Stadt. Was ging Ihnen in diesen Tagen durch den Kopf?

Barbara Ludwig: Für mich war vor allem die Demonstration in Leipzig von Bedeutung; das war ein Schlüsselereignis für mich, das signalisierte: Jetzt ist es Zeit, selbst auf die Straße zu gehen!

E&W: Sie haben 1989 in Karl-Marx-Stadt die „Bürgerinitiative Pädagogik“ mitgegründet, die unter anderem für ein Bildungswesen ohne wehrpolitische und ideologische Inhalte eintrat. Aus dieser Initiative ging 1990 das Chemnitzer Schulmodell hervor. Wollten Sie damals eine andere Schule in einer anderen DDR oder war der Blick schon gen Westen gerichtet?

Ludwig: Uns Lehrern und den Eltern ging es zuerst darum, die Schule in der DDR zu ändern. Ausgangspunkt war unsere Kritik an der DDR-Pädagogik: die Uniformierung im Schulalltag, die Ideologisierung, ein auf Disziplin ausgerichteter Unterricht, die Unterdrückung von Individualität. Nach der Maueröffnung hatten wir die Möglichkeit, uns Schulen im Westen anzuschauen; umgekehrt besuchten uns Kolleginnen und Kollegen aus der Bundesrepublik.

E&W: Zu welchen Erkenntnissen sind Sie durch diese Kontakte gelangt?

Ludwig: Zu ganz unterschiedlichen. Vor allem aber waren wir uns nach den Schulbesuchen im Westen sicher, dass die frühe Aufteilung der Schülerinnen und Schüler auf verschiedene Bildungsgänge im Alter von zehn Jahren nicht nachahmenswert ist. Bemerkenswert war die Frage einer Kollegin aus Düsseldorf, das seit 1988 Partnerstadt von Karl-Marx-Stadt war. Nachdem sie in meinem Unterricht hospitiert hatte, äußerte sie sich erstaunt darüber, dass man den Schülerinnen und Schülern in meiner Klasse nicht an der Kleidung oder dem Benehmen ansehen könne, welchen Beruf ihre Eltern haben. Aber wir nahmen auch viele positive Anregungen aus diesen Kontakten mit. Auf der Basis der Schulbesuche in der Bundesrepublik ist schließlich das Chemnitzer Modell entstanden, das auf dem Gedanken der Toleranz, der Förderung von Selbstbewusstsein, Kreativität sowie Friedens- und Sozialfähigkeit fußt. Bis heute gibt es übrigens in dieser Schule Ziffernzensuren erst ab der 8. Klasse.

E&W: Der Umbruch in der DDR kam zwar plötzlich, aber abgezeichnet hat er sich schon in der Dekade zuvor. Gerhart Neuner, der von 1970 bis Dezember 1989 Präsident der Akademie der pädagogischen Wissenschaften war und maßgeblich die DDR-Pädagogik prägte, meinte 1992 rückblickend, die Krisensymptome seien in der DDR von Jahr zu Jahr deutlicher geworden. Schon Anfang der 1980er-Jahre habe auch er nicht mehr leugnen können, dass es einen Wertewandel in der Jugend gebe, dass sich die jungen Menschen von der SED abwendeten. Die Symptome seien in der Wissenschaft erkannt, von der Politik aber ignoriert worden. Wie haben Sie diese Phase der DDR erlebt?

Ludwig: Bei mir kam der Wandel schon während meines Studiums von 1978 bis 1982. Ich bin deshalb von der Leistungsstipendiatin zur einfachen Studentin „degradiert" worden, stand kurz vor der Exmatrikulation. Mir fiel auf, dass sich die Methodik, die uns Studentinnen und Studenten vermittelt wurde, nicht an den Bedürfnissen der Kinder orientierte. Wir wurden dazu angehalten, die Kinder so zu erziehen, dass nur noch geschlossene Fragen-Antwort-Schemata möglich waren, also die Kinder auf Fragen nur noch mit „Ja" oder „Nein" antworten sollten. Auch in der Schulpraxis waren die Zustände nicht kindgerecht. Die Schulen waren überfüllt, und die Schülerinnen und Schüler mussten sich in einer Reihe anstellen, wenn sie auf die Toilette wollten.

E&W: Wie reagierten Sie als junge Pädagogin auf diese Zustände?

Ludwig: Ich durfte zunächst wegen meiner Kritik, die ich auch vernehmlich vorgetragen habe, nicht als Lehrerin arbeiten, sondern wurde als Horterzieherin eingestellt. Auch da eckte ich an. Die Kinder sollten zum Beispiel Mittagschlaf halten, in sehr großer Enge und Unruhe; ich bin mit den Kindern, wann immer das Wetter es zuließ, rausgegangen in die Natur, habe sie spielen lassen. Das hat der Schulleiterin nicht gefallen.

E&W: Wie wirkten sich diese Verhältnisse auf die Kinder aus?

Ludwig: Vor allem die Jungs fielen auf. Sie haben sich oft geprügelt. Jungs haben oft noch einen größeren Bewegungsdrang als Mädchen, der aber durch diese rigide, auf Disziplinierung setzende Pädagogik eingeengt wurde. Sie konnten nicht anders, als mit Aggression zu reagieren. Man darf ja auch nicht vergessen, dass für viele Kinder in der DDR der Schultag äußerst lang war; manche standen schon kurz vor 6 Uhr vor der Tür und durften erst zwischen 17 und 18 Uhr nach Hause gehen. Dazwischen gab es für sie kaum wirkliche Erholungsphasen und Zeit fürs Toben. Deshalb haben wir beim Chemnitzer Schulmodell von Anfang an darauf gesetzt, dass die Klassenräume nicht verschlossen sind, dass die Kinder jederzeit raus und sich bewegen können. Ich war froh, dass mit der Wende die Chance bestand, etwas zu ändern.

Foto: Stadt Chemnitz, Pressestelle/Igor Pastierovic

Barbara Ludwig, Oberbürgermeisterin der Stadt Chemnitz

E&W: Um nochmal Stefan Heym aus seiner Alexanderplatz-Rede zu zitieren: „Es ist, als habe einer die Fenster aufgestoßen nach all den Jahren der Stagnation, der geistigen, wirtschaftlichen, politischen, den Jahren von Dumpfheit und Mief." Im Bildungssektor wurde das Fenster – bildlich gesprochen – schon wenige Monate nach dem Mauerfall wieder geschlossen. Durchgesetzt haben sich im vereinigten Deutschland weder die Gesamtschule und erst recht nicht die Reformpädagogik, wie sie im Chemnitzer Schulmodell praktiziert wird. Im Rückblick erscheint das einerseits die logische Konsequenz aus der Dominanz des Westens über den Osten zu sein, andererseits gibt es auch Stimmen, die von einer verpassten Chance sprechen. Gab es diese Chance wirklich oder hat die Grünen-Politikerin Sybille Volkholz recht, die von einer Abstimmung mit den Füßen spricht?

Ludwig: Diese Abstimmung mit den Füßen hat es in der Tat gegeben. Viele DDR-Bürger wollten das Gymnasium, weil es sozusagen der Gegenentwurf zum DDR-Schulmodell schien und Ausdruck des Neuen; alles Alte musste in ihren Augen weg.

E&W: Volkholz, 1989/90 Berliner Bildungssenatorin, berichtet, dass viele Eltern aus Ost-Berlin nach dem Mauerfall ihre Kinder an West-Berliner Gymnasien angemeldet hätten und der Politik gar nichts anderes übriggeblieben sei, als im Ostteil Gymnasien einzurichten; selbst Politiker aus dem Osten hätten auf diese Schnelligkeit gedrängt.

Ludwig: Die Verantwortung dafür tragen aber westdeutsche Politiker. So wie keine gesamtdeutsche Verfassung erarbeitet wurde, die zu einer inklusiven Bundesrepublik geführt hätte, wurde auch das westdeutsche Schulmodell dem Osten übergeholfen, anstatt uns Freiheiten zu lassen, andere Wege zu gehen. Ich bin überzeugt: Hätte der Osten diese Freiheiten gehabt, gäbe es heute mehr Schulen mit einem längeren gemeinsamen Lernen.

Interview: Jürgen Amendt,
Redakteur der „Erziehung und Wissenschaft"

Zur Person

Barbara Ludwig wurde 1962 in Karl-Marx-Stadt geboren. Von 1978 bis 1982 absolvierte sie eine Ausbildung zur Grundschullehrerin. Ab 1983 arbeitete sie als Horterzieherin und Lehrerin. Von 1990 bis 1994 war sie Lehrerin am staatlichen Versuch des Chemnitzer Schulmodells, an dessen Gründung sie beteiligt war. Seit 1991 ist sie SPD-Mitglied. Für die SPD saß sie zwischen 1994 und 2001 im sächsischen Landtag. Von 2001 bis 2004 war sie Bürgermeisterin in Chemnitz, von 2004 bis 2006 Ministerin für Bildung in Sachsen. Seit 2006 ist sie Oberbürgermeisterin der Stadt Chemnitz. jam

Das A13-Mikado

// Wer sich zuerst bewegt, hat verloren. So sieht es noch immer eine knappe Mehrheit der Landesregierungen, die sich der Forderung, Lehrkräfte aller Schularten nach A13 (Beamte) und E13 (Angestellte) gleich zu entlohnen, hartnäckig verweigert. Immerhin, in sieben Ländern gehört das Zwei-Klassen-Besoldungssystem mittlerweile der Vergangenheit an. //

Das Brandenburger Tor, das Grüne Gewölbe, Schloss Sanssouci – einen Besuch wert sind sie allemal. Für Grundschullehrkräfte haben Brandenburg, Sachsen und Berlin abgesehen von solchen Sehenswürdigkeiten freilich noch eine weitere handfeste Attraktion zu bieten: Hier wie in Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen und Mecklenburg-Vorpommern ist „A13 für alle“ mittlerweile entweder verwirklicht oder für eine nahe Zukunft beschlossen, hat gewerkschaftlicher Druck zum Ziel geführt.

GEW will den Druck hoch halten

Für den zum vierten Mal bevorstehenden bundesweiten „JA13“-Aktionszeitraum* der GEW hat der Landesverband Hessen „superschöne“ Postkarten mit touristischen Motiven der Vorreiter-Länder drucken lassen. Eine „lustige Aktion“ nach den Worten der Vorsitzenden Birgit Koch, zugleich ein demonstrativer Hinweis, dass im Schuldienst bessere Arbeits- und Lebensbedingungen möglich sind als Hessen sie derzeit bietet. Dort haben Lehrerinnen und Lehrer nicht nur die bundesweit höchste Pflichtstundenzahl abzuleisten – 28,5 in der Woche. Grundschullehrkräfte verharren überdies in der Besoldungsgruppe A12 ohne Aussicht auf baldige Höherstufung.

„Die schwarz-grüne Koalition wird die Entwicklung in anderen Bundesländern beobachten“, sagt GEW-Landeschefin Koch. Sobald „eines der großen Bundesländer“ – Niedersachsen oder Nordrhein-Westfalen (NRW) – sich bewege, werde auch Hessen nachziehen, ist sie sich sicher: „Wer der erste ist, der zuckt, weiß ich nicht. Deshalb ist es so wichtig, dass wir als Gewerkschaft den Druck immer hoch halten.“ Von Kultusminister Alexander Lorz (CDU) ist ein Zitat im Umlauf, es sei „bei Strafe verboten“, im Kräftemessen um A12 oder A13 Schwäche zu zeigen.

In Baden-Württemberg hat CDU-Kultusministerin Susanne Eisenmann jetzt angekündigt, in den nächsten sechs Jahren jeweils 200 „verdienten“ Lehrkräften an Werkrealschulen den Aufstieg nach A13 zu ermöglichen. Entsprechende Mittel wolle sie für den Doppelhaushalt 2020/21 beantragen. „Ob was kommt, ist offen“, meint GEW-Landeschefin Doro Moritz indes, für die der Südwesten, wenn es um das Anliegen gleicher Besoldung in allen Schulformen geht, „ganz klar ein Problemland“ ist. In der Grundschule gebe es „überhaupt keine Chance für A13“.

Wer an einer weiterführenden Schule arbeite, könne sich für A13 qualifizieren, Lehrkräfte an Haupt- und Werkrealschulen nicht – „ungerecht“, findet Moritz: „Wir sagen sehr klar, dass die Arbeit in Grundschulen gleichwertig mit der Arbeit an anderen Schularten ist. Alle, die wissen, was an einer Haupt- und Werkrealschule geleistet wird, betonen: Das kann ja überhaupt nicht sein, dass die, die die größten Herausforderungen haben, so schlecht bezahlt werden.“

Umso mehr, als gerade diese Schulformen wie auch die Grundschule in Baden-Württemberg am meisten von Personalnot betroffen sind. Das Land erfreue sich zwar eines Überhangs von 2.000 Gymnasiallehrkräften vor allem geisteswissenschaftlicher Fächer. Diese können sich in 15 Tagen für die Grundschule fit machen lassen, wo sie dann mit A12 einsteigen. Hingegen herrsche an Grundschulen, Werkreal- und Gemeinschaftsschulen ein „massiver“, ja „extremer“ Lehrkräftemangel, gibt Moritz zu bedenken.

„Null, tut sich, nix“, antwortet auch NRW-GEW-Vorsitzende Maike Finnern auf die Frage nach dem Stand der Dinge. Dabei hat im Düsseldorfer Landtag FDP-Schulministerin Yvonne Gebauer bereits vor zwei Jahren Lehrerinnen und Lehrern eine amtsangemessene Besol-

Plakat: GEW Hessen

Für eine gerechte Bezahlung von Grundschullehr verband mit diesem Plakatmotiv ein.

kräften in Hessen setzt sich der GEW-Landes-

dung in Aussicht gestellt. Gegen Finanzminister Lutz Lienenkämper (CDU) habe sie sich damit allerdings nicht durchsetzen können, meint Finnern.

NRW hat vor zehn Jahren als erstes Bundesland die Ausbildungsgänge für alle Lehrämter der unterschiedlichen Schularten einander angeglichen und damit im Grunde das entscheidende Argument geliefert, um auch die Forderung nach gleicher Bezahlung zu untermauern. So sieht es der Würzburger Staatsrechtler Ralf Brinktrine, der im Januar 2016 für die Landes-GEW entsprechend gutachtete: Nicht nur mit Blick auf die Einheitlichkeit der Ausbildung, sondern auch, weil die Tätigkeit an Grund-, Haupt-, Real-, Gemeinschaftsschulen sowie Gymnasien zwar unterschiedlich, aber gleichermaßen anspruchsvoll sei, sei „A13 für alle“ verfassungsrechtlich geboten.

Auf dieser Grundlage betreibt die NRW-GEW Musterklagen gegen die geltende Besoldungsordnung. Wann sie damit ein Gericht erreicht, sei allerdings überhaupt nicht abzusehen, denn die Landesregierung, meint die GEW-Landesvorsitzende, spiele auf Zeit. Das Ministerium weigert sich seit 2016, die Widersprüche betroffener Lehrerinnen und Lehrer gegen ihre damaligen Bezügemitteilungen wenigstens abzulehnen und damit den Rechtsweg zu öffnen. So bleibt der Gewerkschaft zunächst nichts anderes als der Versuch, mit der Androhung einer Untätigkeitsklage die Kultusbürokratie auf Trab zu bringen – womit in der Sache aber längst nichts entschieden ist. Nach GEW-Einschätzung hat man sich im Ministerium damit abgefunden, dass auf Dauer an der Besoldungsangleichung kein Weg vorbeiführt, möchte sich die Zusatzkosten indes noch so lange wie irgend möglich sparen.

Große Personallücken

Es gibt Länder wie Hessen oder Baden-Württemberg, die erkennbar mit Vorbedacht auf die Angleichung der Ausbildungsgänge verzichten, wohl um A13-Begehrlichkeiten erst gar nicht aufkommen zu lassen. Trotzdem stehen sie natürlich allesamt vor der Herausforderung, das Lehramt zumal in der Grundschule und der Sekundarstufe I, wo die schmerzlichsten Personallücken klaffen, attraktiver zu gestalten. Aus Niedersachsen etwa berichtet die GEW-Landesvorsitzende Laura Pooth von Grundschulkollegien, die mittlerweile zur Hälfte aus abgeordneten Gymnasiallehrkräften bestehen.

Die Regierung in Hannover hat sich jetzt entschlossen, ab August 2020 allen nach A12 besoldeten Lehrerinnen und Lehrern eine monatliche Zulage von 94 Euro zu zahlen. Ein Einstieg in A13? Eine „Stillhalteprämie“? Für Pooth „ein Schritt in die richtige Richtung – aber es müssen weitere folgen“.

Die „Not der Schulen“ hat auch Mecklenburg-Vorpommerns Regierung zu einer Richtungsänderung bewegt. „Es wandern zu viele in Nachbarländer ab“, kommentiert der Ko-Vorsitzende der Landes-GEW Maik Walm die Entscheidung, die knapp 3.200 Grundschullehrkräfte mit Beginn des Schuljahres 2020/21 in A13/E13 zu heben. Mecklenburg-Vorpommern ist umgeben von Ländern, die die Besoldungsangleichung vollzogen oder eingeleitet haben. 2018 wurde die Schweriner Regierung zudem durch den Befund aufgeschreckt, dass 80 Prozent der derzeit im Land beschäftigten Lehrkräfte bis 2030 zu ersetzen sind. „Das muss man nüchtern sagen“, findet Walm: „Druck von außen, Druck von innen haben gewirkt.“

In Bremen bequemte sich der Senat im vergangen Mai zu der von GEW-Landesvorstandssprecher Bernd Winkelmann propagierten „politischen Lösung“: Beginnend im August 2019 soll der Weg zur Besoldungsangleichung bis 2021 in drei Etappen zum Ziel führen. In Hamburg fand das Versprechen, zwischen 2020 und 2023 die bisherige Zweiteilung der Besoldungsstruktur stufenweise zu überwinden, Eingang in den im August novellierten „Schulfrieden“ der wichtigsten politischen Parteien. Allerdings stehe ein Gesetzentwurf bisher aus, moniert GEW-Landeschefin Anja Bensinger-Stolze: „Auf jeden Fall werden wir weiter Druck machen, sollten sich die Verantwortlichen die Sache anders überlegen.“ Frauke Gützkow, im GEW-Vorstand verantwortlich für Frauenpolitik, betont, dass an Grundschulen zu 90 Prozent Frauen beschäftigt sind, deren Bezahlung nach A12/E11 mithin ein Fall „mittelbarer“ Diskriminierung sei. Und hebt hervor, wie wichtig es sei, alle betroffenen Gruppen im Blick zu behalten, an Grundschulen wie in der Sekundarstufe I, Nachwuchs- und Bestandslehrkräfte: „Wir lassen uns da nicht auseinanderdividieren.“

Winfried Dolderer,
freier Journalist

***www.gew.de/ja13/a13-stand-der-dinge**

GEW-Vorsitzende Marlis Tepe (2. v. re.) im Gespräch mit Schülerinnen und Schülern der Grund- und Mittelschule Hallstadt bei Bamberg, deren Rektor Heinz Jung (2. v. li.) und dem bayerischen GEW-Landesvorsitzenden Anton Salzbrunn (li.)

Foto: Werner Bachmeier

Viel Licht, viel Schatten

// Die Sommertour durch die Bundesländer führte die GEW-Vorsitzende Marlis Tepe Ende September an die oberfränkische Hans-Schüller-Grund- und Mittelschule, eine der wenigen gebundenen Ganztagsschulen in Bayern. //

Das unweit von Bamberg gelegene Hallstadt befindet sich in einer der reicheren Gegenden Bayerns. Der Reifenhersteller Michelin, der Autozulieferbetrieb Brose und viele andere ortsansässige Betriebe sorgen für die hohen Gewerbeeinnahmen der knapp 8.600 Einwohner zählenden Kommune.
Zusammen mit der Konrektorin Charlotte Flügel leitet Heinz Jung die Hans-Schüller-Grund- und Mittelschule mit zwei Standorten. Das kleinere Grundschulgebäude im Nachbarstadtteil Dörfleins besuchen rund 70 Kinder, die Grund- und Mittelschule in Hallstadt ca. 310 Schülerinnen und Schüler, davon haben rund 40 Prozent einen Migrationshintergrund. Die Schule bietet eine gute Atmosphäre. Zum respektvollen Umgang untereinander trägt unter anderem ein Streitschlichtungsprogramm bei. Seit kurzem trägt die Schule den Titel „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“.

Wunsch nach mehr Autonomie

Konzeptionell folgt die Hans-Schüller-Grund- und Mittelschule dem Ganztagsprinzip. Die Schülerzahl pro Klasse ist in der Grundschule vorgegeben: „Mit 56 Kindern dürfen nur zwei erste Klassen gebildet werden, mit 57 Kindern muss geteilt werden“, erläutert Flügel das Prozedere. Für die Mittelschule gilt diese Regel nicht. Vor wenigen Jahren, als die Gefahr drohte, dass mehrere kleine Mittelschulen geschlossen werden, sind diese zu Verbünden zusammengefasst worden. Den Preis zahlen vor allem die Jugendlichen mit einem längeren Schulweg.
Der Grundschule ist ein Hort der Arbeiterwohlfahrt (AWO) angeschlossen. „Seine Türen stehen auch während der Ferienzeit und am Freitagnachmittag offen“, berichtet Jung. „Die Mittelschule folgt dem Modell des gebundenen Ganztags: Viermal die Woche sind die Kinder und Jugendlichen bis 15.45 Uhr in der Schule.“ Während des Essens, der Freizeit und der Lernzeiten übernehmen drei Beschäftigte der Gesellschaft zur Förderung beruflicher und sozialer Integration (gfi) und eine Lehrkraft die Aufsicht. Vor allem die Eltern schätzen es sehr, dass die Hausaufgaben in der Schule erledigt werden. Das Familienleben entspanne sich dadurch erheblich. Gleichzeitig kommt man dem Ziel der Chancengleichheit etwas näher.
Kritik am Ganztag äußert Rektor Jung trotzdem: Er muss sich mit einer Fülle unterschiedlicher Arbeitgeber auseinandersetzen, ohne wirklich Einfluss auf das Personal zu haben. Er wünscht sich mehr Autonomie für die Schulen.
GEW-Vorsitzende Tepe gibt aufgrund ihrer Erfahrung in Schleswig-Holstein, hier erlangten 2010 die Schulen diesbezüglich mehr Autonomie, zu bedenken, „dass auch dann Schwierigkeiten ins Haus stehen können, vor allem in den Phasen, in denen kaum Personal zu finden ist. Eine Situation, die insbesondere für sogenannte Brennpunktschulen sehr schwierig werden kann. Misch-Systeme aus Steuerung und Wahlmöglichkeit wären an dieser Stelle wohl empfehlenswert“.

Digitalisierung hält Einzug

Die nächste große Veränderung an der Hans-Schüller-Schule ist der Umsetzung des Digitalpakts geschuldet: Demnächst werden große Whiteboards mit kleinen analogen Seitenflügeln Einzug halten. Schulhausinternes Peer-to-Peer-Learning soll den Einstieg in das digitale Unterrichten erleichtern. Dass mit dem Digitalpakt auch eine Entgrenzung der Arbeitszeit einhergehen könnte, sieht auch Schulleiter Jung. Gerade während der Einarbeitungszeit und für die notwendigen Fortbildungen fordert er deshalb vom Dienstherrn entsprechende Anrechnungsstunden.

Dorothea Weniger,
Redaktionsleiterin der Zeitschrift DDS der GEW Bayern

Und plötzlich macht es wumms

// In „Lauf um dein Leben“ erzählt Wolfgang Korn einen packenden Krimi über die weltweite Suche nach einem Paar Sneaker. Für das globalisierungskritische Jugendbuch zeichnete ihn die Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM) der GEW mit dem Heinrich-Wolgast-Preis aus. //

E&W: Herr Korn, in Ihrem Buch spielt ein Paar Sneaker die Hauptrolle. Wie sind Sie darauf gekommen?

Wolfgang Korn: Vor zehn Jahren habe ich ein Buch über das Leben einer roten Fleeceweste geschrieben. Darin verfolge ich, wie der Rohstoff Polyethylen im reichen Dubai aus Erdöl gewonnen wird, wie das Fleece im armen Bangladesch zu einer Weste genäht, nach Hamburg verschifft, dort nach zwei Jahren Benutzung in den Altkleidercontainer gesteckt und nach Afrika geschickt wird, um von einem Senegalesen getragen zu werden, der sich mit ihr auf die Flucht übers Mittelmeer macht. Mein neuer Verlag fragte mich schließlich: Willst du nicht eine neue Globalisierungsgeschichte schreiben? Da lagen Sneaker nahe, alle Jugendlichen tragen sie.

E&W: Worum geht es in dem Buch?

Korn: Beim Marathonlauf in einer deutschen Stadt taucht ein Paar Sneaker mit Blutflecken auf. Steckt dahinter ein Verbrechen? Ein Journalist der örtlichen Zeitung macht sich auf die Suche. Er fliegt zu den Produktionszentren nach China, folgt der Spur nach Äthiopien und findet dort die beiden Jungen, denen die Schuhe gehören.

E&W: Ein Buch also über die Produktionsbedingungen in unserer Wirtschaft?

Korn: Genau. Ich finde es wichtig, dass Jugendliche lernen, sich kritisch mit der Welt auseinanderzusetzen und ihr Konsumverhalten zu hinterfragen.

E&W: Warum haben Sie kein gewöhnliches Jugendsachbuch geschrieben?

Korn: Weil sich Jugendliche viel mehr begeistern lassen, wenn man Fakten in eine spannende Geschichte packt. Das habe ich schon bei Lesungen „Die Weltreise einer roten Fleeceweste“ gemerkt. Wenn ich mit einer roten Weste im Unterricht auftauchte, waren die Kinder sofort dabei. Ist das die Weste aus deinem Buch? Warum hast du die an? Ist das die aus Dubai? Ein Sachbuch erzeugt dagegen oft nur großes Gähnen.

E&W: Nun schlüpfen Sie in Sneaker ...

Korn: ... und wie in meinem Buch sind sie gelb, rot und grün; die Farben Äthiopiens. In einem Künstlerbedarfsladen habe ich sogar eine Art getrocknete Blutflecken darauf machen lassen. Das zieht. Sobald ich in der Schule die Schuhe aus meiner Plastiktüte hole, merke ich, wumms, ich hab die Kids. Es ist wie in einem guten Hollywoodfilm.

E&W: Früher haben Sie archäologische Bücher verfasst. Das klingt nicht gerade nach Hollywood-Style.

Korn: Umso mehr hat es mich gereizt, es mit Jugendbüchern zu versuchen. Archäologie spricht ja eher ein älteres Publikum an. Gerade bei erzählenden Jugendsachbüchern muss man extrem einfach und allem auf den Grund gehen, bis man es wirklich plausibel erzählen kann.

E&W: Zum Beispiel?

Korn: Wie sehen die Läufercamps im äthiopischen Hochland wirklich aus? Das berühmte Camp in Bekoii besteht nur aus Wellblechhütten und einem zugewachsenen Laufstadion. Das finden Sie in keinem Zeitungsartikel oder bei Google.

E&W: Am Ende der Sneakersuche gründen Ihre beiden jungen Äthiopier eine nachhaltige Schuhcompany. Warum?

Korn: Ich wollte zeigen, wie Alternativen zu unserer Produktionsweise aussehen könnten. Das interessiert die Jugendlichen. Bei den Lesungen checken wir zum Beispiel gemeinsam unsere eigenen Schuhe. Und stellen fest, dass alle verklebt sind, weil das billiger ist als nähen. Schon stecken wir mitten in der Diskussion: Wollen wir, dass die Dinge unseres Alltag so hergestellt werden? Welchen Preis hat das? Für wen? Wie könnte es anders gehen? Entscheidend ist, dass solche Gespräche nicht mit erhobenem Zeigefinger geführt werden. Sonst schalten Jugendliche ganz schnell ab.

Interview: Anja Dilk,
freie Journalistin

Wolfgang Korn

Foto: privat

Wolfgang Korn: Lauf um dein Leben. Die Weltreise der Sneakers. Carl Hanser Verlag 2019, 232 Seiten, ab 13 Jahre
Der Wolgast-Preis: Alle zwei Jahre zeichnet die Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien der GEW (AJuM) Kinder- und Jugendbücher aus, die sich mit der Darstellung der Arbeitswelt auseinandersetzen. Das Bildungs- und Förderungswerk (BFW) der GEW hat den Heinrich-Wolgast-Preis 1986 gestiftet.

Werben für den Lehrberuf?

(E&W 9/2019, Schwerpunktthema „Vorsicht Baustelle! Sanierungsstau an Bildungseinrichtungen“)

Das Kerngeschäft der Lehrerinnen und Lehrer – nämlich zu lehren, um Erkenntnis zu vermitteln – ist eine wundervolle Aufgabe. Inzwischen hat sich aber herumgesprochen, dass die stetig steigenden Zusatzbelastungen und die damit verbundene ausufernde unbezahlte Mehrarbeit, die katastrophale Ausstattung von Schulen, die viel zu großen Lerngruppen alles andere als attraktive Arbeitsbedingungen sind.

Es geht nicht um (mehr) Gehalt. Es geht um Geld für Verwaltungsfachangestellte, die die anfallenden Papierberge abtragen, um Sicherheitsdienste, die die Pausenaufsichten führen (das ist nicht unsere Aufgabe!!!) sowie eine räumliche und materielle Ausstattung, die wenigstens mit der einer einfachen Verwaltungsfachangestellten einer einfachen Behörde mithalten kann. Wenn diese Parameter verändert werden, wird der Lehrerinnen- und Lehrerberuf so attraktiv, dass man nicht Kandidatinnen und Kandidaten von den Bäumen schütteln, unter der Couch hervorziehen oder mit Geldscheinen herumwedeln muss.

Übrigens: Auch Inklusion ist in Lerngruppen von maximal 16 Schülerinnen und Schülern mit größerer Wahrscheinlichkeit von ein bisschen mehr Erfolg gekrönt als die aktuelle katastrophale Benachteiligung von Kindern mit Förderbedarf und die damit verbundene teilweise Degradierung der Förderlehrkräfte zu überqualifizierten Schulbegleitern. Das sind die Fakten.

Barbara Prawdzik, Euskirchen

Sinnfreie Inklusion?

(E&W 9/2019, Seite 20 ff.: Hintergrund „Inklusion am Gymnasium“)

Könnten mir die verantwortlichen GEW-Funktionäre erklären, warum sie für Inklusion sind? Finanzierbar wäre diese in der angepeilten Form auf breiter Basis nicht und die Lehrer wären durch sie, wenn gespart wird, überproportional und unzumutbar belastet. Vor allem leiden sowohl die Kinder des Regelunterrichts als auch die inkludierten Schüler unter dieser Konstellation. Wo also liegt der Sinn, die hochspezialisierten Förderschulen zu torpedieren und eine sinnfreie Form der Inklusion zu fordern? Ich weiß, dass ich mit dieser Frage nicht alleine bin.

Peter J. Hakenjos, Pfinztal

Beispielhaftes Berlin

(E&W 9/2019, Seite 32 f.: „Pragmatismus statt Reflexion“)

Zu dem ersten Zwischenbericht über den Stand des Forschungsprojekts der Leipziger Historiker Jörn-Michael Goll und Detlev Brunner zur Geschichte der GEW mache ich folgende Anmerkungen:

1. Ich möchte in diesem Zusammenhang auf die Berliner Studie „Hans Bergemann/Simone Ladwig-Winters: ‚Der Prozess der Gleichschaltung der Lehrerverbände sowie die Diskriminierung und Verfolgung Berliner Lehrkräfte im Nationalsozialismus‘, Berlin 2016“ hinweisen, deren Entstehung und Vollendung ich als Mitglied einer Arbeitsgruppe des GEW-Landesvorstandes ab 2010 begleitete. Alle in Berlin, die sich mit der Materie beschäftigten, waren darüber erstaunt, dass es vor dieser Untersuchung in keinem Bundesland eine systematische Forschung zur rassischen oder politischen Verfolgung von Lehrkräften gab.

2. Es gibt – leider – wenig Grund zu der Annahme, dass die Lehrkräfte des Kaiserreichs wie der Weimarer Republik überwiegend politisch fortschrittlich eingestellt gewesen wären. Wahrscheinlich wäre für diese Zeit eine Differenzierung zwischen den Oberschul-/Gymnasiallehrkräften und denen an Volksschulen sinnvoll. Bei den Philologen (1. Teil unseres Forschungsberichts) herrschte offensichtlich eine nationalkonservative (monarchistische?) Einstellung vor. Bei den „Volksschullehrkräften“ mag die parteipolitische Nähe anders aussehen – unübersehbar war, dass viele von ihnen relativ früh der NSDAP nahestanden oder angehörten. Insofern können wir rückblickend nur froh sein, dass es vergleichsweise früh gelang, die Lehrerverbände der Besatzungszonen schon 1948/49 in die GEW, Gründungsmitgliedsgewerkschaft des DGB, einzugliedern.

3. Nach Berliner Auffassung aber bleibt die Frage nach den verfolgten Kolleginnen und Kollegen zentral, weil sie ein Anrecht haben, nicht vergessen zu werden.

Insofern sollte unsere Studie, die wegen der Quellenlage zunächst nur die Berliner Oberschulen erfasste, dort aber immerhin 486 von ca. 7.500 Oberschullehrkräften fand, die durch Zwangsmaßnahmen (insbesondere in Umsetzung des fürchterlichen „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, BBG“) verfolgt, in die Emigration getrieben oder getötet wurden, ein Anstoß zum Weiterforschen sein. Das gilt speziell für die Erforschung der Verfolgung von Lehrkräften in anderen Bundesländern.

In Berlin sollten weitere Mittel bereitgestellt werden, um trotz der schwierigen Quellenlage das Schicksal der „Volksschul“-Lehrkräfte und der Kollegen anderer Schularten zu erforschen und die vorhandene Studie deutlicher und intensiver in die Öffentlichkeit zu tragen.

Knut Langenbach, Berlin

Rechtschreibreform gescheitert

(E&W 9/2019, Seite 38 f.: „Der Albtraum mit den Buchstaben“)

Man kann der Redaktion nur danken, diese Problematik wieder einmal aufgegriffen zu haben.

Bedauerlicherweise wird jedoch mit keinem Wort erwähnt, dass ja eigentlich nach der Rechtschreibreform von 2006 die Rechtschreibschwierigkeiten beseitigt sein sollten.

Leider ist diese angebliche Reform gänzlich danebengegangen: 6,2 Millionen (!) Menschen leiden immer noch unter Albträumen und Schweißausbrüchen, verlieren Jobs, Selbstvertrauen und Selbstsicherheit. Stefan Reinhard (Anm. d. Red.: Hauptprotagonist in dem Beitrag) sagt, dass ihn die Schwäche, „gering literalisiert“ (furchtbarer Ausdruck) zu sein, sein „ganzes Leben lang begleiten“ wird. Und das ist das Leben von über sechs Millionen Menschen. Sie sind abgeschnitten von einer normalen Teilnahme am politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben („die geringe Literalisierung [bereitet] bekanntermaßen Probleme [wie etwa] bei Online-Banking, (…) Steuererklärung oder Altersvorsorge“). Das ist

ganz objektiv ein Skandal für einen zivilisierten, demokratischen Staat.
Angesichts dieses katastrophalen Missstandes wäre es für eine Bildungsgewerkschaft wie die GEW eine besondere Verpflichtung, der Ursache dieser Misere auf den Grund zu gehen. Das bedeutete meines Erachtens, sich aktiv für eine vernunftgeleitete Reform einzusetzen, sich also wesentlich intensiver einzubringen als mit einem solchen Artikel in der E&W. Wo sind die engagierten Deutschlehrer? Wer organisiert sie? Warum hört man so gut wie nichts aus der Gewerkschaft von Forderungen nach einer wirklichen Reform?

Hans-Jürgen Kolbe, Maureillas, Frankreich

Wunde Punkte

(E&W 9/2019, Seite 44, Leserforum: „Mit Schülern solidarisieren“)

Rainer Scholl-Hirschmüller, Mitbegründer einer „Teacher for Future“-Gruppe, weist in seinem Beitrag zur Klimabewegung vorsichtig darauf hin, dass wir Lehrkräfte und Gewerkschaftsmitglieder eine besondere Verantwortung für das weitere Gedeihen der „Fridays for Future“-Bewegung hätten. Da läuft ja nun bei uns auch einiges. Der September-Ausgabe der Zeitschrift der GEW Berlin (bbz) kann man z. B. entnehmen, dass „Fridays for Future“ nun auch in den Kitas angekommen ist, und die frisch gegründeten „Pädagogen for Future“ mit der GEW Berlin und weiteren Landesverbänden unserer Gewerkschaft einen Klimaschutz-Aufruf verfasst haben. So weit, so gut!

Nun weist aber Scholl-Hirschmüller auch auf wunde Punkte hin: nämlich auf „Billig-Bildungsflugreisen“, mit denen wir als Berufsgruppe sowohl unseren „ökologischen Fußabdruck“ als auch unsere Glaubwürdigkeit vor den Jugendlichen arg strapazieren würden. Wie als Probe aufs Exempel enthält dieselbe Ausgabe der E&W auch eine 29-seitige Beilage über Klassenreisen, nicht wenige davon ausdrücklich als „Flugreisen“ tituliert!
Okay, die dort aufwändig beworbenen Reisen haben fast alle mit Bildung zu tun. Und der Veranstalter weist ausdrücklich darauf hin, dass die „durch die Beförderungsleistungen entstehenden CO_2-Emissionen“ durch das „Projektportfolio der Klimainvest Green Concepts GmbH“ „kompensiert“ würden! Na also! Das könnte ja als Grund ausreichen, auch klimaschutzbewegten Schülern diese Flugreisen vorzuschlagen – oder doch nicht?
Mal ehrlich, was würde Greta Thunberg zu diesem „bunten Mix“ aus Klimaschutz-Aufruf und Klassen-Flugreisenwerbung unserer Gewerkschaft sagen?

Brigitte Domurath-Sylvers, Berlin

>>>

Wenn Menschen durch große Katastrophen in Not geraten, helfen wir. Gemeinsam, schnell und koordiniert. Schon ab 5€ im Monat werden Sie Förderer. Ihre regelmäßige Spende ermöglicht unsere weltweite Hilfe für Menschen in Not.

Deutscher Spendenrat e.V. Spendenkonto: **DE62 3702 0500 0000 1020 30** • Jetzt Förderer werden: **www.Aktion-Deutschland-Hilft.de**

Aktion Deutschland Hilft
Bündnis deutscher Hilfsorganisationen

>>> Ohrfeige für Gymnasiallehrer

(E&W 10/2019, Schwerpunktthema „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ sowie Seite 40: „Ade Gymnasium!“)

Vielen Dank für das Themenheft zur „Bildung für nachhaltige Entwicklung“, das mir als in diesem Feld seit über zehn Jahren engagiertem Lehrer in vielen Dingen aus der Seele spricht. Ich freue mich, dass E&W die Wichtigkeit dieses Themas deutlich macht.

Ich habe allerdings auch Kritik: Im Beitrag von Martina Hagemann „Ade Gymnasium!“ wird wieder einmal deutlich, dass die GEW bzw. E&W trotz aller Beteuerungen das Gymnasium anscheinend für eine schlechte Schulform hält.

Wer den Text der Autorin aufmerksam liest, merkt, dass diese eine differenzierte Meinung vertritt und Gymnasien nicht als automatische Wahl, aber eben auch nicht als schlechte Wahl ansieht. Dem folge ich gerne, denn ich sehe die gute Arbeit an unserem Gymnasium auch für Schülerinnen und Schüler mit schwierigeren Ausgangsbedingungen und Inklusionsbedarfen.

Die Überschrift behauptet dagegen, dass Gymnasien für alle Kinder eher eine schlechte Wahl ist, obwohl die Autorin nur von ihrem Kind ausgeht. Ob Beitrag eines Gastautors oder eines Redakteurs, die Überschrift wurde so veröffentlicht in der GEW-Zeitschrift und ist daher eine Ohrfeige für alle Gymnasialkollegen, die in der GEW Mitglied sind. Wann lernt die GEW bzw. E&W endlich, dass gerade die Vielfalt der Schulformen auch eine Chance darstellen kann? Wann akzeptiert sie endlich, dass Eltern wirklich inhaltliche, gute Gründe für die Wahl des Gymnasiums als Schulform haben – und zwar unabhängig vom immer wieder zitierten gesellschaftlichen Status/Image?

Als Lehrer eines Gymnasiums überlege ich (mal wieder), ob ich in der GEW bleiben sollte, auch wenn für mich der Philologenverband politisch keine Alternative ist!

Volker Kahlert, Peine

Richtige Entscheidung

(E&W 10/2019, Seite 40: „Ade Gymnasium!“)

Beim Lesen des Beitrages von Martina Hagemann fühlte ich mich 25 Jahre zurück versetzt. Auch wir wurden in der 4. Klasse der Grundschulzeit unserer Tochter mit der Frage anderer Eltern konfrontiert: „Was, ihr schickt euer Kind nicht zum Gymnasium?“

Wir hatten uns bei unserer Entscheidung voll auf die Einschätzung der Klassenlehrerin verlassen. Schließlich hat sie ja über die Grundschulzeit die besten Einblicke in die schulische Entwicklung unseres Kindes. Und wir haben diese Entscheidung nie bereut. Unsere Tochter hat einen guten Mittelschulabschluss hingelegt. Sie hat sich in der Mittelschule wohlgefühlt, es blieb Zeit für Freunde und Hobbys. Über eine Ausbildung zur Sozialassistentin hat sie dann die Erzieherinnenausbildung begonnen und erfolgreich abgeschlossen. Während dieser hat sie sogar noch das Fachabitur erworben. Sie ist glücklich in ihrem Beruf, und wir sind froh, nicht darauf gedrängt zu haben, dass sie zum Gymnasium geht.

Kerstin Staffe, Oschatz

Kontrovers diskutieren

(E&W 10/2019, Seite 30 f.: „Grundlage einer funktionierenden Demokratie“ sowie Seite 41: „Primat des Pädagogischen“)

Seit Heft 4/2019 lese ich die E&W. Vielen Dank für die Beiträge. Sie greifen genau die Themen auf, die aktuell sind. Ich lese fast alles, fühle mich dadurch wirklich informiert und auf dem Laufenden. Weiter so! Hier ein paar inhaltliche Kommentare:

1. Zum Artikel „Grundlage einer funktionierenden Demokratie/Thema Inklusion“: Sie schreiben: „Die UN-Behindertenrechtskonvention (BRK) fordert ein inklusives Schulsystem und wendet sich dagegen, dass Kinder mit Behinderungen aus dem allgemeinen Schulwesen ausgeschlossen werden.“ Hier würde ich mir eine kontroverse Argumentation wünschen. Eine Schule für geistige Entwicklung arbeitet völlig anders als z. B. eine „normale“ Oberschule. Bitte schauen Sie genau, was Schülerinnen und Schüler mit besonderen Bedürfnissen brauchen. Behinderung darf nicht reduziert werden auf Asperger Autisten und Rollstuhlfahrer. Bitte bedenken Sie, dass es auch seelisch behinderte Kinder sowie Mädchen und Jungen mit unterschiedlichsten Behinderungen gibt, bei denen es um basale, grobmotorische und emotionale Ansprache und Beziehung geht. Gern kann eine Schule, in der diese Kinder unterrichtet werden, direkt neben einer Grund- oder Oberschule oder einem Gymnasium sein, und gern können die Schülerinnen und Schüler auch gemeinsame Projekte machen oder Feiern gestalten. Es gibt tolle Schulen, die genau das leben, oder beginnen, es so zu leben. Beispielsweise eine Schule für geistige Entwicklung und Lernförderung, die in diesem Jahr zehn Schülerinnen und Schüler neu aufgenommen hat, die einen „normalen“ Bildungsgang besuchen werden. Die UN-BRK ist für die Schüler da, nicht umgekehrt.

Ich finde es wichtig, wenn Sie Förderschulen mal vorstellen und deren Besonderheiten aufzeigen. Was diese Schulen leisten, wäre in einer „normalen“ Schule nie möglich. Befragen Sie die Kinder und Jugendlichen, Eltern, Lehrer. Eins muss das andere doch nicht ausschließen. Bei den Diskussionen kommt es mir vor, als wäre es eine absolute Ausgrenzung von Behinderten, wenn sie eine solche Schule besuchen. Ein Anfang bezüglich der Inklusion wäre doch gemacht, wenn erstmal alle Schülerinnen und Schüler gemeinsam eine Schule bis zur 8. oder 10. Klasse besuchten.

2. Ich finde es sehr wichtig, dass Sie das Thema „Digitalpakt“ in E&W 10/2019 kontrovers beleuchtet haben. Es ist notwendig, beide Seiten – und vor allem die „Kontraseite“ – nicht aus den Augen zu verlieren.

Marlies Pfeiffer, Dresden

E&W-Briefkasten
Postanschrift der Redaktion:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Postfach 900409, 60444 Frankfurt a. M.
E-Mail: katja.wenzel@gew.de
Die Redaktion bittet darum, die Leserbriefe mit einer maximalen Textlänge von 2.000 Zeichen (inklusive Leerzeichen) einzusenden. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Anonym zugesandte Leserbriefe werden nicht veröffentlicht.

Klassenfahrten Versailles
mit oder ohne Sprachkurs
ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm
versailles@reichardt.eu, T: 06181 424830
www.reichardt.eu

Ihre Anzeige in der E&W:
- Eine klare Zielgruppe erreichen
- Auflagenhöhe von über 270.000
- Zielgerichtet erfolgreich werben
- Attraktives Umfeld für Ihre Werbung

Kontaktieren Sie uns!
0201 / 84300 - 0
anzeigen@stamm.de

TOSKANA
Urlaub im BIO-Weingut.
Ferienhäuser, FEWOs, Zimmer mit HP, großen Pool in wundersch. Landschaft und exzellenter toskanischer Küche.
Ermäßigung für GEW-Mitglieder!
Tel./Fax 0039-571-408041
info@aglioni.it, **www.aglioni.it**

www.schulorganisation.com
Dokumentation · Organisation
Rechtssicherheit
✆ 02521 29905-10

© Rene Fietzek

Schule machen!

Weltweit gehen mehr als 200 Millionen Kinder nicht zur Schule. terre des hommes fördert Schulprojekte und sorgt für die Ausbildung von Jungen und Mädchen.

Ihre Hilfe kann Schule machen. Unterstützen Sie unsere Arbeit mit Ihrer Spende.

www.tdh.de

terre des hommes
Hilfe für Kinder in Not

Insel Rügen: Ferienwohnungen mit moderner Ausstattung in Putbus, für 2-4 Pers., mit Balkon, 2 Schlafzimmer, von privat, ruhig, sonnig, Natur pur, Tel. 038301 60289
www.alte-tischlerei-putbus.de

Berlin-Klassenfahrten
030 / 29 77 83 0
BERLIN UNLIMITED
Städtereisen International

4 Tage „Mittenmang – ein Streifzug durch Berlin“ ab **89,00 €** p.P.
inkl. 3 x Ü/F, Stadtrundfahrt und Currywurst, Spreebootstour, "Unterwegs in Berlin" – junge Berliner zeigen Ihre Stadt

5 Tage „Grenzgänger“ ab **105,00 €** p.P.
inkl. 4 x Ü/F, geführte Mauertour, Mauermuseum „Haus am Checkpoint Charlie", DDR-Museum, Führung durch das ehemalige Stasigefängnis

Telefon: 030 / 29 77 83 0
info@berlinunlimited.com
www.berlinunlimited.com

DKMS
WIR BESIEGEN BLUTKREBS

WILLST DU JEMANDEM DAS LEBEN RETTEN?

Mund auf. Stäbchen rein. Spender sein.

Registrier' Dich jetzt auf **dkms.de**

AGARIA TOURS
Fachveranstalter für Pragreisen

Entspannt auf Klassenfahrt!

das tschechische team

Info: 040/2809590 • nachprag@agaria.de • agaria.de

Andalusien
Kleines Ferienhaus auf Finca im Olivenhain am Naturschutzpark bietet Ruhe und Erholung.
Für Wanderer ein Paradies.
T: 05171/16343 **www.la-ruca.de**

Klassenfahrten London
mit oder ohne Sprachkurs
ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm
london@reichardt.eu, T: 06181 424830
www.reichardt.eu

Auf die Plätze, fertig, Wasser!

arche noVa
Initiative für Menschen in Not

Spendenlauf mit arche noVa
Jetzt organisieren!

Checkliste zum Runterladen:
www.arche-nova.org/spendenlauf

Skilanglaufreisen nach Skandinavien
www.die-vagabunden.de
☎ 0 43 52 - 95 68 695

NATÜRLICH SCHENKEN.
Spenden Sie das schönste Geschenk – ein Stück Natur.

Rüdiger Kaminski

Sie haben bald Geburtstag oder feiern ein Fest? Sie lieben die Natur? Dann bitten Sie Ihre Freunde und Familie um ein ganz besonderes Geschenk: Spenden für den NABU.

NABU • Charitéstr. 3 • 10117 Berlin
Spenderbetreuung: Tel. 030.28 49 84-15 60
E-Mail: spenden@NABU.de • www.NABU.de

NABU

schulfahrt.de
Klasse Reisen.

Klasse Reisen. Weltweit.

Klassen-Abschlussfahrt ... wir machen das!

Günstig und direkt buchen, viele **Superspartermine**, Freiplätze nach Wunsch

z. B. **London**
5 Tage inkl. Prog. mit Stadtrundfahrt
ab **209,– €**

Schulfahrt Touristik SFT GmbH
Herrengasse 2
01744 Dippoldiswalde

Jetzt anrufen:
Tel.: 0 35 04/64 33-0
Fax: 0 35 04/64 33-77 19

Alle aktuellen Reisen auf www.schulfahrt.de

Diesmal

FRAU PLÖGER IST WIEDER SO SELTSAM DRAUF!
PUSTE-BLUME
FREITAG NACHMITTAG? VERMUTLICH IHRE UNBEZAHLTE-MEHR-ARBEITS-ERMITTLUNG!